Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen

INSTITUT FÜR ÖKONOMIE UND ÖKUMENE süd

Band 1:

Wer bestimmt den Kurs der **Globalisierung**?

Die Rolle der Weltorganisationen

2001-2010 DEKADE ZUR ÜBERWINDUNG VON GEWALT

SÜDWIND Edition
Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen – Band 1:

Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung?

Die Rolle der Weltorganisationen

Impressum

Erscheinungsort und Datum: Siegburg, Februar 2003

Herausgeber: SÜDWIND e.V., Lindenstr. 58–60, 53721 Siegburg

Redaktion: Friedel Hütz-Adams

AutorInnen:
Kapitel 1–2: Anthea Bethge, Dieter Manecke,
Stephan Schmidtlein, Klarissa Watermann
Kapitel 3.1–3.3 sowie 4–5: Friedel Hütz-Adams
Kapitel 3.4: Friedel Hütz-Adams und Pedro Morazán
Kapitel 3.5: Friedel Hütz-Adams, Irene Knoke,
Pedro Morazán und Ingeborg Wick
Tabellen und Glossar: Friedel Hütz-Adams und Ulrike Lohr

Endkorrektur: Peter Lohr

Grafische Gestaltung: Frank Zander, Troisdorf

Titelfotos:
Frank Zander (Straßenverkäufer in Phnom Penh/Kambodscha), dpa/lpa/AFP, Fotograf: Sla'an (IW /Weltbank Jahrestagung, 5.10.1998 in Washington), Frank Zander (Marktszene in Cho Ra/ Vietnam)

Druck und Verarbeitung:
Knotenpunkt, Beller Weg 6, 56290 Buch

ISBN: 3-929704-20-X

Dank:
Für die finanzielle Unterstützung des vorliegenden Bandes wie auch der gesamten Edition »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen« danken wir der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Hinweis:
Alle im vorliegenden Band verwendeten Grafiken können in schwarz-weiß oder mehrfarbig bei SÜDWIND bezogen oder unter www.suedwind-institut.de heruntergeladen werden.

SÜDWIND ©2003

Inhalt

1. SÜDWIND greift Dekade zur Überwindung von Gewalt auf . . . 5
1.1 Einführung . . . 5
⦿ Sechs Broschüren sind geplant . . . 6
1.2 Was ist »Wirtschaftliche Gewalt«? Eine kurze Definition . . . 7

2. Das Wesen wirtschaftlicher Gewalt aus biblischer Sicht . . . 8
2.1 Mythen der Selbsterlösung produzieren knechtende Gewalt . . . 8
2.1.1 Der eigene Heilsplan ersetzt Gottes Rechtswillen . . . 8
2.1.2 Mit allen Mitteln wird Gewinn für alle versprochen . . . 9
2.1.3 Selbsterlösende Systeme lassen sich nicht infrage stellen . . . 9
2.2 Wirtschaftliche Gewalt wurzelt in Absonderung von Gott . . . 10
2.2.1 Es geht um Machtkampf . . . 10
2.2.2 Sünde ist die Kraft eines gewaltträchtigen Regelkreises . . . 12
2.2.3 Sünde führt den eigenen Erlösungswillen ad absurdum . . . 12
2.3 Der Mythos Selbsterlösung erweist sich als Koloss auf tönernen Füßen . . . 12
2.3.1 Das System führt in die Irre . . . 13
2.3.2 Krisen motivieren zur Suche nach Alternativen . . . 13
2.4 Die Dynamis wirtschaftlicher Gewalt – oder: welcher Geist ist da am Werk und was passiert mit uns? . . . 14
2.5 Hinweise zur Überwindung wirtschaftlicher Gewalt . . . 15
2.6 Was ist zu tun? . . . 19

3. Neoliberale Globalisierung unter der Ägide von WTO, IWF und Weltbank . . . 20
3.1 Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd wachsen . . . 20
3.1.1 Zahl der Armen wächst in vielen Staaten . . . 20
3.1.2 Frauen besonders betroffen . . . 20
3.1.3 Milleniumsziele: Vereinte Nationen wollen Armut bis 2015 halbieren . . . 21
⦿ **Fallbeispiel 1:** Entwicklungshilfe nur ein Trostpflaster . . . 23
3.1.4 Ungleichheit nimmt zu . . . 24
3.2 Globalisierung unter neoliberalem Vorzeichen . . . 25
3.2.1 Wirtschaftsbeziehungen: Ein Ausweg aus der Armut? . . . 25
3.2.2 Der »Washingtoner Konsens« . . . 25
3.2.3 Umbau von Gesellschaft, Produktion und Arbeitsmarkt . . . 26
3.2.4 Staatszerfall, Krisen und Kriege . . . 29
3.3 Strukturelle Gewalt im Nord-Süd-Handel . . . 30
3.3.1 Handelsumfang stieg auf ein Vielfaches . . . 30
3.3.2 IWF und Weltbank setzen einseitige Liberalisierung durch . . . 32

3.3.3 Die Welthandelsorganisation (WTO) erweitert ihre Befugnisse 34
3.3.4 Reiche Staaten umgehen Bestimmungen. 36
⊙ **Fallbeispiel 2:** GATS und TRIPS. 37
3.3.5 Wer regiert die WTO? 38
⊙ **Fallbeispiel 3:** WTO-Verhandlungen in Doha: Wer setzt sich durch? 39
3.3.6 Entwicklungsländer zahlen die Zeche 41
⊙ **Fallbeispiel 4:** Baumwolle und Zucker: Subventionen auf Kosten der Armen . . 43
3.3.7 Verelendungswachstum auf den Rohstoffmärkten 44
3.3.8 Verelendungswachstum in der Güterproduktion? 44
⊙ **Fallbeispiel 5:** Weltweit hungern Kaffeeproduzenten 45
3.3.9 Liberalisierung verhindert in vielen Staaten Lenkung der Wirtschaft 47

3.4 Globalisierung der Finanzmärkte und strukturelle Gewalt. 48
3.4.1 Umsätze auf den Finanzmärkten stiegen sprunghaft 48
3.4.2 Strukturen der Verschuldung ändern sich 50
3.4.3 Spekulation: Wer profitiert davon? 52
⊙ **Fallbeispiel 6:** Asien- und Argentinienkrise führten zu Millionen Arbeitslosen. 53
3.4.4 IWF und Weltbank setzten Rahmenbedingungen der Finanzmärkte durch . . 54
3.4.5 Ein Dollar, eine Stimme – Wer bestimmt die Politik? 56

3.5 Vorschläge für eine Reform von Institutionen und Wirtschaftsbeziehungen. 58
3.5.1 Vereinte Nationen und ihre Unterorganisationen stärken 58
3.5.2 Internationaler Währungsfonds (IWF). 59
3.5.3 Die Weltbank 59
3.5.4 Die Welthandelsorganisation. 60
⊙ **Fallbeispiel 7:** Einführung einer Development Box im Agrarbereich 61
3.5.5 Verbesserung von Sozialstandards. 62
3.5.6 Faires und transparentes Insolvenzverfahren für Schuldner 63
3.5.7 Reduzierung der Spekulation. 64
3.5.8 Ethische Geldanlagen: Umdenken beim eigenen Umgang mit Geld 65

4. Forderungen an Kirchen und Politik 66
4.1 Erwartungen an die Bundesregierung 66
4.2 Aktivitäten von Gemeinden 67
4.3 Kirchenleitungen müssen Stimme erheben. 68
⊙ **Fallbeispiel 7:** Brief an die Kirchen in Westeuropa. 69

5. Wie kann ich aktiv werden? 70
5.1 Materialien für die Bildungsarbeit und für Schulen 70
5.2 Liturgische Bausteine. 70
5.3 Kampagnen: Es gibt immer eine Möglichkeit des Engagements. 71
5.4 Weiterführende Literatur. 77

Glossar. 80

1. SÜDWIND greift die Dekade zur Überwindung von Gewalt auf

1.1 Einführung

Gewalt ist globales Phänomen. Innere und äußere Hemmungen gegen Brutalität sind erschreckend niedrig. Die Zerstörung von Familienstrukturen und Nachbarschaftsverhältnissen schreitet voran. Ausgeübt von Einzelnen und Gruppen ist Gewalt sozial und ethnisch, national und religiös bedingt. Entwürdigende Übergriffe mit dem Ziel der Demütigung von einzelnen Menschen, Gruppen und Nationen gehören zu ihrem Erscheinungsbild, schockierende Selbstmordattentate, aber auch die dauerhafte und strukturell bedingte Verletzung von Leib und Leben, die ausgelöst werden durch Kriege und wirtschaftliche Verhältnisse.

1998 hat die achte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen ÖRK in Harare (Simbabwe) die Überwindung von Gewalt als Thema der kommenden Zeit ins Auge gefasst. Sein Zentralausschuss hat am 4. Februar 2000 in Berlin die **»Dekade zur Überwindung von Gewalt«** für die Jahre 2001 bis 2010 ausgerufen und weltweit in Gang gesetzt. Parallel dazu haben auch die Regierungen der Welt in der UNO-Vollversammlung einstimmig die »Internationale Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt« ausgerufen. Nicht zuletzt rückt Papst Johannes Paul II. die Frage der Eindämmung von Gewalt durch mehr Gerechtigkeit seit langem zunehmend in den Mittelpunkt seiner Reden und Verlautbarungen (Kontakt siehe S. 83).

SÜDWIND greift dieses Bemühen um das Verständnis der Ursachen von Gewalt und um die Eindämmung von Gewalt mit der Edition »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen« auf.

Strasse in Phnom Penh/Kambodscha

(Foto: Frank Zander)

SÜDWIND Edition: Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen

Sechs Broschüren sind geplant

Der vorliegende Band ist der erste einer ganzen Reihe, die in den nächsten beiden Jahren erscheinen wird:

1. **Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen**
2. **Argentinien: Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise** – erscheint im Sommer 2003
3. **Kongo-Region: Staatszerfall, Wirtschaftsinteressen und Bürgerkrieg** – erscheint im Herbst 2003
4. **Kamerun: Zivilgesellschaftliche Beteiligung am Armtsbekämpfungsprogramm** – erscheint Ende 2003
5. **Indonesische Weltmarktfabriken: Frauenarbeit im Akkord** – erscheint im Frühjahr 2004
6. **Gewalt und Drogen am Beispiel des »Plan Colombia«** – erscheint Ende 2004

Flankierend zu den Broschüren gibt es noch:

- online-Materialien:
- Folien für Vorträge,
- power-point-Präsentationen,
- nach wichtigen Ereignissen zu den Themenbereichen ergänzende Einschätzungen
- Plakate: ein Serie von Plakaten wird Ende 2003 nach dem Erscheinen weiterer Materialien erstellt
- Seminarangebote für MultiplikatorInnen

Die Reihe, deren erster Band hier vorliegt, wendet sich dabei einer besonderen Erscheinungsform von Gewalt zu, nämlich **wirtschaftlicher Gewalt**.

Der Anstoß, sich mit dieser Frage auseinanderzu setzen, kommt von den Partnern aus dem Süden, die uns immer wieder fragen, was wir dafür tun, dass Strukturen, die zu permanenter Beeinträchtigung der Lebenssituation der Menschen im Süden führen, überwunden werden.

Anders als die direkten Formen von Gewalt, sichtbar ausgeübt von Mensch zu Mensch, ist »wirtschaftliche Gewalt« ein Phänomen, das schwer zu fassen ist. Täter, Mitläufer und Opfer verschwinden in der Anonymität von »herrschenden Verhältnissen«, die erlittene Gewalt scheint in vielen Fällen »schicksalhaft«. Dennoch sind klar erkennbare Interessen am Werk, gibt es Werkzeuge der Gewalt, erkennbar im Gewirr der Gesetze, Regeln und Verordnungen, sichtbar in ungleichen Machtverhältnissen und Absprachen. Diese Form der Gewalt ist genauso gravierend wie ein nächtlicher Überfall und tötet täglich hunderte von Menschen. Ihre Gestalt ist vielfältig: Menschen fehlt es am Notwendigsten, an Wasser und Nahrung oder sie werden in ihren lebensnotwendigen Beziehungen verletzt, indem ihnen Arbeit, Heimat und Kultur genommen wird.

Im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Vorgängen von Gewalt zu sprechen erscheint vielen zunächst fern. Wir sind jedoch der Auffassung, dass es um der Opfer wirtschaftlicher Strukturen Willen notwendig ist, diese Formen der Gewalt mit anderen Formen der Gewalt auf eine Stufe zu stellen. So wie Berthold Brecht es formuliert: »Es gibt viele Arten zu töten: Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen. Nur weniges davon ist in unserem Staat verboten.« (Brecht 1968, S. 466)

Der hier vorliegende erste Band der Edition versucht, das Wesen wirtschaftlicher Gewalt genauer

SÜDWIND ©2003

zu fassen und ihre Strukturen speziell mit Blick auf die Nord-Süd-Beziehungen näher zu beschreiben. Er gibt Anregungen für eine ethische Auseinandersetzung auf dem Hintergrund biblischer Tradition, bietet eine kritische Analyse globaler Regelungsinstrumente der Wirtschaft und Ansätze zur Eindämmung wirtschaftlicher Gewalt. Der Band konzentriert sich auf die wirtschaftliche Gewalt, die die Industrieländer gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern ausüben.

Die folgenden Bände wenden sich dann im Einzelnen einigen ausgewählten Beispielen zu, und zeigen auf die jeweiligen Situationen abgestimmte Handlungs- und Regelungsinstrumente zur Eindämmung wirtschaftlicher Gewalt auf, die gegenwärtig diskutiert werden (siehe Kasten). Dabei wird auch näher auf die landesinternen Ursachen von Armut eingegangen, die die Probleme der wirtschaftlichen Gewalt in den internationalen Beziehungen noch verschärfen.

1.2 Was ist »Wirtschaftliche Gewalt«? – Eine kurze Definition

Gewalt ist im Deutschen ein weiter Begriff, der von Vollmacht (»Der Fahrer behielt die Gewalt über das Steuer.«) bis zu Brutalität (»Der Folterer tat ihr Gewalt an.«) reicht. Hier beschränken wir uns allein auf das negative Verständnis des Begriffs.

Gewalt umfassend zu definieren ist eine schwierige und umstrittene Sache. Nur dann, wenn die Täterschaft, der Gewaltakt selbst und die Beschädigung oder Zerstörung der Würde des Opfers offen sichtbar und eindeutig aufeinander bezogen sind, wird schnell Einigkeit herrschen, dass ein Geschehen als gewaltsam zu bezeichnen ist.

Doch diese Sichtbarkeit ist bei wirtschaftlicher Gewalt zumeist nicht gegeben. Die Täter handeln im Verborgenen, sind sich manchmal selbst ihrer Schuld nicht bewusst. Die Gewalt geschieht auf mittelbare Weise, ist nicht personifizierbar. Das Leid der Opfer wird nicht auf Gewalteinwirkung, sondern andere schicksalhafte Begebenheiten zurückgeführt. Dies tarnt wirtschaftliche Gewalt.

Indonesien: Blutige Unruhen nach IWF-Auflagen

In Indonesien starben 1998 viele Menschen bei Unruhen. Auslöser war die von den Gläubigern des hoch verschuldeten Landes durchgesetzte Streichung von Subventionen auf Nahrungsmittel und Treibstoffe.

Unerschwingliche Medikamente

Kurz vor Weihnachten 2002 scheiterten Verhandlungen von 144 Staaten über eine Veränderung von Patentrechten für Medikamente: Entwicklungsländer wollten durchsetzen, dass sie bei Seuchen und bei Krankheiten, die die ganze Gesellschaft bedrohen – Malaria, Tuberkulose, Aids – aus anderen Schwellen- und Entwicklungsländern Medikamente beziehen dürfen. Diese Medikamente sind wesentlich billiger als die Originalpräparate aus Industrieländern, werden jedoch ohne die Zahlung von Patentgebühren hergestellt. Dies widerspricht dem internationalen Patenschutzabkommen. 143 Staaten wollten den Handel mit den verbilligten Präparaten erlauben. Die USA waren dagegen, da sie Verluste für ihre Pharmaunternehmen befürchten. Durch ihr Veto scheiterten die Verhandlungen zumindest vorläufig.

Dies ist das Todesurteil für Tausende von Kranken, da weder das öffentliche Gesundheitswesen noch Privatpersonen in Entwicklungsländern die Originalmedikamente bezahlen können.

Tot durch erzwungene Gebühren

Millionen Menschen in hochverschuldeten Staaten können keine Ärzte konsultieren, da ihre Heimatländer Gebühren im Gesundheitswesen eingeführt haben. Die Einführung war vielfach Teil der wirtschaftspolitischen Vorschriften des Internationalen Währungsfonds.

Zwei definitorische Ansätze sind besonders geeignet, unsichtbare, mittelbare Gewalt zu enttarnen.

Die Gewaltdefinition von Johan Galtung

Der Friedensforscher Johann Galtung weist darauf hin, dass Gewalt drei verschiedene Formen annehmen kann und diese voneinander abhängig sind und gemeinsam auftreten. In diesem **»Dreieck der Gewalt«** kann in jeder »Ecke« Gewalt ausbrechen und wird dann leicht auf die anderen Formen übertragen. Die erste Ecke ist die der **direkten Gewalt**, in der die Täterschaft und der Gewaltakt sichtbar sind. Die zweite Ecke ist die der **strukturellen Gewalt**. Hier tritt niemand in Erscheinung, der einem anderen direkt Schaden zufügt. Die Gewalt ist in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und lebensbedrohendem Abschneiden von materiellen und ideellen Ressourcen. Und schließlich gibt es die dritte Ecke der **kulturellen Gewalt**. Damit werden jene Übereinkünfte und Tabus einer Kultur bezeichnet, mit deren Hilfe direkte oder strukturelle Gewalt legitimiert oder gar provoziert werden kann.

Wirtschaftliche Gewalt ist von ihrer Art her strukturelle Gewalt, die in einer bestimmten gesellschaftlichen Mentalität ihre Wurzeln hat, also auch die Dimension kultureller Gewalt beinhaltet. Da der Zugang zu Ressourcen zunehmend auch militärisch erkämpft wird, können die Ausdrucksformen wirtschaftlicher Gewalt auch ganz direkt sein. Durch sein »Dreieck der Gewalt« macht Galtung diese Verknüpfung deutlich.

Doch nicht jede Struktur, die ungleiche Machtverhältnisse aufbaut und ausnutzt, ist Gewalt. Die Weite des Galtungschen Gewaltbegriffs wird häufig mit Verwässerung oder mit unzutreffender Skandalisierung und Dramatisierung gleichgesetzt. In der Tat bietet sie für sich genommen keinen Anhaltspunkt, wie strukturelle Gewalt zu unterscheiden wäre von einschränkender Diskriminierung oder bevorzugender Willkür, die beide ungerecht aber nicht unbedingt gewaltsam sind. Deshalb scheint es sinnvoll, einen zweiten definitorischen Ansatz darzustellen (Galtung 1998).

Die Gewaltdefinition aus feministischer Sicht

Die feministische Forschung hat bei der Untersuchung von sexualisierter Gewalt erkannt, dass entscheidend für die Beurteilung einer Situation nicht das für Außenstehende Sichtbare, sondern das **Erleben des Opfers** ist.

Wo Galtungs Definition den Blick auf die plurale Weite möglicher Formen von Gewalt lenkt, führt diese Definition in die Mitte des Geschehens, wohnt der Gewalt sozusagen inne.

Wirtschaftliche Strukturen sind also genau dann gewaltsam, wenn Opfer sie als gewaltsam erleben. Sie allein erleben es, wenn Schmerz sie erniedrigt und sie von Vergangenheit und Zukunft regelrecht abgeschnitten werden. Ihre Innensicht macht deutlich, ob ihre **Würde** angetastet und beschädigt wurden. Deshalb ist die Sicht der Opfer entscheidend für die Frage, ob Gewalt herrscht.

Die Galtungsche Definition kann dann benutzt werden, um aus dieser personenbezogenen engen Sicht wieder herauszusteigen und die Hintergründe und Ursachen zu entdecken.

Die Überwindung von wirtschaftlicher Gewalt muss also an mehreren Punkten ansetzen: an dem opferorientierten Erkennen von Gewalt und am direkten Schutz, an der Enttarnung der Strukturen sowie ihrem Bezug zu den gewaltsamen Folgen und an strukturelle Veränderung und schließlich (aber nicht zuletzt) an der Aufdeckung gesellschaftlicher Übereinkünfte und Tabus, die strukturelle Gewalt legitimieren, und an deren kultureller Verwerfung.

Markt in Phnom Penh/Kambodscha

(Foto: Frank Zander)

2. Das Wesen wirtschaftlicher Gewalt aus biblischer Sicht

2.1. Mythen der Selbsterlösung produzieren knechtende Gewalt

In der Bibel gibt es eine Fülle unterschiedlicher Begriffe, die wir mit Gewalt, Stärke, Macht oder Kraft übersetzen. Alles von Gott Geschaffene hat seine eigene Dynamik und kann damit Gutes wie Böses bewirken.

Daneben kennt die Bibel rätselhafte Elementar- und Natur-, Gestirn- und Engelgewalten, den sog. Mammon, einflussreiche Geisteswesen, Herrschafts- und Machtzentren. Sie alle wurden in der antiken Welt als eindrucksvoll und übermächtig erfahren, in der Bibel aber eindeutig knechtender Gewalt zugeordnet, sofern diese ihre Verfügungsgewalt nicht von Gott, sondern von seinen Geschöpfen haben, die ihnen Macht zuerkennen und damit de facto geben.

Sie verfügen über allerlei in jeder Hinsicht imponierende Kräfte, aber letztlich nicht über erlösende Kraft. Sie stehen nämlich ihrem Ursprung und Wesen nach im Widerspruch zur befreienden Kraft des Evangeliums von Gottes eigenem Rechts- und Erlösungswillen. Sie alle werden am Ende Jesus Christus untergeordnet, dem von Gott alle Rechtsmacht im Himmel und auf Erden übertragen ist.

In diesem Sinne schrieb Paulus vor 2000 Jahren an die Gemeinden in der römischen Provinz Galatien: »Solange wir unmündig waren, waren wir den knechtenden Gewalten wie Sklaven unterworfen« (Gal 4,3). Und er fragt sie: »Damals, als ihr Gott nicht kanntet, dientet ihr den Göttern, die in Wirklichkeit keine sind. Jetzt jedoch, da ihr Gott erkannt habt, vielmehr aber von Gott erkannt worden seid, wie könnt ihr wieder zurückkehren zu den schwachen und armseligen knechtenden Gewalten, denen ihr wieder von neuem dienen wollt?« (Gal 4,8f). Im Kolosserbrief werden diese knechtenden Gewalten als Ideologie und »leerer Trug«, bezeichnet (Kol 2,8).

Biblisches Reden von knechtenden Gewalten hat im mythischem Denken der damaligen Zeit Zentrales von dem auf den Punkt gebracht, was uns heute in der Analyse globaler wirtschaftlicher und sie stützender kultureller Gewalt wieder begegnet.

2.1.1 Der eigene Heilsplan ersetzt Gottes Rechtswillen

Menschen leben, planen und arbeiten zu allen Zeiten in der Hoffnung auf eine gute Zukunft. Diese Hoffnung will irgendwo festgemacht werden. Menschen sind deshalb in der Regel bereit, Mächten und Gewalten, die solche Hoffnungen wecken und nähren, quasi göttliche Macht und Stärke zuzuerkennen. Solche geschöpflichen Gewalten sind »selbstreflexiv« (Posern 2002, S. 64), das heißt sie begründen sich selbst im Zirkel menschlicher Zukunfts- und Erlösungswünsche. So sind sie Ausdruck von Selbsterlösung. Dabei stellen sie Gottes Rechtswillen in raffinierter Weise in Abrede: In der Regel negieren sie ihn nämlich so, dass sie vorgeben, ihm auf ihre Weise am effektivsten entsprechen zu wollen und zu können. Das aber ist nach biblischer Sicht ein Mythos, der aus seinen eigenen Vorgaben lebt.

Diese Vorgaben machen vor allem die Kreise, die davon als Erste profitieren. Diese Wenigen nutzen die eigenen Vorgaben in der Hoffnung auf Zustimmung der vielen. Ihre Macht innerhalb des vorgegeben Glaubenssystem wächst nämlich im Maß der allgemeinen Zustimmung zu ihm. Jeder Mythos hat und braucht überzeugende Wortführer, einprägsame Symbole und einbindende Rituale. Dabei hat und braucht er zugleich Gegenbilder, gegen die er mit einfachen Slogans mobilisiert.

Heutzutage unterwerfen sich die Menschen nicht mehr der erhofften Erlösung durch Elementargewalten. Moderne Mythen treten in der Gestalt von Ideologien auf. Oft haben diese eindrucksvolle Leistungen erbracht, weshalb die

Menschen überhaupt auf ihre Macht zählen. In den verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, die auf solchen Ideologien fußen, wirken sich Hoffnungen und Wünsche auf eine gute Zukunft strukturell aus. Allen gemeinsam ist, dass die eigenen Vorgaben der Welt das Heil in Form von Wohlstand, Gerechtigkeit und Freiheit bringen sollen.

2.1.2 Mit allen Mitteln wird Gewinn für alle versprochen

Nach biblischem Denken sind individuelle Selbstsicherung und Selbsterlösung ein Mythos, der seine Kraft aus der Sünde als Absonderung von Gottes gutem Rechtswillen hat. Zu so einem Mythos gehört der Glaube, dass die selbst gesetzte Vorgabe, des eigenen Glückes Schmied werden zu können, dazu helfen, dass alle Menschen in Glauben an dieses System erlöst werden können.

Aus Furcht davor, selbst Opfer zu werden, verteidigen zunächst die Verfügungsgewaltigen oft gewaltsam und offen, meist aber eher indirekt und hinter ihren Einrichtungen versteckt ihren Teil der Macht. Sie registrieren dabei nicht die Macht, die dieses System zunächst über sie selbst entwickelt. »Nicht wenige Menschen, namentlich in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, sind von der Wirtschaft geradezu versklavt, so dass fast ihr ganzes persönliches und gesellschaftliches Leben von ausschließlich wirtschaftlichem Denken bestimmt ist« (Gaudium et Spes 1965, Ziffer 63).

Erstaunlicherweise sind zugleich nicht wenige der Verlierer bereit, im Interesse eigener Wohlfahrtshoffnungen diesem System immer wieder innovative Stärke zuzuschreiben. Sie stützen es in der Hoffnung, sein Heilsplan wirke sich langfristig positiv auch für sie selbst aus. Heutzutage glauben mehr und mehr Menschen daran, dass Wohlfahrt und erfülltes Leben für alle nur dadurch realisiert werden kann, dass zunächst einmal wenige Arrivierte von der Wirtschaft profitieren müssen. Langfristig würden dann aber auch die vielen Armen erreicht (trickle-down-Effekt). Noch folgen auch viele der Opfer den herrschenden Meinungsbildnern darin, dass es wirtschaftliche Lebenssicherheit für alle nur auf den vorgegebenen Wegen geben könne.

Derart distinkt geweckte Erwartung und derartigen festen Glauben braucht das System nach biblischer Erkenntnis zum eigenen Überleben. Darum versucht es auch, diesen Glauben mit allen Mitteln zu stärken. Diese Mittel sind heute vor allem Bilder. Medien-Unternehmen verbreiten mit ihren Informationen Meinungen und unterschwellige Lebensstile. Im globalen Kampf um Meinungen und Ziele werden sie immer wichtiger. Das betrifft vor allem Bilder über Auseinandersetzungen bis hin zur Kriegsberichterstattung. Als Mittel in globalen Machtkämpfen gewinnen die Medien-Unternehmen als solche strategisches Gewicht. Mit der »Verwandlung der Kriegsberichtserstattung in den Berichterstattungskrieg« tun sie einen gewaltigen Schritt bei der weiteren »Asymmetrierung« globaler Machtverhältnisse (Münkler 2002, S. 52).

2.1.3 Selbsterlösende Systeme lassen sich nicht infrage stellen

Selbsterlösende Systeme behaupten, dass es zum guten Ziel nur ihren Weg gibt. Eine Infragestellung dieses Weges setzen sie mit dem Anzweifeln des Zieles gleich und versuchen diese zu unterbinden. Doch in der Bibel werden sie durch den Blick auf die Opfer und ihre Lebensrechte im Zentrum infrage gestellt. Biblisch gesehen ist diese Infragestellung durch die Opfer nämlich die Infragestellung durch den lebendigen Gott selbst, der sich in Jesus Christus mit den Beschädigten identifiziert, indem er sagt: »Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.« (Mt 25, 40)

Das herrschende Glaubens- und Wirtschaftssystem scheint wie alle Mythen strukturell resistent zu sein gegen elementare Widersprüche. Das vorgegebene gute Ziel ist gepaart mit der Behauptung, es gäbe keine Alternative auf dem Weg dorthin (»There is no alternative.«). Damit erweisen sich die Verfügungsgewaltigen des Systems jedoch als Träger einer Vorentscheidung, die die Zahl der Opfer zwar gering halten wollen, aber notfalls vorrübergehend auch meinen, sie planmäßig in Kauf nehmen, ja erwarten zu müssen. Der Skandal, den diese Schäden bedeuten, wird als mögliche Infragestellung des Vorhabens systemlogisch konsequent ausgeblendet.

Bei diesem Skandal wird die Gewaltträchtigkeit übersehen, die hier geweckt wird. Ist ein tragendes Element des herrschenden Glaubens, dass jeder einzelne seines Glückes Schmied ist, so ist allein der Versager an seinem Schicksal schuld. Einige Opfer sehen dann oft keine andere Chance, als diesen Glauben nach Vorbildern von Arrivierten ihrerseits in mögliche eigene Vorteile umzusetzen. Sie werden sich im Kleinen mit und ohne Rechtsbrüche bis hin zu direkten Gewaltanwendungen holen, was sie zum Überleben oder zum ersten möglichen Schritt auf der Erfolgsleiter zu brauchen meinen. Diesen Sachverhalt weisen Studien über Verhalten von Menschen in Slums und sonstigen Randgebieten aus. Opfer werden zu Kriminellen. Ersetzen sie darüber hinaus den herrschenden Glauben durch den an einen anderen Mythos, werden sie am Ende einer Kette von Entwürdigungen möglicherweise zu selbstmörderischen Terroristen. Der herrschende Mythos wird und muss diese mit guten Gründen und weitgehender Zustimmung der Mehrheit mit allen Mitteln zu bekämpfen versuchen.

2.2 Wirtschaftliche Gewalt wurzelt in Absonderung von Gott

Wer über Gemeinschaft zerstörende Gewalt nachdenkt, denkt zugleich über Sünde nach. Sünde ist nach biblischem Verständnis die rivalisierende Eigenmächtigkeit und Selbstherrlichkeit des Menschen gegenüber seinem Schöpfer und gegenüber seinen Mitgeschöpfen. Ökonomie und Ökologie bewegen sich in verhängnisvollem Gleichschritt, wenn die Anfragen seitens der Theologie – welcher religiösen Herkunft auch immer – ausgeblendet werden. Nach biblischer Erkenntnis ist Sünde die in Mythen manifeste kollektive Weigerung aller Einzelnen, Gottes Zuspruch und Anspruch als Licht auf allen Wegen heilsam gelten zu lassen (vgl. Ps 119,105). Im Blick auf wirtschaftliche Gewalt geht es biblisch gesprochen um Sünde als knechtende Kraft geschöpflicher Strukturprinzipien.

2.2.1 Es geht um Machtkampf

Nach biblischem Zeugnis leben Menschen immer in Orientierung an Mächten. Sie müssen sich immerzu irgendwie zu ihnen verhalten. Nach diesem Verständnis gibt es keine macht- oder mächtefreien Lebensräume außer dem der Liebe. Sie ist biblischer Begriff für zuerkannte Würdigung individueller Geschöpfe, denen trotz und wegen aller eigenen Beziehungsschwächen keine Form von Gewalt zuträglich ist. Bei der Entscheidung, wem Menschen nicht zuletzt mit ihrem Wirtschaften dienen wollen, geht es also um die Alternative zwischen dem von Gott verheißenen Lebensraum der Liebe und dem von anderen Göttern bzw. Mächten beherrschten Raum, in dem etwa unter den Verheißungen des Mammons Rivalität zum Grundgesetz gehört. Die Bibel formuliert in einem Entweder-Oder: »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon« (Mt 6,24), der ein (selbst-) zerstörerischer Sicherheitsmythos ist. Er fördert aus der strukturellen Rivalitätsvorgabe Gewaltträchtigkeit von Menschen. Ihnen wird Anreiz und Bestätigung gegeben aus Angst, selbst zu kurz zu kommen, wirtschaftlich das meiste für sich selbst herauszuholen.

Biblische Wirklichkeitssicht bezeugt aus der Erfahrung der Liebe Gottes die Alternative zu Rivalität und Gewalt, nämlich Gerechtigkeit und Frieden. Nach dieser Sicht bedingen sich Gerechtigkeit und Frieden ihrem Wesen nach. Sie »küssen« einander (Ps 85,11). »Gerechtigkeit schafft Frieden« – so fasst der Titel eines Hirtenwortes der deutschen Bischöfe von 1983 die gemeinte Beziehung zusammen (Die deutschen Bischöfe 1983). Die United Church of Christ definiert sich selbst nicht nur als Friedenskirche, sondern als Kirche gerechten Friedens (»Church of just peace«). Der ökumenische konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verweist auf Änderungsansätze im Sinne der von Gott eröffneten.

2.2.2 Sünde ist die Kraft eines gewaltträchtigen Regelkreises

Es greift nach biblischer Erkenntnis zu kurz, selbstmächtige Erhebung von Einzelnen über Andere als lediglich individuelles Vergehen zu brandmarken. Man übersieht bei Sünde häufig den Regelkreis, dass Opfer des durch sie selbst getragenen Systems ihrerseits selbst gewalttätig werden. Opfer nehmen aktiv an der eigenen Schuld- und Gewaltverflochtenheit teil. Sie wenden Gewalt an, indem sie »von Jugend auf« (Gen 8,21) Gewalt in vielfältigen Formen erfahren und schuldhaft in entsprechende Aktivitäten umsetzen und weitergeben »bis ins dritte und vierte Geschlecht an die Kindern derer, die mich hassen« (Ex 20,5). So werden sie Faktoren in einem gewaltträchtigen Regelkreis, der seine Kraft aus der Sünde bezieht. Das ist gemeint, wenn es im Blick auf das alltägliche Leben heißt: »Der Tod weidet sie« (Ps. 49,15) oder: »Das Trachten des Fleisches bedeutet Tod« (Rö 8,6) oder: »Wer nicht liebt, bleibt im Tod« (1.Joh 3, 14). Nach biblischer Erkenntnis ist nämlich das alltägliche Lebensphänomen Sünde im Tod als Zentrum zerstörerischer Macht kondensiert.

Durch ihre Individualisierung von Sünde haben die Kirchen selbst zur Blindheit der Gesellschaft gegenüber der eigenen Gewaltbestimmtheit beigetragen. Die individuellen Hilfemaßnahmen kirchlicher Vereine für die Opfer am unteren Rande der Gesellschaft griffen zur Zeit zunehmender Industrialisierung zu kurz. Die Arbeitslosen und Alkoholiker, die vergewaltigten Frauen und entwurzelten Kinder waren da und brauchten Überlebenshilfe, obwohl sie selbst individuell »schuldig« geworden waren. Die Erkenntnis, dass es sich hier um nachhaltige Beschädigungen durch ein Wirtschaftsgeschehen handelt, fand innerhalb von Kirche und Theologie erst Gehör, als die sog. jungen Kirchen in der ökumenischen Bewegung Mitspracherecht erhalten hatten. Sie verwiesen auf die breiter werdende Spur von Lebenseinbußen bei den Opfern des industriell-kolonialistischen Systems. Es helfe nichts, dass die meist unsichtbar Mächtigen des Marktes diese Opfer subjektiv ehrlich beklagten, solange sie glaubten, diese im Sinne ihres Hauptfortschritts als zeitweilige Nebenschäden zwischenzeitlich in Kauf nehmen zu müssen.

2.2.3 Sünde führt den eigenen Erlösungswillen ad absurdum

In der Bibel ist auch die Rede von endzeitlichen Kämpfen. Darin werden von allen Seiten alle Kräfte zum eigenen Sieg aufgeboten. Die apokalyptischen Geschichten der Bibel unterstreichen deren Botschaft, dass Gottes guter Rechtswille am Ende bestimmend sein wird. Er ist im Leben und Sterben Jesu von Nazareth verbrieftes Recht auf gewaltfreie Lebensentfaltung. Versucht jedoch ein Mythos bzw. eine Ideologie sich selbst den guten Mächten und andere den bösen Mächten zuzuordnen, dann bekommen die Auseinandersetzungen zwischen ihnen nahezu endzeitliche, apokalyptische Züge.

Im Zeitalter wachsender Globalisierung werden neue antipodische Ideologien immer ausgeprägter. Nachdem der Kapitalismus den Kommunismus vor allem aus wirtschaftlichen Gründen besiegt hat, profiliert sich neoliberaler Wirtschaftsglobalismus weltweit gegen alle Fundamentalismen, die die vorgegebene Art des Fortschritts hemmen.

2.3 Der Mythos Selbsterlösung erweist sich als Koloss auf tönernen Füßen

Nach biblischer Einsicht erlangen knechtende Gewalten ihre von Tätern wie Opfern gleichermaßen gespeiste quasi göttliche Macht aus der hermetischen Verneinung von Gottes gutem Rechtswillen. Aus dieser Verneinung heraus entstehen ihre globalen Gegenentwürfe, deren gestecktes Ziel es ist, Gottes eigenen Rechtswillen selbst verwirklichen zu wollen und zu können.

2.3.1 Das System führt in die Irre

»Unsere Gesellschaftssysteme beherrschen durchaus die Kunst, zu verbergen, dass sie an der Gewalt haften. Die Bibel zerreist die Verschleierung der Gewalt. Hier wird nicht weggeschaut, sondern hingeschaut« (Die deutschen Bischöfe 2000, S. 27). Das herrschende Wirtschaftsystem entpuppt sich dabei als »Koloss auf tönernen Füßen«. Dieser Ausdruck stammt aus dem 2. Kapitel des biblischen Daniel-Buches. Daniel hat einen Albtraum des babylonischen allgewaltigen »Königs der Könige« Nebukadnezar gedeutet und ihm zu sagen gewagt: Gewalt, die auf Eisen, Erz, Ton, Silber und Gold gegründet ist, habe »überall, wo Menschenkinder, Tiere des Feldes und Vögel des Himmels wohnen« wollen, langfristig keinen Platz und keine Zukunft. Daniel weist sich als Prophet aus, der im Blick auf die Krisen der Wirklichkeit die Wahrheit zu sagen wagt.

Teil der strukturellen Verfestigung wirtschaftlicher Gewalt unserer Zeit sind die einst nach dem zweiten Weltkrieg aus guten Absichten geschaffen Organisationen der Völkergemeinschaft wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, der Pariser und der Londoner Club etc. Die vielfältigen und oft eindrucksvollen Bemühungen einzelner in diesen und anderer Einrichtungen sind trotz ihres oben beschriebenen Grundirrtums gute und wichtige Ansätze, »in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Ordnung zu sorgen« (Barmen 1934)

In Hinsicht auf die eskalierenden Krisen mit ihren zerstörerischen und selbstzerstörerischen Wirkungen sind hier grundlegende Erneuerungen dieser Einrichtungen erforderlich. Dies wird nicht zuletzt an den vergeblichen Versuchen zur Behebung der internationalen Verschuldungskrisen deutlich. Verweigerte Hilfe zu nachhaltiger Solvenzsteigerung von Schuldnern bedroht über Banken und Börsen durch Risikoaufschläge, Abschreibungszwänge und deren Folgen nicht nur systembedingt die Opfer, sondern zugleich die Gläubiger selbst.

2.3.2 Krisen motivieren zur Suche nach Alternativen

Im Zweifel an selbsterlösende Systeme wachsen auch alternative Kräfte. Haben herrschende Gewalten ihre vermeintlich erlösende Verfügungsgewalt aus den auf sie übertragenen Hoffnungen, so wachsen möglicherweise auch alternative Hoffnungen aus der Kraft, sich nicht länger von ihnen schrecken zu lassen, weil – biblisch gesprochen – dem Tod seine einschüchternde »Macht genommen« ist (1. Ti 1,10). Durch Menschen gemachte Einrichtungen können auch durch Menschen verändert werden. Dies gilt selbst dann, wenn sie in ihrer blasphemischen Anmaßung Verfestigungen eines mehr oder weniger hermetischen Widerspruches gegen den Schöpfer, Versöhner und Vollender sind. Gegenentwürfe stehen dabei naturgemäß in der Gefahr, den gegnerischen Grundirrtum zu übernehmen, wenn sie aus menschlichen Schritten zur Eindämmung konkreter wirtschaftlicher Gewalt Gegenideologien des Heils machen und meinen, Gewalt als solche überwinden zu können.

Heute sind es insbesondere jüngere Leute in Nord und Süd, die den Glauben der Älteren nicht mehr teilen, der sich durch die Wirklichkeit selbst zunehmend überholt. Liebe und Kinder, Nachbarschafts- und Religionszugehörigkeit, Heimat- und Naturbeziehung, Sprach- und Kulturverwurzelung verlieren in vielen Regionen der Welt an lebensstiftender Kraft, weil sie mehr und mehr zu wirtschaftlich dominierten Beziehungen gemacht werden.

Der Schweizer Theologe Karl Barth schrieb vor einem Vierteljahrhundert: Mythische und darin herrenlose Gewalten brächten systemnotwendig dem Menschen, »seinen Erwartungen und Träumen zum Trotz allesamt keine Lebenshilfe: nicht die Befreiungen, Stärkungen, Erleichterungen, Vereinfachungen und Bereicherungen, die er sich von ihnen verspricht. Sie meinen es nicht gut mit ihm. Im Gegenteil: sie sind, indem sie sich vom ihm (von dem lebendigen Gott) lösen, wie er selbst sich von Gott löst, unmenschliche, ja ... widermenschliche, menschenfeindliche Gewalten.« (Karl Barth 1999, S. 397) Das trifft insbesondere auf wirtschaftliche Gewalt zu.

2.4 Die Dynamis wirtschaftlicher Gewalt – oder: welcher Geist ist da am Werk und was passiert mit uns?

Die Gewalt wirtschaftlicher Strukturen hat eine kollektiv-kulturelle und zugleich auch eine individuell-mentale Seite. Sie geht einher mit einem bestimmten Denken und Empfinden. Sie ist gepaart mit gemeinsamen Vorstellungen und Erwartungen, die ihrerseits wieder Realitäten schaffen und damit eine eigene, zerstörerische Kraft entwickeln.

▪ »Leistung« bestimmt den Wert von Menschen

Zur mentalen Seite wirtschaftlicher Gewalt zählt, dass »Leistung« den Wert von Menschen bestimmt, – wobei der Begriff von Leistung völlig eingeengt ist und vor allem die Leistungen etwas gelten, die sich in Geldwert ausdrücken lassen, die bezahlt sind – oder sich verkaufen lassen. Menschen, die in diesem Sinne weniger leisten, werden von Entscheidungen ausgegrenzt. Viele Frauen z.B. haben in besonderer Weise damit zu kämpfen. Menschen, die im geldwerten Sinne gar nichts leisten (Alte, Kranke, Behinderte) gelten schlichtweg als Belastung.

▪ Es geht nicht mehr darum, etwas Bestimmtes zu gewinnen, sondern Gewinn zu machen

Ein weiterer Faktor ist ein verkürztes ökonomisches Denken, bei dem es nicht mehr darum geht, etwas Bestimmtes zu gewinnen, sondern Gewinn zu machen. Demnach gilt es mit möglichst wenig persönlichem Einsatz möglichst viel zu gewinnen. Immer mehr Menschen machen Geld mit Geld. Wem das gelingt, der ist hoch angesehen. Wertschöpfung im klassischen Sinne wird uninteressant. Arbeit im ganzheitlichen Sinne als Teil menschlicher »Selbstverwirklichung« gerät in den Hintergrund gesellschaftlichen Interesses. Die Frage nach den »Werten« (wofür lohnt es sich zu leben?, wie will ich leben?, was will ich erreichen? – und wieviel Geld brauche ich dafür?) wird verdrängt, eine gemeinsame Vorstellung davon scheint jedenfalls kaum mehr erreichbar. Gewinn machen bleibt der eine Wert, der allgemein und ohne jede Begründung akzeptiert ist. Er bildet den kleinsten gemeinsamen Nenner, wird zum Kitt und zur Grundlage des Zusammenlebens.

▪ Eine Ideologie mit religiösen Zügen

Das Streben nach Gewinn erreicht den Status von etwas Unbedingtem. Ihm werden alle Werte zugeschrieben, die wir vermissen. Es erfüllt streckenweise religiöse Funktionen: Die Fragen nach Sicherheit, Sinn, Zugang zu einer Gemeinschaft, Ziel der Gemeinschaft, nach Strukturierung des Lebensablaufes, nach dem Bleibenden über den Tod hinaus lassen sich allesamt mit dem Streben nach Geldwert – oberflächlich – beantworten. Wertsteigerung und ökonomische Effizienz drohen zu einer totalitären Frage zu werden, die alle Lebensbereiche beansprucht. Die Ökonomisierung des Denkens reicht in unserer Gesellschaft bereits bis in alle Winkel des Lebens. »Was habe ich davon, wenn ...« Partnerschaften werden unter dem Paradigma von »Geben und Nehmen« auf Zeit eingegangen und flexibel gehandhabt. Hilfe wird als Dienstleistung definiert und organisiert. Mein Land und meine Stadt werden zum »Standort« etc.

▪ Die Sache mit der Knappheit

In dem Maße wie alle Dinge des Lebens zur Ware werden, verbreitet sich schleichend ein Grundgefühl der Knappheit. Wie kommt es dazu, dass in einem der reichsten Länder der Welt so viel geklagt wird über Knappheit an Geld, an Zeit, an guten Beziehungen, an Bildung, an Gesundheitsförderung, an Gemeinschaftssinn, an Sicherheit? Diese mental vorhandene Knappheit stresst Menschen und setzt sie gewaltig unter Druck, das Letzte aus sich und den anderen herauszuholen. Die mentale Knappheit korrespondiert mit einer ganz realen Ressourcenknappheit, die immer mehr Menschen am eigenen Leibe erfahren und erleiden müssen, insbesondere die Menschen in der sogenannten Dritten Welt, aber auch in unserer Gesellschaft.

▪ Der Glaube an das freie Spiel der Kräfte

Bei allem existiert ein vorauseilender Gehorsam gegenüber einer neoliberalen Wirtschaftspraxis. Bei gleichzeitigem Unbehagen ist es doch massenhafte Überzeugung, dass das möglichst freie Spiel des Eigennutzes von alleine und nebenbei »Gemeinwohl« erzeugt. Demgegenüber sind Verlierer dieses Spieles selbst Schuld an ihrer Misere – oder Resultat einer nicht konsequent genug durchgeführten Liberalisierung des Marktes. Sie gelten als vorübergehende Erscheinungen notwendiger Anpassungsmaßnahmen und nicht etwa als Opfer des Wirtschaftens. Als Handlungsmaxime bleibt für die Einzelnen: alles daran setzen, nicht selbst zu den Verlierern zu gehören.

Die beschriebenen Phänomene sind Ausdruck einer kulturellen Gewalt. Sie hat eine eigene Sprache mit Wörtern wie »Konkurrenzfähigkeit«, »Verschlankung«, »Globalisierung«, »Standortsicherung«, »Flexibilisierung« und »Anpassungsschwierigkeiten«. Überwindung von wirtschaftlicher Gewalt bedeutet auch, dass wir uns mit einem gewalttätigen Denken auseinandersetzen, das den Kampf aller gegen alle als Grundthese des Zusammenlebens akzeptiert und ihn in seiner gezähmten Form als heilsbringend verkündet, – ein Denken, das die zunehmende Zahl von Opfern des Wirtschaftens als vorübergehendes notwendiges oder selbstverschuldetes Übel deklariert, ein Denken, das Menschen einseitig nach ihrer geldwerten Leistung bewertet, das alle Dinge des Lebens zur Ware erklärt, das ein Knappheitsgefühl erzeugt und damit eine aggressive Grundstimmung fördert.

2.5 Hinweise zur Überwindung von wirtschaftlicher Gewalt

Welche Denkansätze können wir aus unserer biblischen Tradition den Denkmustern wirtschaftlicher Gewalt entgegensetzen? Gibt es Regelungen zur Eindämmung wirtschaftlicher Gewalt, die diesen Denkansätzen biblischer Tradition entsprechen?

Diesen Fragen geht der folgende Abschnitt nach. Dabei wenden wir uns nicht einzelnen Bibelstellen zu, sondern knüpfen an hilfreiche Hauptlinien der biblischen Tradition an, ohne zu vergessen, dass es sehr problematische Stellen und unheilvolle Wirkungsgeschichten biblischer Texte gibt, in denen Gewalt, Herrschaft und Unterdrückung mit dem Hinweis auf den einen Gott legitimiert werden, und die eine verheerende Spur der Gewalt in der Geschichte hinterlassen haben.

▪ Liebe und Gerechtigkeit gehören zusammen

Eine traditionelle Aufspaltung bestimmt unser ethisches Nachdenken über wirtschaftliche Strukturen: Das christliche Engagement soll für die Hilfe von Mensch zu Mensch und die Wohltätigkeit gegenüber den Einzelnen zuständig sein. Die Art und Weise des Wirtschaftens, die Frage, wie in einer Gesellschaft die Machtverhältnisse und Entscheidungsbefugnisse geregelt werden, fallen dagegen in einen ganz anderen Verantwortungsbereich, in dem dann auch ganz andere Maßstäbe gelten. Im gleichen Maße, wie das Verständnis von »Sünde« individualisiert wurde, hat die Kirche in ihrer Geschichte den Blick für die strukturellen Ursachen von Gewalt, Zerstörung und Leiden verloren.

In biblischer Tradition wird dagegen deutlich, dass Nächstenliebe zwar eine sehr persönliche Sache ist, aber niemals eine Privatangelegenheit. Sie hat eine politische und wirtschaftliche Seite. Umgekehrt werden wirtschaftliche Unterdrückung und Ausnutzung deutlich als Sünde benannt. Darauf weisen die vielen alttestamentlichen Gesetze zum Schutz der Armen und Machtlosen hin wie z.B. die Zinsregelungen und der Schutz bei Pfändung. Die Propheten haben sich immer wieder auf Gottes Gerechtigkeit bezogen, wenn sie den Kampf gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit als wesentlichen Ausdruck des Glaubens an den Gott gepredigt haben, der Israel aus der Sklaverei in Ägypten befreit hat. In Erinnerung an Gottes befreiende Gerechtigkeit ist schließlich die Vorstellung des Erlassjahres entwickelt worden: Danach sollen alle 50 Jahre die ursprünglichen wirtschaftlichen Verhältnisse wieder hergestellt werden, so

dass Schulden, Abhängigkeiten und ungleiche Besitzverteilung wieder aufgehoben werden. Jesus hat sich in der Tradition des großen Erlassjahres kritisch mit den Wirtschaftsverhältnissen seiner Zeit auseinandergesetzt: Mit dem zerstörerischen Zollsystem, mit der problematischen Anhäufung von Kapital und Macht. Die entsprechenden Erzählungen gilt es neu zu entdecken. Diese Traditionslinien zeigen deutlich: In der Bibel gibt es keinen Frieden mit den von Menschen gemachten Strukturen, die wirtschaftliche Ungerechtigkeit erzeugen.

▪ Wirtschaften dient dem Gelingen von Leben und nicht dem Gewinn an sich

Gewinnstreben an sich ist nicht schlecht und nicht gut. Aber immer muss danach gefragt werden, wofür Gewinn eingesetzt wird und mit welchen Mitteln er erreicht wurde. Wirtschaften dient dem Gelingen von Leben und nicht dem Gewinn an sich. Der Glaube, dass Gewinnstreben und das möglichst freie Spiel des Eigennutzes von alleine und nebenbei »Gemeinwohl« erzeugt und alles auf diesem Weg zu einem guten Ende kommt, übersieht die Opfer des Wirtschaftens. Er stößt sich schon deshalb im Kern mit dem Glauben an den dreieinigen Gott. Die Annahme, dass der Reichtum kleiner Kreise langfristig auch bei den vielen Armen ankomme, klammert die Grunderkenntnis aus, dass Reichtum auf Verfügungsgewalt über lebensnotwendige Mittel beruht und diese Gewalt inzwischen vielfältig strukturell so organisiert ist, dass dieser sog. trickle-down-Effekt gar nicht stattfinden kann. Menschen, denen es relativ besser geht, sind daran insofern beteiligt, als sie aus Furcht, Opfer zu werden, ihren Teil der Verfügungsgewalt im eigenen System ständig verteidigen müssen. So tun die, die hier noch über Arbeitsplätze verfügen, verständlicherweise alles, damit diese nicht in andere Regionen verlagert werden und sind stattdessen eher bereit, vorübergehende finanzielle Hilfen zu akzeptieren. Entwicklungshilfe wird auf diese Weise oft zum Geldtransfer von den Armen im Norden für die Reichen im Süden, die sich der Machtausübung zu privaten wirtschaftlichen Interessen anzuschließen verstehen.

▪ Die Lebenssituation der Ärmsten als Maßstab berücksichtigen

Woran bemesse ich, ob eine Wirtschaftssituation gut ist? Am Bruttosozialprodukt? An der Situation in unserem Land? An der Situation der Mehrheit der Menschen in der Welt oder irgendeines empirischen Durchschnittes? Aus biblischer Tradition sind solche Maßstäbe unzureichend. Es gehört ein ganz entscheidender Blickwinkel hinzu: die Sicht der Armen. Dieser Blickwinkel nötigt uns, jede wirtschaftliche Entscheidung zu bemessen nach ihren Auswirkungen auf die Ärmsten. Die Rede von »Anpassungsschwierigkeiten«, wie die harten Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftsrezepte auf das Leben der Ärmsten genannt werden, ist aus dieser Sicht ebenso zynisch wie der Begriff »Kolateralschäden«, mit dem Militärs zivile Opfer der Kriegsführung im Balkankrieg bezeichneten.

Der Glaube an den dreieinigen Gott folgt Gottes Bundesverheißung, die das Recht auf menschliche Entfaltung zusagt und nimmt den Perspektivwechsel vor, den jüdische Propheten im Rekurs auf die Tora und letztendlich Jesus von Nazareth mit seinem Leben bis zum Tod am Kreuz vorgenommen haben. Dieser Glaube schaut nicht aus Sicht der jeweiligen Machthaber auf die Opfer. Er schaut aus Sicht der Opfer auf die gewaltträchtigen Strukturen, die von den Machthabern genutzt und gestützt werden. In der Option für die Armen wird die strukturelle Asymmetrie der Machtverhältnisse, wird Unrecht erkennbar, das in den bestehenden Verhältnissen immer neu produziert wird.

▪ Besitz als anvertraute Lebensgrundlage verstehen

Aus biblischer Sicht ist Besitz ein Geschenk. Das klingt für uns erst mal merkwürdig. Schließlich muss das doch alles erarbeitet werden. Von nichts kommt nichts. Wir haben uns sehr an die Vorstellung gewöhnt, Besitz sei etwas, das uns gehört, weil wir es erarbeitet haben. Dass da in vielen Fällen gar nicht nur die eigene Leistung, oder vielleicht überhaupt keine eigene Leistung dahintersteht, wird schnell übersehen. Dass jeder und jede soviel besitzt, wie er oder sie leistet, ist eine Ideologie. Immer ist die Arbeitskraft, Freud und Leid

(Foto: Frank Zander)

Fahrradtransporter in Phnom Penh/Kambodscha

und Phantasie anderer zumindest mit dabei, ganz zu schweigen von den unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen, unter denen wir leben und arbeiten. Dies gilt alles auch und gerade für den Umgang mit Kapital im internationalen Maßstab.

Im Unterschied zu der uns prägenden liberalbürgerlichen Vorstellung von Eigentum als Privatbesitz steht die Bindung des Eigentums an die soziale Gemeinschaft vor dem Eigennutzungsrecht. Es gibt persönlichen Besitz, aber keinen »Privatbesitz«. Die biblischen Hoffnungen auf ein Reich Gottes haben daher auch nichts gemein mit der gängigen Paradies-Schlaraffenland-Vorstellung, nach der jeder und jede für sich allein unter einem Baum liegt und sich die Würste in den Hals wachsen lässt; sie sind Hoffnungen auf ein heilvolles Gemeinwesen.

▪ Nicht alles als Ware verstehen

Natürlich wussten die Menschen, die ihre Erfahrungen in der Bibel festgehalten haben, dass mühevolle Arbeit zum Lebensunterhalt gehört. Aber sie haben Besitz nicht ausschließlich als Produkt der Leistung verstanden und die notwendigen »Lebensmittel« (gemeint sind nicht nur Brot und Wasser, sondern auch Wohnung, Gesundheit etc.) nicht auf eine handelbare Ware reduziert. Besitz und Lebensmittel sind zunächst Gabe Gottes. Vielleicht liegt das daran, dass sich das Verständnis von Besitz und Grundversorgung am Bearbeiten des Landes entwickelt hat. Land braucht Arbeit, um Frucht zu tragen. Aber woher kommt das Land? Wer lässt die Pflanzen wachsen? Gott hat das Land geschaffen als Lebensgrundlage für alle, die darauf wohnen. Im Alten Testament ist darüber hinaus das Verständnis von Land ganz eng verknüpft mit dem Erlebnis der Befreiung Israels aus der Schuldknechtschaft. Gott hat das Volk nicht nur befreit, sondern ihm auch eine Lebensgrundlage gegeben: das Land Kanaan. Diese Glaubenserfahrung hat sich auf das Verständnis von Besitz überhaupt ausgewirkt. Besitz ist bei aller eigenen Leistung zuerst etwas von Gott Anvertrautes, das in seinem Sinne genutzt werden soll. Danach hat das Leistungsprinzip (jedem nach seinen Leistungen) nur soweit Gültigkeit als es das Versorgungsprinzip (jedem das, was lebenswichtig ist) nicht in Frage stellt. Das von Gott zugesagte Recht von Menschen auf Lebensentfaltung, die anderen kein Unrecht tut und sie nicht verletzt, schließt mit gerechtem Zugang zu wirtschaftlichen Gütern alles ein, was menschliches Leben zum Gelingen braucht. Es geht nicht nur um fehlende finanzielle Mittel. Durch den dreieinigen Gott, der Stifter, Herr und Garant seines Bundes mit den Menschen ist, wird jede Herabwürdigung seiner wesentlichen Lebensmittel (Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Bildung etc.) und verlässlichen Lebensbeziehungen (Heimat, öffentliche Ordnung, Mitbestimmung, Kommunikation etc.) auf taxierbare Warenwerte als gewalttätig entlarvt. Wirtschaftliche Strukturen, die Menschen zu Flüchtlingen machen und sie der Heimat, Mitbestimmung, Gesundheit berauben, können mehr Gewalt ausüben als der Zwang mit sehr wenigen finanziellen Mitteln auszukommen.

▪ Macht teilen

Nicht nur die Barmherzigkeit, sondern die Achtung vor der Würde der Armen verlangt, dass sie selbst beteiligt sind an der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wie kann die Art und Weise des Wirtschaftens so gestaltet werden, dass möglichst viele nach ihren Fähigkeiten daran teilhaben und auch über die Erarbeitung und Verteilung von Werten mitbestimmen? Vor die Frage,

wie kann die Ungleichheit von Besitz reguliert werden, gehört die Frage: Wie kann Macht geteilt werden? Die Grundprinzipien der Gewaltenteilung, die in der Demokratie als unumstrittene Errungenschaft gelten, müssen auch für die globalisierte Wirtschaft umgesetzt werden.

Die internationalen Instrumente wie die Welthandelsorganisation etc. müssen daraufhin befragt werden, wie eine wirklich gegenseitige Kontrolle aussehen kann. Die Handelsschranken der reichen Länder gegenüber den Ländern des Südens müssen aufgehoben werden. Es geht außerdem von diesem Grundgedanken her darum Wirtschaftsformen zu bevorzugen, die die Macht immer wieder aufteilen zu Gunsten derer, die relativ weniger Einfluss haben auf das Marktgeschehen. Es gibt schon innerhalb unseres Wirtschaftssystems unterschiedliche Formen des Wirtschaftens, die diesen Gesichtspunkt der Teilhabe und Mitbestimmung mehr oder weniger berücksichtigen. Wir können sie durch unser Verhalten als VerbraucherInnen und EigentümerInnen unterstützen oder ihnen unsere Unterstützung entziehen.

▪ Keine Generation und kein Volk darf eigene Lasten auf andere häufen

Für die Bibel lebt der Mensch nie isoliert. Er ist als Einzelner wie als Glied seiner Generation ein Beziehungswesen und er ist eingebettet in die Kette von Vorfahren und Nachkommen. Nachdrücklich wird auf verhängnisvolle, unausweichlich strukturelle Generationszusammenhänge hingewiesen. Aber dennoch und gerade deshalb wird jede Generation bei ihrem jeweils eigenen Tun behaftet. Sie darf für ihre eigene Fehlhandlung nicht die nächste Generation in Haftung nehmen. Wer Kinder hat, weiß: Für die Mittel, die über weitere Staatsverschuldungen unsere heutigen Ansprüche wie hohe Renten abdecken sollen und für ökologische Dummheiten, die wir sehenden Auges begehen, müssen unsere Kinder unausweichlich die Folgen tragen. Biblische Erkenntnis spricht sich dagegen deutlich für das aus, was wir heute »Generationengerechtigkeit« nennen.

Zu der bedrückenden Innenverschuldung einzelner Länder kommt in vielen Ländern erschwerend die erdrückende Außenverschuldung hinzu, verursacht durch RegierungsvertreterInnen, die sich selbst bereichert oder Investitionen veranlasst haben, die statt guter Entwicklung für die heimische Bevölkerung vor allem dem Gewinn ausländischer Firmen dienten. Was zwischen den Generationen gilt, gilt aber auch zwischen den Völkern: Keine Nation oder Region lebt für sich isoliert. Darum darf kein Land zum eigenen Vorteil andere nachhaltig belasten. Im Zuge der Globalisierung geschieht das aber über Waren-, Informations- und Kapitalströme in zunehmenden Maße. Insbesondere Finanzströme verselbständigen sich immer schneller. Immer mehr Kapital sucht kurzfristig profitable Anlagemöglichkeiten. Und so wachsen über Kreditvergaben Berge von Forderungen. Oft sind dies nur noch rechnerische Größen, Phantomschulden, die von aller Leistungsfähigkeit und jedem Güterverkehr abgekoppelt aus strukturellen Gründen aufrechterhalten werden.

▪ Risiken teilen

In der biblischen Tradition wird der Versuch, Sicherheit durch Anhäufung von Reichtum zu erlangen als falsche Sicherheit entlarvt und die Überzeugung weitergegeben, dass wirkliche Sicherheit da beginnt, wo wir uns mit unseren Schwächen einander zumuten und unsere Lebensrisiken teilen. Diesem Grundgedanken entspricht z.B. das Prinzip genossenschaftlichen Wirtschaftens, des Generationenvertrages und einer wirklich allgemeinen Versicherung auf Gegenseitigkeit, die die Ärmsten und Risikoträger nicht ausschließt.

Dieser Grundgedanke hat auch Auswirkung auf den Umgang mit Krediten und Schulden. In der biblischen Tradition gibt es eine lange kritische Auseinandersetzung mit dem Instrument des Zinses. Sobald es dazu verwendet wird, Kapitalgeber deutlich besser zu stellen als die Kapitalnehmer, wird es als zerstörerisches und versklavendes Instrument abgelehnt. Risiken gehören auch hier fair geteilt.

Weltwirtschaftlich gesehen könnte das z. B. heißen, dass bei der Kreditvergabe das Risiko wirklich geteilt wird zwischen Banken und Geberländern einerseits und den Kreditnehmern anderseits. Kredite müssen bezahlbar sein und Staatsanleihen dürfen kein Spielball für globale Gewinnspieler werden, die ihr Kapital jederzeit kurzfristig investieren und sofort wieder entziehen können.

2.6 Was ist zu tun?

Die im voranstehenden Abschnitt gesammelten Hinweise sind eine Anstiftung dazu, bestehende wirtschaftliche Regelungsinstrumente kritisch zu betrachten und sich nicht zufrieden zu geben mit den Verhältnissen. – Eine andere Welt ist möglich!

Dabei ist deutlich, dass Christinnen und Christen nicht aus einer »besseren Ideologie« heraus handeln, wenn sie sich auf ihre Tradition beziehen, sondern aus dem Glauben an den lebendigen Gott und seine Durchsetzungsfähigkeit. Bestenfalls setzen wir seiner Gerechtigkeit nichts entgegen, sondern finden Wege sie nachzuvollziehen. Dies hat allerdings auch etwas mit Kampf und Widerstand zu tun.

Wenn es um Überwindung von Gewalt geht, fällt uns die Bergpredigt als Orientierungspunkt ein. Gibt sie Hinweise für den Kampf gegen wirtschaftliche Gewalt? Allzu individuell und fundamentalistisch scheint sie mit der Gewaltfrage umzugehen. Die Bergpredigt zeigt aber ganz grundsätzlich, dass die Chance nicht in der Anwendung gleicher Methoden liegt, sondern in einer Deeskalation von Gewalt. Sie zeigt darüber hinaus einen ersten Schritt im Kampf gegen Gewalt an, den wir allzu schnell überspringen, wenn wir nach umfassenden strukturellen Lösungen suchen. Sie erzählt, wie Unrecht und Gewalt so sichtbar gemacht werden, dass gleichzeitig die Würde des Opfers aufgerichtet wird: das letzte Hemd ausziehen, Lasten über die Zwangsmeile hinaus zu tragen und mit dem Hinhalten der anderen Wange auf einen Beleidigungsschlag zu reagieren sind die Handlungen Machtloser, die zunächst ihre eigene Würde wieder herstellen und gleichzeitig damit demonstrieren, welcher Gewalt sie ausgesetzt sind. Mit Hilfe der Medien kann dies heute ein erster wirkungsvoller Akt der Selbstermächtigung und Gegenwehr werden.

Strukturelle Gewalt kann letztlich nur durch die Veränderung von Strukturen bekämpft werden. So geht es darum, über die Auseinandersetzung mit den mentalen Voraussetzungen und über die Organisation von Notwehr hinaus, ein weltweites Netzwerk zu schaffen, das über die Auswirkungen wirtschaftlicher Gewalt informiert und sich für internationale Regelungen zur Eindämmung wirtschaftlicher Gewalt einsetzt. Ansätze hierfür gibt es.

Wie aber sehen die strukturellen Instrumente aus, die diesem Geist des Aufdeckens von Unrecht, der Deeskalation, der Ermächtigung der Machtlosen im Bereich des Wirtschaftens entsprechen? Einige diskutierenswerte Hinweise sind im vorangehenden Abschnitt bereits genannt. Es geht um ein internationales Insolvenzrecht, eine andere Politik der Entschuldung, eine andere Praxis der Kreditvergabe, die Erhebung von Spekulationssteuern, die Aufhebung von Schutzzöllen reicher Länder, die Einführung unabhängig kontrollierter internationaler Sozialstandards in der Produktion, die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Grundversorgung mit Bildung, Energie, Wasser etc. durch die Kommunen.

Die wirtschaftsanalytischen Beiträge dieses Bandes und der darauffolgende Bände der Reihe untersuchen an einzelnen Beispielen die gegenwärtigen Regelungsinstrumente und Mechanismen des Wirtschaftens in den Nord-Süd-Beziehungen und gehen den vorgeschlagenen Alternativen für mehr Gerechtigkeit auf der praktischen Ebene wirtschaftlicher Beziehungen nach.

Schulkinder in Mubayira/Simbabwe

(Foto: Frank Zander)

3. Neoliberale Globalisierung unter der Ägide der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank

3.1 Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd wachsen

»Armut tötet. Weltweit besteht ein enger Zusammenhang zwischen Armut und schlechter Gesundheit: In den am wenigsten entwickelten Ländern beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung nur 49 Jahre. Eines von zehn Kindern stirbt vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Im Gegensatz dazu liegt in Ländern mit hohem Einkommen die durchschnittliche Lebenserwartung bei 77 Jahren und die Säuglingssterblichkeitsrate bei 6 pro 1000 Lebendgeburten.« (UNFPA 2002, S. 39)

Mit diesen ebenso deutlichen wie eindringlichen Worten beschreibt das Bevölkerungsprogramm der Vereinten Nationen die Auswirkungen der Armut. Damit wird auch der Zusammenhang zur Gewalt deutlich: Viele Menschen, die durch Armut sterben, sind arm aufgrund der derzeitigen Struktur der Weltwirtschaft. Sie müssten nicht sterben, wenn die Wirtschaft anders aufgebaut und Besitz anders verteilt wäre. Dies gilt sowohl zwischen Nord und Süd als auch innerhalb der Staaten, in denen Arme leben.

3.1.1 Zahl der Armen wächst in vielen Ländern

Zwar ist die Armut in den Schwellen- und Entwicklungsländern seit dem Ende der Kolonialzeit deutlich gesunken. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in nahezu allen Staaten ebenso gestiegen wie die Einschulungsraten, die Pro-Kopf-Einkommen, der Zugang zu sauberem Wasser und zur Gesundheitsversorgung. Dennoch leben die Menschen in weiten Teilen der Erde weiterhin unter äußerst schlechten Bedingungen.

Eine weitere Verbesserung ihrer Situation lässt sich in einigen Staaten absehen. Doch vor allem in vielen der 49 von der Weltbank als »am wenigsten entwickelte Staaten« (Least Developed Countries – LDC-Staaten) eingestuften Länder lässt sich in den letzten Jahren sogar eine weitere Verschlechterung beobachten. Dort werden staatliche Leistungen abgebaut, die pro-Kopf-Einkommen sinken (UNCTAD 2002b).

Armut ist nicht nur in den armen Staaten weit verbreitet. Auch in Brasilien, dem neuntgrößten Industrieland der Welt, leben viele Menschen unter äußerst schlechten Bedingungen. Im Nachbarland Argentinien – vormals bekannt als die Kornkammer der Welt – stieg die Zahl der Armen in der zweiten Jahreshälfte 2002 dramatisch auf rund 50% der Bevölkerung an (SÜDWIND/EED 2002).

Weltweit leben rund 1,2 Milliarden Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag. Diese Zahl hat sich in den neunziger Jahren kaum verändert. Lediglich der Anteil an der Weltbevölkerung sank, da letztere größer wurde. Auffällig ist auch der Unterschied zwischen den einzelnen Regionen. Während die Zahl der Armen auch in Afrika stieg, sank sie in Ostasien. Ein großer Teil dieser Reduzierung fand in China statt (siehe **Abbildung 1**).

3.1.2 Frauen besonders betroffen

Trotz einiger Verbesserungen der Situation der Frauen bei der Arbeitsplatzbeschaffung, im Berufsleben und bei der Ausbildung ist die Mehrheit

Abbildung 01:
Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben

Regionen	Anteil (in Prozent)		Zahl (in Millionen)	
	1990	1999	1990	1999
Afrika südlich der Sahara	47,7	46,7	242	300
Ostasien und Pazifikraum	27,6	14,2	452	260
· ohne China	18,5	7,9	92	46
Südasien	44,0	36,9	495	490
Lateinamerika und Karibik	16,8	15,1	74	77
Osteuropa und Zentralasien	1,6	3,6	7	17
Naher Osten und Nordafrika	2,4	2,3	6	7
Insgesamt	**29,0**	**22,7**	**1276**	**1151**
· ohne China	**28,1**	**24,5**	**916**	**936**

©2003 SÜDWIND *QUELLE: UNDP 2002, S. 21*

von ihnen von der wachsenden weltweiten Polarisierung der Einkommensverteilung stark betroffen: Zwei Drittel der Armen der Welt sind Frauen. Eine Hauptursache dieser überproportionalen Armut ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung, nach der Männer vor allem im bezahlten Arbeitssektor beschäftigt sind, während Frauen die Doppelbelastung von unbezahlter Arbeit im Haushalt/Familie sowie zusätzlicher Erwerbsarbeit zu tragen haben. Mit der Umsetzung einer zentralen Forderung der Weltfrauenkonferenz in Peking (1995) nach der Einbeziehung der unbezahlten Arbeit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist immer noch nicht begonnen worden. Dies trägt zur Ungleichbehandlung bei: »Was ein Land nicht erfasst, wird nicht unterstützt.« (UNFPA 2002, S. 9). Zudem verdienen Frauen im weltweiten Vergleich im Industrie- und Dienstleistungssektor 25% weniger als Männer.

Frauen stellen einen großen Teil der im informellen Sektor ohne arbeits-, sozial und tarifrechtlichen Schutz Arbeitenden dieser Welt. »Umfragen aus der jüngsten Zeit belegen, dass Frauen mindestens die Hälfte ihrer gesamten Arbeitszeit im informellen Sektor tätig sind. (...) Die Unterschiede der Arbeitsverhältnisse von Männern und Frauen und die ‚Unsichtbarkeit' der informellen Arbeit, die nicht in die nationalen Einkommensrechnungen aufgenommen wird, führt auch dazu, dass Frauen weniger Ansprüche erwerben als Männer. Die Ungleichbehandlung zementiert die Diskriminierung von Frauen hinsichtlich ihrer Fähigkeiten« (UNFPA 2002, S. 32 und 33).

3.1.3 Milleniumsziele: Vereinte Nationen wollen Armut bis 2015 halbieren

Die Staaten der Welt haben im September 2000 bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossen, die Zahl der Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen, bis 2015 zu halbieren:

»Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 2000 zogen die Staats- und Regierungschefs eine Bilanz des sehr ungleichen Stands der menschlichen Entwicklung auf der Welt und bekannten sich zu ihrer gemeinschaftlichen Verantwortung, weltweit die Grundsätze der

Menschenwürde, der Gleichberechtigung und der Billigkeit zu wahren'. Sie erklärten ihre Unterstützung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte und formulierten darüber hinaus acht Ziele für Entwicklung und die Beseitigung der Armut, die bis zum Jahr 2015 erreicht sein sollen:

- Beseitigung der extremen Armut und des Hungers.
- Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung.
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau.
- Senkung der Kindersterblichkeit.
- Verbesserung der Gesundheit von Müttern.
- Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten.
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit.
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.« (UNDP 2002, S. 19–20)

Das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen geht davon aus, dass zum Erreichen aller festgehaltenen Ziele eine Verdoppelung der derzeitigen Entwicklungshilfe auf rund 100 Milliarden Euro jährlich – und damit ein Durchschnittswert von unter 0,5% des Bruttoinlandsproduktes – ausreichen würde (UNDP 2002, S. 35).

Bereits zwei Jahre nach dem Formulieren dieser Ziele zeichnet sich ab, dass sie nicht erreicht werden. Die Vereinten Nationen stellen fest, viele Staaten seien schon jetzt »nicht auf Kurs« (UNDP 2002, S. 20–55). Eine Reihe von Studien kommt ebenfalls zu einer sehr pessimistischen Einschätzung über den weiteren Weg zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Entwicklungsländern (Grossmann/Scherrer 2002, S. 28–38). Hinzu kommt noch, dass die Industrieländer ihren Lippenbekenntnissen, sie würden mehr Geld für Projekte zur Armutsreduzierung zur Verfügung stellen, keine Taten folgen lassen: Die weltweite Entwicklungshilfe ist seit Jahren rückläufig. Eine Erhöhung der Zahlungen ist erst in Ansätzen in Sicht und wird weit unter der notwendigen Höhe liegen (**Abbildung 2** sowie **Fallbeispiel 1**).

Abbildung 02:
Zahlungen staatlicher Entwicklungshilfe

Land	(in US$)	(in % des Bruttoinlandsproduktes)	
	Gesamt 2000	1990	2000
Norwegen	1,264	1,17	0,80
Schweden	1,799	0,91	0,80
Belgien	820	0,46	0,36
USA	9,955	0,21	0,10
Niederlande	3,135	0,92	0,84
Japan	13,508	0,31	0,28
Schweiz	890	0,32	0,34
Frankreich	4,105	0,60	0,32
Großbritannien	4,501	0,27	0,32
Dänemark	1,664	0,94	1,06
Deutschland	5,030	0,42	0,27
Italien	1,376	0,31	0,13

©2003 SÜDWIND

QUELLE: UNDP 2002, S. 230

Fallbeispiel 1: Entwicklungshilfe nur ein Trostpflaster

Entwicklungshilfe gilt als wichtiger Baustein bei der Überwindung der Armut. Doch sie konnte die Ansprüche, die an sie gestellt wurden, nie einlösen. Zahlungen der Bundesrepublik waren beispielsweise lange daran gebunden, dass das Empfängerland die DDR nicht anerkannte. Armutsbekämpfung hatte hinter solchen politischen Forderungen sowie der Förderung deutscher Exporte weit zurück zu stehen. Andere Geberländer verfuhren ähnlich.

Sinkende Zahlungen

Erst seit 1989 mit dem Ende des Kalten Krieges hätten sich hier Spielräume ergeben können. Doch nun wurden viele Staaten sogar für Entwicklungshilfezahlungen zu unbedeutend. Innerhalb eines Jahrzehnts sank der Anteil der Entwicklungshilfezahlungen von 0,33% auf 0,22% des Bruttoinlandsproduktes der Geberländer (Abbildung 2) und lag im Jahr 2000 bei 53,7 Mrd. US-Dollar. Dies ist nur ein Bruchteil der Summe, die den Empfängerländern durch Importbeschränkungen und Subventionen der Industrieländer verloren gehen.

Die Ausgaben Deutschlands steigen 2003 verglichen mit dem Vorjahr leicht auf 3,8 Mrd. Euro. (Eberlei 2002, S. 11). Dies ist immer noch wesentlich weniger als 1992 (6 Mrd. Euro). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sanken die Zahlungen seit 1982 sogar von 0,48% auf unter 0,3% (Heidel 2002, S. 20).

Die Bundesregierung gelobte nun Besserung und versprach eine Steigerung auf 0,33% bis 2006 Vor dem Hintergrund, dass die Industrieländer bereits bei der UN-Generalversammlung im Jahre 1970 eine Quote von 0,7% zusagten, ist dies ein äußerst bescheidener Anstieg.

Neben dem weltweiten Sinken der Zahlungen kommt als weiteres Problem hinzu, dass nur ein geringer Teil der Gelder in die Bereiche fließt, die am direktesten zur Verbesserung der Lage der Armen beitragen könnten: das Gesundheitswesen und der Bildungsbereich. »Lediglich zwei Milliarden US-Dollar von der jährlichen Entwicklungshilfe (...) fließen in den Bildungsbereich.« (UNDP 2002, S. 38). Deutschland bildet da keine Ausnahme. Laut Haushaltsplan flossen 2002 von den direkt aus Deutschland vergebenen Zahlungen nur 5,3% der Entwicklungshilfe in den Bildungsbereich, 2,7% in das Gesundheitswesen und 3,9% in die Bevölkerungspolitik (Eberlei 2002, S. 12).

Entwicklungshilfe als Druckmittel

Dieser Bruch von gegebenen Zusagen zeigt die Schwäche der Entwicklungshilfe: Ihre Höhe und die Verwendung der Gelder sind von unberechenbaren Entwicklungen in den reichen Staaten abhängig. Die Empfängerländer sind diesen Entwicklungen ausgeliefert. Dabei wird in vielen armen Staaten die Hälfte des Staatshaushaltes durch Entwicklungshilfe finanziert. Hinzu kommt noch, dass ein großer Teil der Steuereinnahmen dieser Länder als Schuldendienst in die Industrieländer fließt. Mit der Drohung einer Reduzierung der Entwicklungshilfe kombiniert mit dem gleichzeitigen Angebot, über Schuldenerlasse nachzudenken, können die Industrieländer »Wohlverhalten« bei internationalen Fragen erzwingen.

Schlagzeilen machte ein solches Vorgehen bei den Schuldenerlassen für Jordanien und Ägypten anlässlich des Golfkrieges 1991, die im Gegenzug die Allianz gegen den Irak unterstützten. Wesentlich unauffälliger wird dieser Druck ausgeübt, wenn es beispielsweise um Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation geht oder um die Frage, welche Entwicklungsländer Deutschland bei der Durchsetzung eines ständigen Sitzes im Weltsicherheitsrat unterstützen.

Ob die Bundesregierung ihre Entwicklungshilfe in Zukunft tatsächlich wie in einem im April 2001 vom Entwicklungshilfeministerium vorgestellten »Aktionsprogramm 2015« verstärkt am Ziel der Armutsbekämpfung ausrichtet, wird sich noch zeigen. Der von vielen Nichtregierungsorganisationen scharf kritisierte bisherige Entwurf einer Neuausrichtung der eigenen Politik ist nicht mehr als eine Absichtserklärung und es bleibt abzuwarten, wie der Umsetzungsplan aussieht (Reichel 2002, S. 12–15).

3.1.4 Ungleichheit nimmt zu

Die Wirtschaftsdaten vieler Entwicklungsländer beruhen auf Schätzungen. Mangelnde finanzielle Mittel der Regierungen oder auch schlechte Verwaltungsstrukturen verhindern die Erstellung verlässlicher Statistiken. Dennoch geben die vorhandenen Daten viele Anhaltspunkte über wachsende Einkommensunterschiede.

In den Industrieländern stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) (die Summe der im Land erzeugten Güter und Dienstleistungen) zwischen 1975 und 2000 von ca. 16.000 auf fast 28.000 US-Dollar pro Kopf. In Sub-Sahara-Afrika sank der Wert dagegen sogar leicht auf ca. 1.700 US-Dollar. In Ostasien vervierfachte sich das Pro-Kopf-BIP zwar seit 1975, liegt aber immer noch bei nur 4.300 US-Dollar (UNDP 2002, S. 23).

Zwischen den verschiedenen Staaten gibt es große Unterschiede. Die Länder mit hohen Einkommen liegen weit vor den armen Staaten. Schwellen- und Entwicklungsländer weisen untereinander sowohl bei der Höhe als auch bei der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes große Unterschiede auf. Während beispielsweise China die Pro-Kopf-Einkommen seit 1970 vervierfachen konnte, blieben die Einkommen in Tansania konstant und sanken in Mosambik (**Abbildung 3 und 4**).

Ebenfalls zugenommen hat der Einkommensunterschied zwischen Arm und Reich. Der »Bericht über die menschliche Entwicklung 2002« des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) stellt dazu fest:

- »Das Einkommen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung entspricht dem der ärmsten 57 Prozent.
- Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung der Vereinigten Staaten haben zusammen ein Einkommen, das dem der ärmsten 43 Prozent der Weltbevölkerung entspricht. Anders formuliert: Das Einkommen der reichsten 25 Millionen Amerikaner ist gleich dem Gesamteinkommen von fast zwei Milliarden Menschen.
- Das Verhältnis zwischen dem Einkommen der reichsten und der ärmsten fünf Prozent der Weltbevölkerung beträgt 114:1.« (UNDP 2002, S. 23)

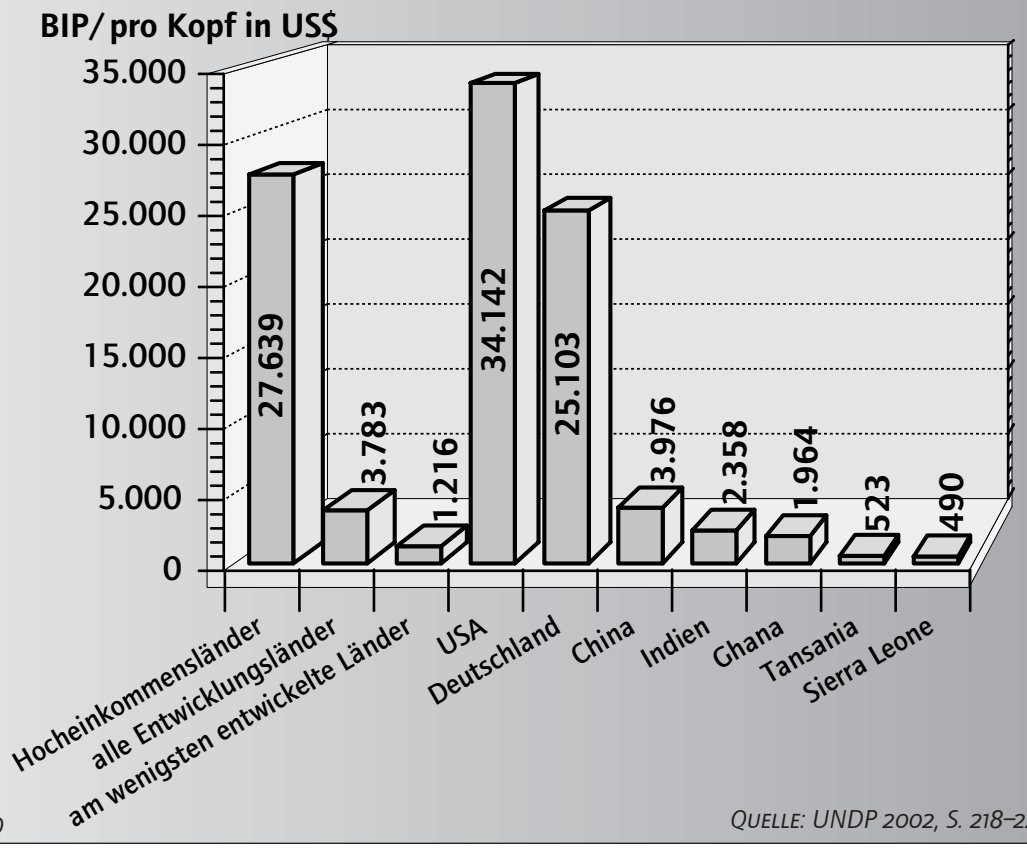
Die Schere geht auch innerhalb der Staaten immer weiter auseinander: »Von den 73 Ländern mit 80% der Weltbevölkerung, für die Daten vorliegen, verzeichneten 48 zunehmende Ungleichheit seit den fünfziger Jahren, in 16 kam es nicht zu einer Veränderung, und nur in neun – mit gerade einmal vier Prozent der Weltbevölkerung – nahm die Ungleichheit ab. Die Zunahme der Ungleichheit bedeutet einen Hemmschuh für die Verringerung der Armut« (UNDP 2002, S. 22).

Wie gravierend die Einkommensunterschiede für das Leben der Menschen sind, zeigt das Beispiel Südafrika. In den Bereichen Lebenserwartung, Einschulungsraten und Bildungsraten liegt das Land ungefähr gleichauf mit Vietnam. Vietnam schafft dies mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 1.996 US-Dollar, während der Wert in Südafrika – wo einige Wenige sehr viel verdienen und die Masse der Bevölkerung extrem wenig – bei 9.401 US-Dollar liegt (UNDP 2002, S. 179 und 224).

Reisverkauf in Xai-Xai/Mosambik

(Foto: Aim/Issa)

Abbildung 03:
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Vergleich
Bei der Berechnung wurde die jeweilige Kaufkraft der Länder einbezogen.



©2003 SÜDWIND

QUELLE: UNDP 2002, S. 218–221

Abbildung 04:
Reales BIP/ pro Kopf in konstanten Preisen in US Dollar, berechnet auf der Basis der Preise von 1985.

Land	1970	1980	1990	1999
USA	12963	15295	18054	21487
Frankreich	9200	11756	13904	15437
Argentinien	5637	6506	4706	6482
Brasilien	2434	4303	4042	4411
China	696	972	1324	2727
Indien	802	882	1264	1779
Ghana	1059	976	902	1095
Mosambik	1497	923	760	1091
Tansania	424	480	550	567
Sierra Leone	1435	1139	901	495
Äthiopien	296	322	324	384

(Durch den Bezug auf 1985 ergeben sich inflationsbereinigte Werte, die von anderen Tabellen mit anderen Bezugsjahren abweichen.)

©2003 SÜDWIND

QUELLE: GLOBAL DEVELOPMENT NETWORK GROWTH DATABASE. ZITIERT NACH: WELTBANK 2002

3.2 Globalisierung unter neoliberalem Vorzeichen

Die internationale Vernetzung der Wirtschaft ist in den letzten beiden Jahrzehnten stark gewachsen. Immer wieder wird betont, damit könne die Situation der Armen verbessert werden. Doch während – wie im vorigen Kapitel erläutert – viele Menschen auf die Verbesserung ihrer Lage warten, werden parallel zum Wachstum der weltwirtschaftlichen Beziehungen mit Verweis auf den Wettbewerb staatliche soziale Leistungen abgebaut. Der Umbau der Gesellschaft zugunsten bestimmter wirtschaftlicher Interessen schreitet voran.

3.2.1 Wirtschaftsbeziehungen: Ein Ausweg aus der Armut?

Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) beschreibt in einer Analyse der wirtschaftlichen Situation in den am wenigsten entwickelten Staaten vier Bereiche der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die einen Ausweg aus der Armut ermöglichen können:

1. In armen Staaten wird sehr wenig gespart. Damit steht den Banken wenig Kapital zur Verfügung, das sie dem Staat oder Firmen leihen können. Der Zugang zu ausländischem Kapital kann daher Investitionen ermöglichen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes anstoßen.
2. In armen Staaten ist die Nachfrage nach Produkten sehr gering. Exporte können dafür sorgen, dass die Produktion im Lande steigt und mit dieser Steigerung eine Dynamik hin zu einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung angestoßen wird.
3. Mit ausländischem Kapital sowie mit den Einnahmen aus Exporten kann moderne Technologie importiert werden.
4. Die Zunahme der internationalen Arbeitsmöglichkeiten erleichtert die Auswanderung und damit die Aufnahme einer Arbeit auch durch die Menschen, die zu Hause keine Arbeit finden. Deren Überweisungen in die Heimat sorgen wiederum dort für zusätzlichen Konsum (UNCTAD 2002c, S. 156–157).

Voraussetzung einer Reduzierung der Armut durch internationale Wirtschaftsbeziehungen wäre allerdings, dass zusätzliche Einnahmen auch erzielt werden und dann bei den Armen ankommen. Notwendig wäre somit eine gezielte Lenkung der Wirtschaft mit dem Ziel der Armutsreduzierung.

3.2.2 Der »Washingtoner Konsens«

Eine solche staatliche Lenkung der eigenen Entwicklung ist in den meisten Staaten heute nicht mehr möglich. Seit Anfang der achtziger Jahre orientierten sich die weltweiten Politikempfehlungen immer mehr an neoliberalen Wirtschaftsmodellen. Gefordert wurde der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft sowie die Abschaffung von Gesetzen, die wirtschaftliche Aktivitäten reglementieren. Dieser Prozess wird meist als Liberalisierung bezeichnet.

Der US-Ökonom John Williamson prägte 1989 für diese Politik den Begriff »Washingtoner Konsens«, denn sowohl die in Washington beheimateten multilateralen Finanzinstitutionen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank, als auch die US-Regierung und international operierende Finanzinstitute setzten weltweit eine »Strukturanpassungspolitik« durch.

Zur Politik der Anpassung gehören unter anderem:

- eine Senkung der Staatsausgaben (Haushaltsdisziplin),
- der Schwerpunkt der Ausgaben der öffentlichen Haushalte soll bei Bildung, Gesundheit und Infrastruktur liegen, Subventionen müssen dagegen gestrichen werden,
- eine Steuerreform mit dem Ziel der Erweiterung der Steuerbasis und der Senkung der Steuersätze,
- eine Erhöhung der Zinsen zur Verhinderung der Kapitalflucht und als Anreiz für Investitionen aus dem Ausland,
- die Liberalisierung des Handels durch die Sen-

kung von Zöllen und die Abschaffung von Importbeschränkungen,

- eine weitgehende Privatisierung staatlicher Unternehmen und Einrichtungen,
- eine Stärkung der Eigentumsrechte.

Die Vorgaben des »Washingtoner Konsenses« entwickelten sich in den neunziger Jahren zur vorherrschenden Wirtschaftstheorie. TINA – There is no alternative (Es gibt keine Alternative) ist ein Satz, der in vielen Diskussionen fällt. Jedes Land befinde sich im weltweiten, globalen Wettbewerb, den es nur bestehen könne, wenn es die Liberalisierung vorantreibe.

3.2.3 Umbau von Gesellschaft, Produktion und Arbeitsmarkt

Weltweit werden nach den Vorgaben des Washingtoner Konsenses die Strukturen von Staaten umgebaut. Denn Regierungen und Unternehmen aus den Industriestaaten wollen eine zunehmende internationale Verflechtung von Wirtschaftsbeziehungen vorantreiben und fordern, die Voraussetzungen für ein internationales Zusammenwachsen der Märkte für Güter, Finanzen und Dienstleistungen zu schaffen.

Es sind die Politkerinnen und Politiker, die in Deutschland wie auf internationaler Ebene über den Rahmen entscheiden, in dem Unternehmen arbeiten. Es liegt in der Entscheidungsbefugnis der Bundesregierung, ob in Deutschland Arbeitnehmerrechte abgeschafft werden. Ebenso redet die Bundesregierung mit bei der Entscheidung, ob der Internationale Währungsfonds verschuldeten Staaten die Lockerung von Arbeitnehmerrechten vorschreiben darf.

Gleiches gilt für internationale Standards in den Bereichen Handel, Umweltschutz oder Finanztransaktionen. Deutsche RegierungsvertreterInnen haben in allen wichtigen internationalen Gremien ein gewichtiges Wort mitzureden.

In den letzten beiden Jahrzehnten haben sie dieses Gewicht oftmals nur benutzt, um weiteren Liberalisierungsschritten zuzustimmen.

Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs

Anfang der siebziger Jahre begann die Liberalisierung der Finanzmärkte. Schritt für Schritt wurden weltweit Gesetze abgebaut, die den Transfer von Geldern von einem Staat in den anderen reglementierten. Inzwischen können Unternehmen und Privatpersonen in den meisten Staaten frei entscheiden, wohin sie ihr Geld transferieren. Dadurch ist es für Unternehmen viel einfacher geworden im Ausland Niederlassungen zu gründen, dort zu investieren und anschließend Gewinne wieder aus dem Land an die Mutterkonzerne zu überweisen.

Auch viele Entwicklungsländer haben ihre Gesetze geändert, um den Forderungen der Unternehmen entgegenzukommen. Sie hofften, dass Kapital in ihr Land kommt, Arbeitsplätze entstehen und ihre Wirtschaft wächst.

Kleinere und mittlere Volkswirtschaften in Asien, Afrika oder Lateinamerika haben nun allerdings keine Möglichkeit mehr, die Finanzströme zu lenken, sie können keine Vorgaben mehr machen über die Dauer oder Ausrichtung der Investitionen.

Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs führte zudem dazu, dass viele Entwicklungsländer wehrlos Spekulanten ausgesetzt sind (Details zu dieser Entwicklung siehe Seite 48 –57).

Deregulierung der Arbeitsmärkte

Neben der Änderung von Gesetzen auf dem Finanzmarkt versuchen sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer, die Unternehmen mit Veränderungen in der Arbeitsgesetzgebung zu Investitionen zu bewegen. Am weitesten geht das Entgegenkommen in den sogenannten »Freien Exportzonen«, die in mehr als 70 Staaten – größtenteils Entwicklungsländer – entstanden sind.

Die »Gastländer« befreien ausländische Firmen in diesen Zonen ganz oder teilweise von Steuern sowie Sozial- und Umweltgesetzen, Gewerkschaften werden verboten oder unterdrückt, gesetzlich garantierte Mindestlöhne müssen nicht gezahlt werden, exzessive und gesetzwidrige Überstunden, sexuelle Belästigung von Frauen, die Entlassung von Schwangeren und Kinderarbeit werden stillschweigend geduldet.

Verschärft wurde diese Entwicklung noch durch die Tendenz von Unternehmen, Aufträge an Zulieferer zu vergeben, die dann ihrerseits wieder ein Netz von Zulieferern beschäftigen (»subcontracting«). Teile der Zulieferungen werden in Heimarbeit im informellen Sektor erstellt. Dies erhöht den Druck auf die Löhne der regulär Beschäftigten weiter. Weltweit hat dies zu einer Verschlechterung der Beschäftigungssituation von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt.

Schätzungen gehen davon aus, dass rund eine Milliarde Menschen auf der Welt arbeitslos oder unterbeschäftigt ist bzw. zu wenig verdient, um ihre Familien über der Armutsgrenze zu halten. Andererseits arbeiten weltweit circa 250 Millionen Kinder im Alter zwischen 5–14 Jahren. Bis zum Jahr 2010 werden 500 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt, die meisten von ihnen in Entwicklungsländern (ILO 2001).

Veränderte Produktionsstrukturen durch Liberalisierung der Warenmärkte

Möglich wurde diese verstreute Produktion durch die weltweite Absenkung von Zöllen und Handelshemmnissen in vielen Bereichen. Dies vereinfachte nicht nur den Export von Gütern, sondern auch den Handel mit Vorprodukten. Nahezu oder ganz zollfrei können diese in verschiedenen Ländern hergestellt und dann in das Land exportiert werden, das das Endprodukt herstellt. Von dort aus folgt der Export an die weltweiten Kundinnen und Kunden – erneut bei vielen Waren weitestgehend zollfrei.

Naomi Klein hat in ihrem Bestseller »No Logo« eindrucksvoll beschrieben, wie Konzerne vor diesem Hintergrund ihre Strategien verändert haben. Die weltweite Liberalisierung gab ihnen die Möglichkeit, sich auf die lukrativsten Teile der Produktionskette zu beschränken: Sie entwickeln die Produkte, vergeben anschließend die Produktion an Lieferanten in verschiedenen Billiglohn-Ländern und vermarkten dann das irgendwo zusammengesetzte Endprodukt nach einer zentralen Strategie weltweit. Eigentliche Verdienstquelle der Unternehmen ist nicht mehr die Fähigkeit, Produkte möglichst billig selbst zu produzieren, sondern die Vermarktung ihres Logos (Klein 2000, S. 24–141).

Was die Textil- und Bekleidungsindustrie vormacht, haben mittlerweile andere Branchen übernommen. Die Firma Ericsson beispielsweise, weltweit größter Hersteller von Telefonausrüstungen, betreibt mittlerweile von seinen ehemals mehr als 70 weltweit verstreuten Produktionsstandorten nur noch weniger als zehn. Behalten wurden die Entwicklungs- und Designabteilungen sowie die Fertigung der Geräte, bei denen keine hohen Stückzahlen benötigt werden. Der Rest wurde verkauft. Die Herstellung von Mobiltelefonen wurde sogar vollständig abgegeben. Die Konkurrenten von Ericsson verhielten sich ähnlich (UNCTAD 2002a, S. 134–141).

Die verstreute Produktion führte dazu, dass Recherchen zur Frage, wo beispielsweise eine Hose unter welchen sozialen Bedingungen für deutsche Kundinnen und Kunden hergestellt wurde, sehr schwierig sind. Viele Konzernmanager verweisen darauf, man kaufe bei Zwischenhändlern ein und wisse selbst nicht, wo die Produkte hergestellt wurden. Die Verantwortung für Missstände in Zuliefererbetrieben wird schlicht ignoriert oder sogar abgestritten.

Machtzuwachs transnationaler Konzerne

International operierende Konzerne profitierten besonders von den beschriebenen Entwicklungen. Mittlerweile gibt es mehr als 65.000 solcher Konzerne mit 850.000 Tochterfirmen im Ausland. Allein die 100 größten dieser Firmen beschäftigen weltweit rund 14 Millionen Menschen. Rund 30% des Welthandels besteht aus Geschäften zwischen Konzerntöchtern dieser Firmen. Der Umfang dieser Geschäfte addiert sich zu rund 10% des weltweiten Bruttoinlandsproduktes. Rund vier Fünftel dieser Geschäfte werden zwischen Konzerntöchtern der Industrieländer abgewickelt.

Zu den Zulieferungen aus eigenen Fabriken kommen noch die von anderen Produzenten. Schätzungen gehen davon aus, dass die Zulieferer der transnationalen Konzerne mehr als 125 Millionen Menschen beschäftigen (UNCTAD 2002a).

Technischer Fortschritt schuf neue Möglichkeiten

Neben den veränderten politischen Rahmenbedingungen beschleunigte auch die deutliche Verbesserung der Infrastruktur für die internationale Kommunikation (Telefon, Computer, Internet) die Veränderung der weltweiten Produktionsstrukturen. Die Teile der Welt, die Zugang zu den technischen Errungenschaften haben, rückten enger zusammen. Hinzu kommt der Ausbau des internationalen Transportwesens, der zu einer deutlichen Verringerung der Frachtkosten führte.

Ausgeschlossen von der beschleunigten und verstreuten Produktion bleiben allerdings die Staaten, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen.

3.2.4 Staatszerfall, Krisen und Kriege

Die zunehmende Einschränkung der Handlungsfähigkeit von Staaten durch Sparmaßnahmen und Liberalisierungen ist eine Ursache von Bürgerkriegen und Staatszerfall. Die britische Ökonomin Mary Kaldor, die für die Vereinten Nationen im Kosovo tätig war, schreibt:

»Die neoliberalen Maßnahmen erhöhten die Arbeitslosigkeit, den Ressourcenverbrauch und die Einkommensunterschiede und schufen damit ein Milieu, in dem sich Kriminalität, Korruptionskartelle, Schwarzmarkthändler, Waffen- und Drogenschmuggler usw. ausbreiten konnten. (...) Im großen und ganzen führte ‚mehr Markt' nicht zu neuen, eigenständigen produktiven Unternehmen, sondern vielmehr zu Korruption, Spekulation und Verbrechen« (Kaldor 2000, S. 132).

Der frühere Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler verweist in seinem Essay »Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt« auf den fortschreitenden Zerfall vieler Staaten. Dieser Zerfall habe katastrophale Wirkungen auf die Staatsbürger und bedeute das Ende jeder Perspektive auf eine Verbesserung. Der Altpolitiker lehnt die bedingungslose Öffnung der Märkte ab: »Märkte haben viele heilsame Wirkungen. Die Zukunftstauglichkeit einer Gesellschaft oder gar der Weltgesellschaft gehört nicht dazu. Die fällt in die Verantwortung der Politik« (Eppler 2002, S. 132).

Eppler wirft den von Industrieländern dominierten internationalen Organisationen vor, für den Zerfall von Staaten mit verantwortlich zu sein: »Wo Anpassungsprogramme des Währungsfonds nach menschlichem Ermessen den Staatszerfall beschleunigen, sind sie auch dann falsch, wenn kluge Ökonomen sie ersonnen haben, nach deren Überzeugung sie der Sanierung von Finanzen und Haushalt dienen müßten.« (Eppler, 2002, S. 137–138)

Slum in Kapstadt/Südafrika

(Foto: Friedel Hütz-Adams)

3.3 Strukturelle Gewalt im Nord-Süd-Handel

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der Welthandel stark gewachsen. Einen zusätzlichen Schub erhielt dieses Wachstum in den neunziger Jahren durch die verstärkte Senkung von Zöllen und Handelsbeschränkungen.

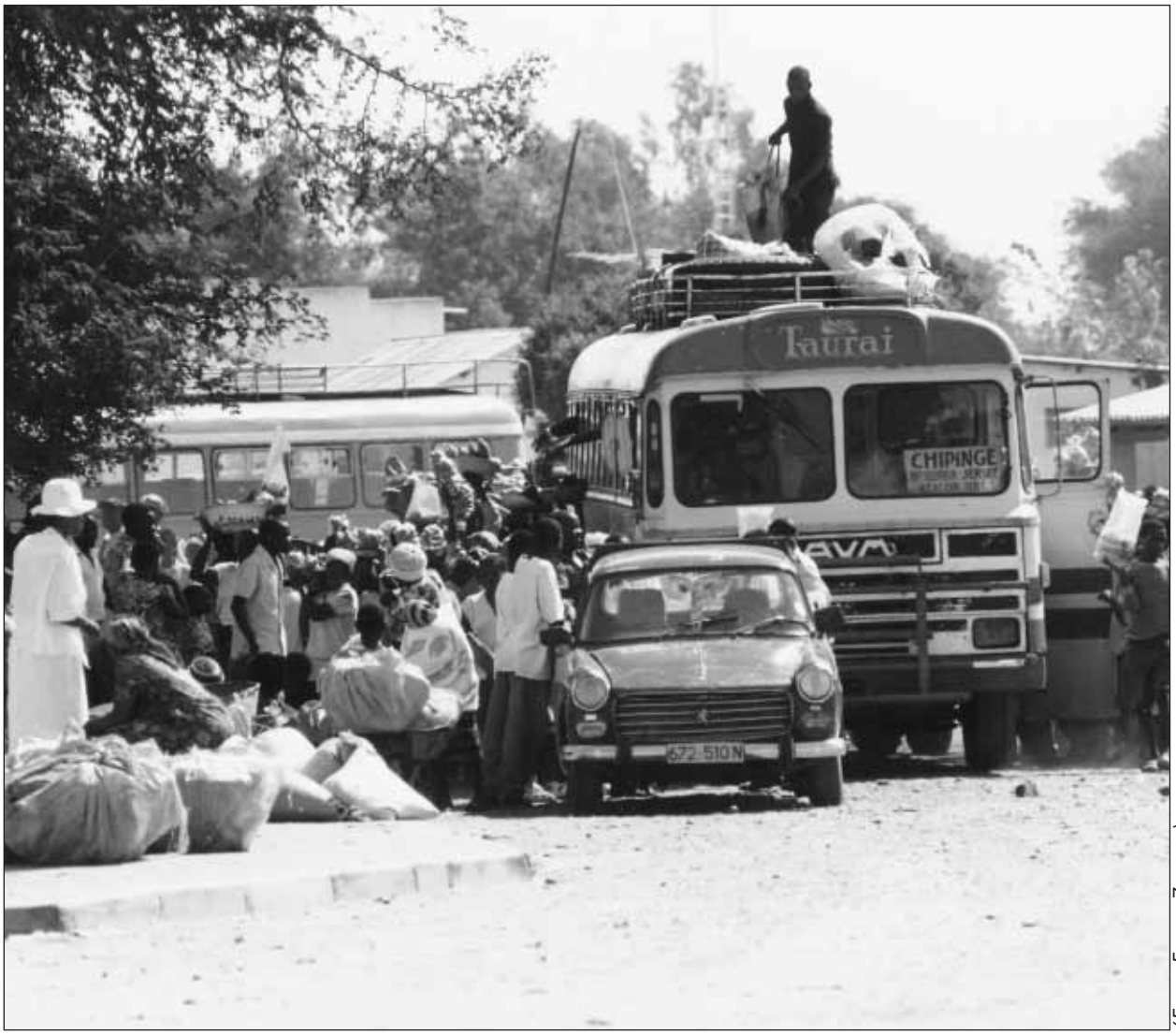
3.3.1 Handelsumfang stieg auf ein Vielfaches

Nach Angaben der Welthandelsorganisation (WTO) stieg der weltweite Handel bis zum Jahre 2001 auf das Zwanzigfache des Volumens von 1950. Je nach Branche waren die Steigerungsraten sehr unterschiedlich. Die Handelsumfang im Agrarbereich stieg auf das Sechsfache, der Handel mit mineralischen Rohstoffen verachtfachte sich und der Handel mit Industriegütern stieg um mehr als das Vierzigfache.

Der Welthandel stieg damit wesentlich schneller als die weltweite Güterproduktion, die sich im gleichen Zeitraum versiebenfachte (**Abbildung 5**).

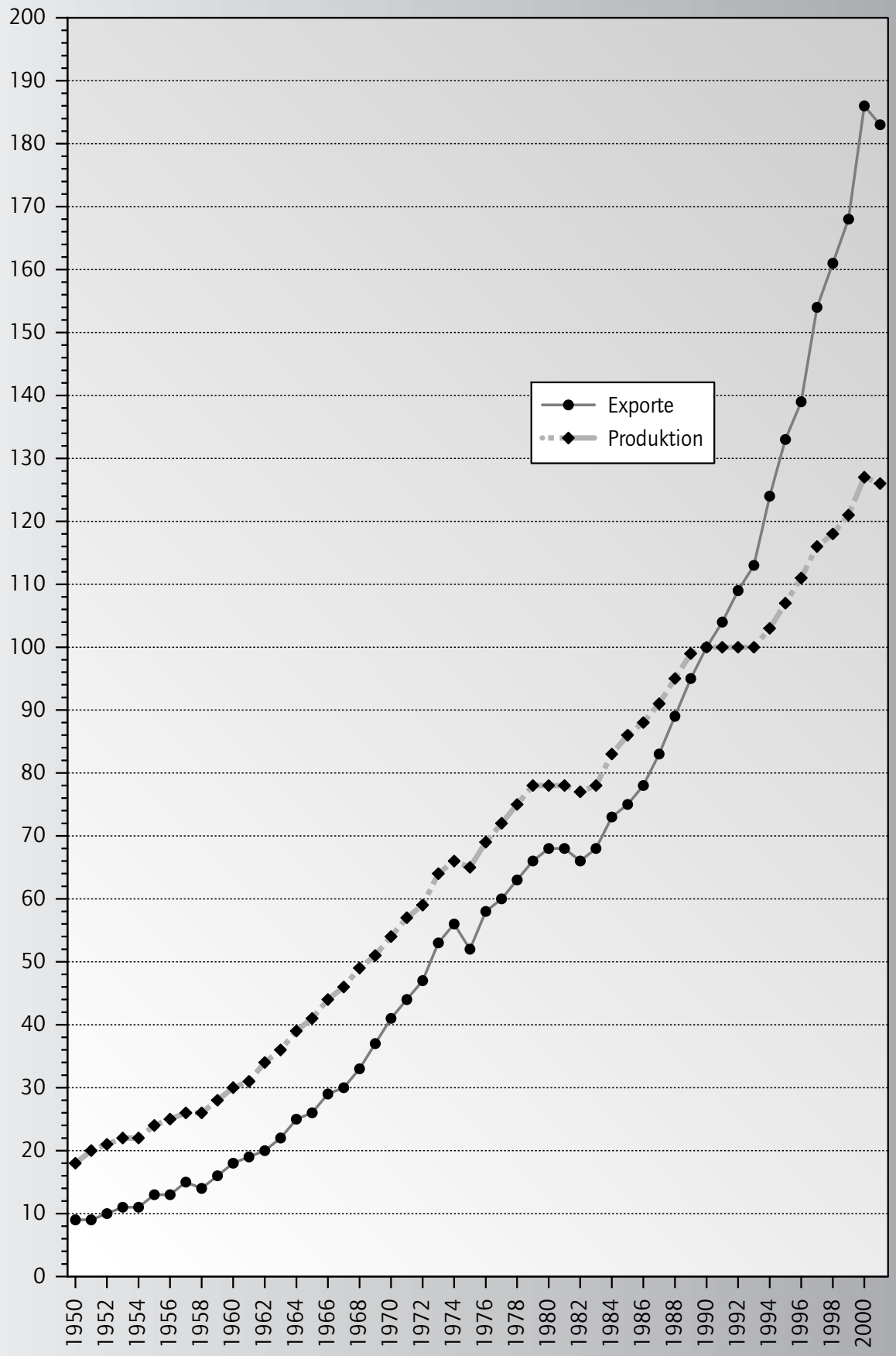
Diese Zahlen zeigen, dass der Handel mit Agrarprodukten und mineralischen Rohstoffen relativ zum wesentlich schneller wachsenden Export von Industriegütern immer unbedeutender wurde (WTO 2002, Table II.1).

Markt und Busstation in Birchenough Bridge/Simbabwe



(Foto: Frank Zander)

Abbildung 05:
Index (1990 = 100) des Export- und Produktionswachstums im Verhältnis zueinander



©2003 SÜDWIND

QUELLE: : WTO

Entwicklungsländer: Abhängigkeit von wenigen Produkten

Hinzu kam, dass die Preise für viele Rohstoffe immer weiter gesunken sind (**Abbildung 6**). Die massiven Schwankungen der Preise machen es für viele Menschen unmöglich, ihre Einnahmen für das nächste Jahr auch nur annähernd zu planen. Auch Schätzungen der zukünftigen Steuereinnahmen der Regierungen sind kaum möglich.

Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen kommt in einer Analyse der Armutsentwicklung der am wenigsten entwickelten Staaten zu dem Ergebnis, dass in all den Staaten, deren Einnahmen stark von der Rohstoffproduktion abhängen, die Zahl der Armen deutlich gestiegen ist. Rund 69% der Einwohner dieser Staaten müssen mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag überleben. Auffallend ist auch, dass gerade diese Staaten nahezu alle hoffnungslos überschuldet sind (UNCTAD 2002c, S. IV und VIII).

Rohstoffe machten 1998 nur noch knapp 20% der Exporte der Entwicklungsländer aus, statt 50% wie noch im Jahre 1980 (**Abbildung 7**).

Diese Entwicklung verlief von Land zu Land sehr unterschiedlich. Es gibt immer noch viele Staaten, deren Wirtschaft zu einem sehr hohen Prozentsatz vom Export eines Produktes abhängt. Uganda erlöst 56% seiner Exporteinnahmen aus dem Verkauf von Kaffee, Benins Erlöse hängen zu 84% von Baumwolle und Gabuns zu 82% vom Erdöl ab. Doch auch in der Güterproduktion entstanden ähnliche Abhängigkeiten. So erzielen etwa Kambodscha (89%), Macao SAR (84%) und Bangladesch (83%) mehr als vier Fünftel ihrer Exporteinnahmen aus dem Handel mit Bekleidung (**Abbildung 8 und 9**).

Auch hier ist eine realistische Planung weiterer Entwicklungen kaum möglich. Wenn beispielsweise die Industrienationen über Nacht Importquoten oder Zölle verändern, dann beeinflusst dies in einigen Staaten Millionen von Arbeitsplätzen.

3.3.2 IWF und Weltbank setzen einseitige Liberalisierung durch

Im »Bericht über die menschliche Entwicklung 2002» des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) ist nachzulesen: «Im Durchschnitt sind die Zölle der Industrieländer auf Importe aus Entwicklungsländern viermal so hoch wie auf Importe aus anderen Industrieländern. (...) Der Welthandel ist jedoch hochgradig reguliert, wobei die einflussreichen Akteure alle Fäden in der Hand halten und von gleichen Bedingungen nicht die Rede sein kann. Die Hürden für den Verkauf auf dem Weltmarkt sind für durchschnittliche arme Menschen doppelt so hoch wie für typische Arbeiter in reichen Ländern» (UNDP 2002, S. 9 und 38).

Diese Ungleichbehandlung kostet die Entwicklungsländer jährlich bis zu 700 Milliarden Euro (UNCTAD 2002, S. 136) und verhindert in vielen Staaten eine wirksame Bekämpfung der Armut.

Eine Ursache dieser Benachteiligung der Entwicklungsländer liegt darin begründet, dass sie in vielen Fällen keine Möglichkeit haben, für eigene Zugeständnisse in Handelsfragen Gegengaben von Industrieländern zu verlangen: Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank zwingen sie zu einseitigen Handelsliberalisierungen.

Hochverschuldete arme Länder müssen mit dem IWF und der Weltbank immer wieder über neue Kredite verhandeln. Diese Kredite sind an konkrete Bedingungen gebunden. In einer Einschätzung der eigenen Handelsauflagen bezeichnet der Währungsfonds die Liberalisierung des Handels als ein Schlüsselelement der in den vergangenen 20 Jahren unterstützten Programme. Man habe dauerhaftes Wachstum, eine makroökonomische Stabilisierung und einen Ausgleich der Zahlungsbilanzen fördern wollen (IWF 2001, S. 2). Dabei hätten der »IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation gemeinsame Interessen und Ansichten. Durch ihre Bemühungen in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen förderten sie eine fortschreitende Liberalisierung des Handels von Gütern und Dienstleistungen« (IWF 2001, S. 3).

Im Laufe der Jahre schrieb der IWF hochverschuldeten Staaten Dutzende von Gesetzesände-

Abbildung 06
Weltmarktpreise und Preisprognosen für ausgewählte Produkte*

Produkt		Preise				Preisprognosen	
	Einheit	1970	1980	1990	2000	2001	2002
Kakao	(US)Cent/Kg	240,6	330,5	126,7	93,0	113,0	113,8
Kaffee, Sorte Robusta	(US)Cent/Kg	325,7	411,7	118,2	93,7	66,4	66,1
Tee	(US)Cent/Kg	297,7	210,6	205,8	192,6	174,3	165,5
Kokosöl	US$/Tonne	1416,0	855,3	336,5	462,3	338,9	377,6
Erdnussöl	US$/ Tonne	1349,5	1090,1	963,7	732,6	726,1	750,1
Sojabohnen	US$/ Tonne	416,8	376,0	246,8	217,5	215,2	212,1
Mais	US$/ Tonne	208,2	159,0	109,3	90,9	96,8	99,3
Reis	US$/ Tonne	450,3	521,4	270,9	207,8	182,9	191,4
Weizen**	US$/ Tonne	195,7	219,3	135,5	117,1	134,5	134,5
Bananen**	US$/ Tonne	592,1	478,9	540,9	435,3	656,2	543,7
Rindfleisch**	(US) Cent/Kg	465,0	350,3	256,3	198,4	222,7	209,8
Orangen	US$/ Tonne	599,1	508,0	531,1	372,9	677,7	646,6
Zucker	(US) Cent/Kg	29,32	80,17	27,67	18,5	20,2	17,3
Aluminium	US$/ Tonne	1 982	1 848	1 639	1 590	1 549	1 552
Kupfer	US$/ Tonne	5 047	2 770	2 661	1 862	1 694	1 681
Blei	(US)Cent/Kg	108,0	115,0	81,1	46,6	50,6	51,7
Zinn	(US)Cent/Kg	1309,6	2129,3	608,5	558,0	473,3	481,1

* Umgerechnet auf das Preisniveau von 1990
** Preis in den USA

Quelle: Weltbank, Economic Policy and Prospects Group.
Zitiert nach: World Economic Prospects and the developing countries. Weltbank, 2002

©2003 SÜDWIND

Abbildung 07:
Exportstruktur in Produktkategorien (ohne Erdöl) je nach Faktorintensität der Jahre 1980 und 1998, Angaben in Prozent

Produktkategorie	Anteil am Export der Entwicklungsländer		Anteil am Weltexport	
	1980	1998	1980	1998
Rohstoffe	50,8	19,0	25,7	14,8
Arbeitsintensive und auf Rohstoffen basierende Güter	21,8	23,2	14,7	15,0
Güter mit niedriger Fachkenntnis und technischem Aufwand	5,8	7,3	10,1	7,6
Güter mit mittlerer Fachkenntnis und technischem Aufwand	8,2	16,8	26,4	29,6
Güter mit hoher Fachkenntnis und technischem Aufwand	11,6	31,0	20,2	30,2

©2003 SÜDWIND

Quelle: UNCTAD 2002, S. 68

rungen vor, durch die der Handel erleichtert werden sollte. Was der IWF als Erfolgsgeschichte betrachtet, wird von den betroffenen Regierungen und von Nichtregierungsorganisationen massiv kritisiert: Verschuldete Staaten wurden einseitig dazu gezwungen ihre Grenzen für Importe zu öffnen.

Dagegen konnte der IWF die Industrieländer – die seine Gremien beherrschen – nicht dazu zwingen, gleichfalls die Grenzen für Produkte der Entwicklungsländer zu öffnen (Oxfam 2002, S. 126–128). Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen schreibt dazu, »dass diese Institutionen ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen und ihre politische Konditionalität auf eine enge Weltsicht stützen, die die Interessen der mächtigsten Mitglieder widerspiegelt.« (UNDP 2002, S. 135)

> »Es ist vielleicht kein Zufall, dass die repräsentativeren internationalen Institutionen wie der Wirtschafts- und Sozialrat und die Generalversammlung der Vereinten Nationen als diejenigen gelten, die die geringste Macht haben. Die Realität ist, dass die mächtigen Länder, die für den Erfolg jeder internationalen Institution ausschlaggebend sind, zu den Institutionen tendieren, die ihnen den höchsten Einfluss einräumen. Und sie nehmen ihre Macht mit sich: sei es in die ‚Green Room'-Sitzungen der WTO oder in die Sitzungen des IWF-Exekutivrats.« (UNDP 2002, S. 10–11)

Bei der Öffnung der eigenen Grenzen für Importe gingen viele arme Staaten voran und ermöglichten reichen Ländern höhere Profite. Eben diese Ungleichbehandlung sollte eigentlich durch Verträge im Rahmen der Welthandelsorganisation verhindert werden.

3.3.3 Die Welthandelsorganisation (WTO) erweitert ihre Befugnisse

Zwischen 1947 und 1994 wurden im Rahmen des »Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens« (GATT: General Agreement on Tariffs and Trade) viele Zölle gesenkt und der Handel erleichtert. Seit dem 1. Januar 1995 sollen Handelserleichterungen durch die Welthandelsorganisation (WTO) vorangetrieben werden, der 144 Länder angehören. Diese Mitgliedsstaaten wickeln weit mehr als 90% des Welthandels untereinander ab.

Die Welthandelsorganisation folgt der Ideologie, dass alle Menschen am meisten profitieren, wenn die freie Marktwirtschaft durchgesetzt und alle Handelshemmnisse abgeschafft werden. Man will das Wirtschaftswachstum durch den Ausbau des Handels erhöhen und damit verbunden eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen. Soweit die Theorie. In der Praxis jedoch entscheidet die Verhandlungsmacht darüber, wer seine Märkte öffnet und wer nicht: »Tatsächlich aber gebären sich die Delegationen wie Kaufleute: Sie versuchen nämlich, ihren Handelspartnern ein Höchstmaß an Handelsliberalisierung abzunötigen, während sie ihre eigenen auf ein Mindestmaß beschränken.« (Murphy 2002, S. 11)

In allen betroffenen Handelsbereichen gelten die **Grundregeln der WTO**:

- **Meistbegünstigtenprinzip:** Senkt ein Land gegenüber einem anderen Staat den Zoll für ein Produkt, dann gilt dies automatisch auch für den Import dieses Produkts aus allen anderen Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation.
- **Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen:** Solche Beschränkungen des Handels sollen abgeschafft und durch Zölle ersetzt werden.
- **Verbot von Zollerhöhungen:** Ist ein Land der WTO beigetreten, kann es nach dem Beitritt Zölle nicht mehr erhöhen.

Eine Reihe von **Abkommen** geht weit über die Vereinbarungen zu Zollfragen für den Güterhandel hinaus. Die wichtigsten sind:

- **GATT:** Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, abgekürzt nach der englischen Bezeichnung General Agreement on Tariffs and Trade. Die aktuelle Fassung des GATT ist seit 1994 in Kraft und regelt die weitere Absenkung von Zöllen für den Handel mit Gütern.
- **AoA:** Agrarabkommen, abgekürzt nach der englischen Bezeichnung Agreement on Agriculture. Das Agrarabkommen genehmigt den reichen Staaten weiterhin die Zahlung von

Abbildung 08:
Abhängigkeit ausgewählter Länder von einem Exportprodukt

Land	Hauptexportprodukt	Prozentanteil an den Exporten	
		wichtigstes Exportprodukt	die drei wichtigsten Exportprodukte
Äthiopien	Kaffee	40%	70%
Benin	Baumwolle	84%	94%
Guinea-Bissau	Cashewnüsse	69%	79%
Malawi	Tabak	61%	75%
Mali	Baumwolle	47%	75%
Mauretanien	Fisch	54%	94%
Niger	Uran	51%	69%
Ruanda	Kaffee	43%	72%
Sambia	Kupfer	48%	67%
Tschad	Baumwolle	38%	94%
Uganda	Kaffee	56%	63%

©2003 SÜDWIND

QUELLE: IWF 2002, S. 33

Abbildung 09:
Textil- und Kleiderexporte 2001 (in Mio. US-Dollar und Prozent)

	Wert (in Mio. US-Dollar)	Prozentanteil am gesamten Handel
Welt	356 400	5,8
Kambodscha	1 149	88,7
Macao SAR	2 121	83,9
Bangladesch	4 219	83,4
Pakistan	6 676	72,8
Mauritius	949	63,6
Sri Lanka	2 493	54,4
Tunesien	2 504	42,6
Türkei	10 205	38,4
Marokko	2 364	33,7
Indien	10 239	28,2
Rumänien	2 524	24,4
China	52 206	20,9
Hongkong	37,657	18,6

©2003 SÜDWIND

QUELLE: IWF/WELTBANK 2002, S. 39

Subventionen an ihre Bauern. Lediglich die Art der Subventionen (für Produkte, Zahlungen direkt an Bauern oder für Produktionsflächen ...) wurde in kleinen Bereichen verändert. Entwicklungsländer, die ihre Märkte bereits liberalisiert haben, können seit dem Unterzeichnen des Abkommens keine neuen Zölle und Importbeschränkungen mehr einführen.

- **GATS:** Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, abgekürzt nach der englischen Bezeichnung »General Agreement on Trade in Services«. Verhandelt wird zur Zeit über die weitgehende Freigabe des Handels mit Dienstleistungen, darunter das Gesundheits- und Bildungswesen, die Wasserver- und die Müllentsorgung, Kommunikation etc. (siehe **Fallbeispiel 2**).
- **TRIPS:** Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum, abgekürzt nach der englischen Bezeichnung »Trade Related Intellectual Property Rights«. Das Abkommen wird automatisch mit dem Beitritt zur WTO mit unterzeichnet und garantiert einen Schutz von 20 Jahren auf alle Patente, darunter auch auf Medikamente und Saatgut (siehe **Fallbeispiel 2**).
- **TRIMS:** Abkommen über mit dem Handel verbundene Investitionen, abgekürzt nach der englischen Bezeichnung »Trade Related Investment Measures«. Mit diesem Abkommen verzichten die Unterzeichnerstaaten auf eine Lenkung der Investitionen ausländischer Unternehmen. Sie können beispielsweise nicht mehr festschreiben, dass in den neuen Fabriken ein bestimmter Prozentsatz von im Lande hergestellte Vorprodukten verarbeitet werden muss (»local content«).

Die WTO kann ihre Beschlüsse durchsetzen, da sie einen internationalen völkerrechtlichen Status besitzt, der mit dem der Vereinten Nationen vergleichbar ist. Mit ihren für Mitglieder verbindlichen Regeln hat die Welthandelsorganisation quasi gesetzgeberische Macht, die über nationalen Gesetzen steht: Bei Auseinandersetzungen um die Auslegung und Umsetzung von WTO-Bestimmungen können die Mitgliedsländer ein Streitschlichtungsorgan anrufen, das als Richter bindende Verfügungen für alle Mitglieder erlassen kann. Mit diesen Verfügungen kann die WTO Sanktionen genehmigen, die ein Mitgliedsstaat gegen einen anderen verhängt.

3.3.4 Reiche Staaten umgehen Bestimmungen

Seit der Gründung des Schiedsgerichtes und dem Beginn von formalen Verhandlungen bei Streitigkeiten werden Handelsfragen somit zu Rechtsfragen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass Entwicklungsländer bei Streitfragen oft unterliegen. Sie können sich keine teuren Wirtschaftsanwälte und Gutachter leisten, die ihren Fall fundiert vorbringen. Zudem schrecken sie vor Auseinandersetzungen zurück, da sich gezeigt hat, dass Industrieländer die Verfahren über Jahre hinziehen, indem sie immer wieder neue Klagen vorbringen und so Zeit schinden – und die Kosten hochtreiben.

Einige Beispiele:

- Ein Industriestaat erhebt einen Strafzoll auf den Import eines bestimmten Produktes und wirft dem Herstellern in einem Entwicklungsland vor, dieser verkaufe das Produkt unter den Herstellungskosten (»illegales Dumping«). Jetzt beginnt das Verfahren, in dem der Hersteller beweisen muss, dass es sich nicht um Dumping handelt. Das Verfahren dauert bis zu zwei Jahre und kann ohne weiteres eine halbe Million US-Dollar kosten – mehr als sich viele beklagten Firmen leisten können (Curtis 2001, S. 69). So lange bleibt der Zoll erst einmal bestehen. Wird der Klage dann stattgegeben und der Strafzoll aufgehoben, dann verändert das Industrieland den Klagegrund leicht – und ein neues Verfahren beginnt.
- Nach dem Senken von Zollbarrieren im Agrarbereich verhängen Industrieländer Einfuhrbeschränkungen, da »Standards für die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen« von Importprodukten nicht eingehalten würden. Die EU behauptet beispielsweise, in Exporten von Getreide, Trockenfrüchten und Nüssen aus Afrika seien zu hohen Werte von Aflatoxinen. Die Weltbank untersuchte den Vorfall und kam zu dem Ergebnis, dass die neue Vorschrift »der EU ungefähr 1,4 von einer Milliarde Verbrauchern das Leben retten würde. Die Exporte aus Afrika gingen durch diese Maßnahme um 64

Fallbeispiel 2: GATS und TRIPS

Das GATS

Für die Wasserversorgung wird jährlich weltweit rund 1 Billion US-Dollar, im Bereich Erziehung rund 2 Billionen und im Gesundheitsbereich mehr als 3,5 Billionen US-Dollar ausgegeben. Der internationale Handel mit solchen Dienstleistungen hat mittlerweile einen Umfang von rund 1,35 Billionen US-Dollar und macht damit ein Fünftel des internationalen Handels aus (Curtis 2001, S. 46–50). Die meisten Industrieländer haben in diesem Bereich hohe Handelsüberschüsse, Entwicklungsländer Handelsdefizite.

Durch weitere Liberalisierungen soll dieser Handel noch wachsen. Grundlage der seit dem 1.1.2000 laufenden Verhandlungen über den Handel mit Dienstleistungen ist das im Jahre 1995 vereinbarte »Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, kurz GATS (»General Agreement on Trade in Services«). Bis Ende des Jahres 2004 sollen diese Verhandlungen abgeschlossen sein.

Betroffen sind die Bereiche Kommunikation (Telefon, Post, Fernsehen, Internet etc.), Bau und Montage, Finanzdienstleistung (Banken und Versicherungen), Bildung (Schulen und Universitäten), Ver- und Entsorgung (Müll, Wasser, Energie etc.), Gesundheit und Soziales (Altenpflege, Kinderbetreuung etc.), Tourismus und Reisen, Erholung, Kultur und Sport sowie das Transportwesen.

Noch regeln nationale Gesetze die Rahmenbedingungen dieser Märkte. Unter den GATS-Regeln sollen Regulierungen durch die Regierungen nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme sein.

Schon heute setzt der Internationale Währungsfonds die Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs in vielen Staaten durch.

Das TRIPS-Abkommen

Entfallen die Möglichkeit des Nachbaus von Medikamente, dann »steigen die Kosten der Gesundheitsversorgung in den Entwicklungsländern um das Fünf- bis Zehnfache.« (Brot für die Welt 2000, S. 57). Ähnliche Preiserhöhungen drohen auf dem Markt für Saatgut.

Die Ursache dieser Entwicklung: Mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation muss auch das 1995 in Kraft getretene »Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum«, abgekürzt TRIPS (»Trade Related Intellectual Property Rights«) unterzeichnet werden.

In diesem Abkommen wurde vereinbart, dass der Schutz von Patenten weltweit 20 Jahre beträgt. Alle in der WTO vertretenen Staaten mussten ihre eigene Gesetzgebung bis zum Jahr 2000 diesen Vorgaben anpassen. Für Entwicklungsländer läuft die Frist 2006 aus. Werden die Bestimmungen des TRIPS nicht eingehalten, können die Heimatstaaten der geschädigten Firmen Sanktionen verhängen.

Ziel des Abkommens ist, international den Nachbau von Produkten zu unterbinden, die durch Patente geschützt sind. Vor allem Agrar-, Pharma- und Computerkonzerne aus den Industrieländern drängten auf eine solche weltweit verbindliche Regelung. Die Patentgebühren werden zu einem großen Teil in die Industrieländer fließen. Dortige Firmen melden rund 97% der jährlich anerkannten Patente an und sie behaupten, der Bruch von Patentrechten koste sie jährlich rund 200 Milliarden US-Dollar. Zudem wollen die Industrieländer ihren technologischen Vorsprung festigen.

Ende 2002 zeigte sich die Machtverteilung bei Verhandlungen über die Auslegung des TRIPS: Zwar waren von 144 Staaten 143 für eine Lockerung der Regelungen für Medikamente mit dem Ziel, dass Entwicklungsländer bei Seuchen und gesellschaftsbedrohenden Krankheiten – Malaria, Tuberkulose, Aids – aus anderen Schwellen- und Entwicklungsländern Medikamente beziehen dürfen. Eine Jahresbehandlung von Aidskranken beispielsweise kann so statt 10.000 Euro (Originalmedikamente) 300 Euro (»illegale« Generika aus Indien) kosten. Doch die USA waren gegen die Zugeständnisse, da sie Verluste für ihre Pharmaunternehmen befürchten. Durch ihr Veto scheiterten die Verhandlungen zumindest vorläufig.

Dies ist das Todesurteil für Tausende von Kranken, da weder das öffentliche Gesundheitswesen noch Privatpersonen in Entwicklungsländern die Originalmedikamente bezahlen können.

In Kauf genommen wird damit zudem der Bruch der von nahezu allen Staaten unterschriebene »Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte« der Vereinten Nationen, in dem das »Recht auf das höchste erreichbar Maß an körperlicher und geistiger Gesundheit« garantiert wird (Weinreich 2002, S. 24).

Prozent zurück und den afrikanische Produzenten dadurch 700 Millionen US-Dollar Exporteinnahmen verloren« (Murphy 2002, S. 28). Wie viele Menschen in Afrika sterben, da sie sich nun keine Medikamente mehr leisten können, wurde nicht ermittelt.

- Der immergrüne Neembaum ist in Südasien für seine Heilwirkungen schon seit Jahrhunderten bekannt. 1990 beantragte die US-Pharmafirma Grace beim Europäischen Patentamt ein Patent auf ein Verfahren zur Verarbeitung der Neemblätter zur Pilzbekämpfung. Mit der Erteilung des Patentes wurde ein Sturm der Entrüstung laut. Inzwischen konnte dieses Patent erfolgreich angefochten werden, doch es existieren Dutzende weitere Patente auf dieselbe Pflanze. Ein Anfechten dieser Patente, die durch das TRIPS geschützt werden, ist sehr teuer.
- Zusätzlich zu diesen ungleichen Ausgangsbedingungen bei eventuellen Klagen haben die Industrieländer durchgesetzt, dass in ganzen Bereichen keine Klage erhoben werden kann. Bei Subventionen im Agrarbereich gibt es beispielsweise eine »Friedensklausel«, die es »Ländern untersagt, ihre Märkte vor jenen Exporteuren zu schützen, die ihre Landwirtschaft im Rahmen des durch das Agrarabkommen Erlaubten subventionieren.« (Murphy 2002, S. 18)

3.3.5 Wer regiert die WTO?

Oberstes Organ der WTO ist die Minister-Konferenz, die alle zwei Jahre – zuletzt in Seattle (1999) und Doha (2001) – tagt. Nächste Ebene ist das General Council, in dem Gesandte aller Mitgliedsstaaten vertreten sein können. Die Details werden jedoch in Komitees ausgehandelt, die sich jeweils zu verschiedenen Handelsfragen bilden und die in der Regel in Genf tagen.

Bei allen Verhandlungen hat jedes Land eine Stimme; auf den ersten Blick eine sehr demokratische Lösung. »In der Praxis wird die WTO jedoch von einigen wenigen großen Industrieländern dominiert – während die ärmsten Entwicklungsländer wenig oder keine Vertretungs- der Verhand-

Strassenszene in Mosambik

(Foto: Aim/Issa)

Fallbeispiel 3: WTO-Verhandlungen in Doha: Wer setzt sich durch?

Der Verlauf der Ministerkonferenzen zeigt die Machtlosigkeit der armen Staaten. 1999 fand dieses Treffen in Seattle in den Vereinigten Staaten statt. Die Verhandlungen scheiterten weitestgehend: Die Delegierten der Entwicklungsländer verweigerten ihre Zustimmung zu weiteren Handelsverträgen. Sie warfen den Industrieländern vor, Beschlüsse in kleinen Gruppen hinter verschlossenen Türen ausgekungelt zu haben, die einseitig zu Gunsten der Reichen seien.

Im Jahr 2001 fand die nächste Verhandlungsrunde in Doha statt. Bereits im Vorfeld von Doha haben Industrieländer Einwände gegen Vorschläge für weitere Handelserleichterungen schlicht ignoriert. So berichtet beispielsweise ein südasiatischer Delegierter: »Während der Verhandlungen waren wir gegen einen Teil eines Textes, doch dieser Teil blieb wie er war. Wir wollten dann einen Zusatz haben, doch der alte Text blieb. Es war ein Zaubertext« (Kwa 2002, S. 21).

Die EU schlug armen Staaten vor, diese sollten weiteren Handelserleichterungen zustimmen. Im Gegenzug erhielten sie dann Entwicklungshilfe und einen verbesserten Marktzugang für eigene Produkte (Murphy 2002, S. 33).

Dennoch drohten die Verhandlungen auch in Doha zu scheitern. Die Tagungsleitung berief daraufhin eine »green room«- Sitzung ein. Teilnehmen dürfen nur die Staaten, die eingeladen sind. In dieser Sitzung wird das Abschlusspapier erarbeitet, dem das Gesamtplenum der anwesenden StaatenvertreterInnen dann nur noch zustimmen oder ablehnen kann.

Anders als in Seattle waren diesmal etliche VertreterInnen aus Schwellen- und Entwicklungsländern dabei (neben den USA, EU, Japan, Kanada, Australien und der Schweiz auch Brasilien, Chile, Ägypten, Hongkong, Indien, Mexiko, Pakistan, Südafrika, Botswana, Guatemala, Kenia, Malaysia, Nigeria, Tansania, Uruguay, Simbabwe und Singapur). Eine Reihe dieser Staaten sollte bei den Verhandlungen ausdrücklich die Interessen von anderen Staaten mit vertreten. So saß beispielsweise Tansania als Stimme der 49 am wenigsten entwickelten Staaten (»LDC-Länder«) mit am Tisch.

Zur Überraschung vieler Delegierter aus Entwicklungsländern gaben im »green room« die dort vertretenen Entwicklungsländer in fast allen strittigen Fragen nach. Nun lag ein fertiges Papier auf dem Tisch.

Als sich dann im Plenum die Abgeordneten aller Staaten trafen und gefragt wurde, wer gegen die Vereinbarungen sei, meldete sich niemand. Wer jetzt als einzelner (kleiner) Staat die gesamte Konferenz platzen ließ, wusste, dass er mit ernsten Konsequenzen zu rechnen hatte.

In den Tagen nach Konferenzende gab es Zusagen an Entwicklungsländer, die im »green room« ihre Meinung geändert hatten.

- Pakistan wurde erlaubt, wesentlich größere Mengen Bekleidung in die EU und in die USA zu exportieren.
- Nigeria erhielt nach der Zustimmung die Zusage über höhere Entwicklungshilfezahlung aus den USA.
- Tansania erhielt eine Woche nach Doha die Zusage über einen Schuldenerlass in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar.
- Indonesien hatte bereits eine Woche vor Doha von Japan Zusagen über umfangreiche Investitionen erhalten – sofern die Regierung weiteren Investitionsabkommen bei der WTO-Tagung zustimme (Kwa 2002, S. 31–32).

Dennoch bezeichnen die Industrieländer die in Doha gefassten Beschlüsse als »Entwicklungsrunde«. Sie verweisen darauf, dass sie etwa auf dem Agrarmarkt und bei der Patentfrage Zugeständnisse an die Entwicklungsländer gemacht hätten. Doch diese »Zugeständnisse« waren sehr unverbindlich.

Fest steht dagegen, dass über weitere – zuvor von vielen Entwicklungsländern abgelehnten – Handelsliberalisierungen verhandelt wird. Hier sollen bis zur nächsten Ministerkonferenz im September 2003 in Cancun (Mexiko) konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen.

(Foto: FAIM/ISSA)

Maistrocknung in Anch'ilo/Mosambik

lungsmacht haben« (UNDP 2002, S. 144 / siehe Fallbeispiel 3). Mindestens 24 Staaten haben keine Vertretung in Genf, andere VertreterInnen sind zugleich auch noch für die Arbeit in den ebenfalls in Genf ansässigen UN-Organisationen zuständig. Dabei müssen oft kurzfristige Entscheidungen getroffen werden, und oft finden mehr als 40 Treffen in einer Woche statt, die sich zeitlich teilweise überschneiden (Curtis 2001, S. 106).

In diesen Treffen geht es um Fragen, die erhebliche Detailkenntnisse verlangen. Wer beispielsweise Ende Oktober 2002 einen Überblick über den Stand der Agrarverhandlungen haben wollte, die bis März 2003 abgeschlossen sein sollen, der bekam zwar vom Sekretariat der WTO eine Zusammenfassung des Standes der Dinge. Doch in dem Dokument wird auf Dutzende weitere Dokumente verwiesen (WTO 2002a). Um qualifiziert auf Vorschläge anderer Staaten reagieren zu können müssten sich Fachleute über sämtliche Dokumente beugen und eine für ihr Land vorteilhafte Position erarbeiten. Gleiches müssten sie für die Verhandlungen für sämtliche andere Bereiche der WTO leisten, vom Patentrecht über den Investitionsschutz bis hin zur Öffnung des Dienstleistungsbereiches: Dies ist für die meisten Entwicklungsländer nicht möglich: Derzeit laufen Verhandlungen in 19 Bereichen (Murphy 2002, S. 34).

Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass es von den Treffen der Untergruppen keine Mitschriften gibt. Lediglich Ergebnisse werden festgehalten, die keinen Überblick über den Diskussionsverlauf ermöglichen (Kwa 2002, S. 39).

Schließlich werden die in Genf vereinbarten Vorschläge bei den Minister-Konferenzen verabschiedet. Bei diesen Verhandlungen treffen hunderte Abgesandte aus der EU und den USA auf eine viel geringere Zahl von VertreterInnen armer Länder. Während die Industrienationen für jedes Teilgebiet der Verhandlungen eigene ExpertInnen – sowie oftmals die SpezialistInnen ihrer Wirtschaftsverbände – mitbringen, müssen VertreterInnen aus den Entwicklungsländern versuchen, die Vielzahl der Themen zu überblicken, zu bewerten und im Sinne des Heimatlandes abzustimmen.

Zusammenfassend kommt die Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen zu der Einschätzung: »Obwohl alle Länder einen Sitz und ein Stimmrecht in der WTO-Ministerkonferenz haben, finden die eigentlichen Entscheidungsprozesse im ‚grünen Zimmer' statt – als Kleingruppensitzungen, die vom Generaldirektor einberufen und

stark von Kanada, der Europäischen Union, Japan und den Vereinigten Staaten beeinflusst werden. Die meisten Entwicklungsländer sind für gewöhnlich ausgeschlossen« (UNDP 2002, S. 142).

Vertreter afrikanischer Staaten bei der WTO in Genf

- 15 Staaten haben keine VertreterInnen in Genf
- 16 Staaten haben 1–3 VertreterInnen in Genf
- 6 Staaten haben 4–6 VertreterInnen in Genf

(Quelle: UNDP 2002, S. 144)

3.3.6 Entwicklungsländer zahlen die Zeche

Bezeichnenderweise scheiterten die Entwicklungsländer immer wieder mit ihrer Forderung, den Handel mit den Produkten, bei deren Herstellung sie Vorteile besitzen, schnell zu liberalisieren. Dazu gehören vor allem die Landwirtschaft sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie.

Eine Reihe von Studien hat unterschiedliche Angaben über die Verluste gemacht, die Entwicklungsländer durch die Ungleichbehandlung im Handel erleiden. Die Schätzungen reichen von jährlich zwischen mindestens 80 und bis zu 300 Milliarden Euro (IWF/Weltbank 2002, S. 15) bis hin zu 700 Milliarden Euro (UNCTAD 2002, S. 136). Fest steht, dass diese Verluste ein Vielfaches der jährlichen Entwicklungshilfe ausmachen.

Der Agrarmarkt

Drei Viertel der Armen leben auf dem Lande. Die meisten von ihnen verdienen ihr Einkommen in der Landwirtschaft. In den Entwicklungsländern werden rund 27% des Bruttoinlandproduktes in der Landwirtschaft erwirtschaftet; der Anteil an den Exporten ist ähnlich hoch. Rund die Hälfte der Einwohner dieser Staaten arbeitet in der Landwirtschaft. Je ärmer die Länder, um so größer die Abhängigkeit der Bevölkerung von diesem Bereich (IWF/Weltbank 2002, S. 22).

Agrarprodukte wurden von den reichen OECD-Staaten im Jahre 2001 mit rund 311 Milliarden US-Dollar subventioniert. Diese Subventionen machen mehr als ein Drittel der Einkommen der Bauern aus. Sie bekommen im Durchschnitt für ihre Produkte 31% mehr als der Weltmarktpreis beträgt (IWF/Weltbank 2002, S. 24, **Abbildung 10**). Jeder deutsche Landwirt erhielt beispielsweise 2000/2001 im Schnitt Subventionen in Höhe von 18.032 Euro (Schmid 2002). Zum Vergleich: Indien zahlte mit Subventionen von 1 Milliarde US-Dollar jährlich 9 US-Dollar an jeden indischen Landwirt (ActionAid 2002, S. 1).

Nicht nur die Produktion, sondern zusätzlich

Abbildung 10 :
Preisvergleich Agrarprodukte EU und Weltmarkt (1999/2000)

Agrarprodukt	Preis je Tonne in Euro EU	Durchschnittspreis 1999–2000 Weltmarkt
Weizen	133	118
Zucker	650	250
Rindfleisch	2780	1776
Schaffleisch	3333	1476
Milchpulver	2055	1419
Butter	2954	1307
Käse	3500	2154

©2003 SÜDWIND

(Quelle: ActionAid 2002, S. 7)

auch die Agrarexporte der Industrieländer werden hoch subventioniert. Dies führt bei den Produzenten in den Entwicklungsländern jährlich zu Einnahmeverlusten in zweistelliger Milliardenhöhe. Zudem schotten die OECD-Staaten ihre Märkte durch Zölle und Einfuhrquoten gegen Konkurrenz ab. Ohne diese Wettbewerbsverzerrungen könnten die Exporte der Entwicklungsländer um rund 120 Milliarden US-Dollar höher sein (IWF/ Weltbank 2002, S. 6).

Ein großer Teil dieser zusätzlichen Einnahmen könnte erzielt werden, ohne die Produktion der Exportprodukte weiter auf Kosten des Anbaus von Pflanzen für den lokalen Markt auszubauen und damit die Nahrungsmittelversorgung für die eigene Bevölkerung zu gefährden (siehe **Fallbeispiel 4**).

Die derzeit laufenden Verhandlungen über eine Veränderung dieser Situation gestalten sich schwierig. Zwar hat die EU zugestimmt, den weit über dem Weltmarktpreis liegenden Aufkaufpreis für viele Produkte zu senken. Damit soll den Bauern der Anreiz genommen werden immer mehr zu produzieren.

Es werden aber weiterhin Subventionen je Hektar Anbaufläche gezahlt sowie direkte Zahlungen an die Landwirte ausgebaut. Die EU beharrt darauf, dies führe zu keiner Störung des Handels, da es keinen Anreiz gebe, die Produktion immer weiter zu erhöhen und die Überschüsse zu exportieren. Diese Position vertritt die EU vehement und will bei der WTO durchsetzen, dass solche Subventionen weiterhin erlaubt sind. Doch die Erfahrungen auf dem Getreidemarkt belegen das Gegenteil. Zwar sank der Preis, den die EU-Bauern bekommen, seit 1992 rapide. Doch kombiniert mit den Zahlungen je Hektar bleibt der Anbau von Getreide so lukrativ, dass die Erntemengen sogar noch stiegen (Hazeleger 2001, S. 25).

Für die Entwicklungsländer bedeutet dies, dass sie weiterhin gegen Bauern konkurrieren, die einen erheblichen Teil ihres Einkommens nicht über die Preise erwirtschaften – und die somit billiger anbieten können als ihre Produktionskosten sind.

Unterdessen setzt der Internationale Währungsfonds über seine Strukturanpassungsprogramme in immer mehr armen Staaten durch, dass dort jede Subvention im Agrarbereich abgeschafft wird.

Textil- und Bekleidungsexporte im Quotenkorsett

Ähnlich verheerend sind die Auswirkungen des Schutzes der hiesigen Textil- und Bekleidungsindustrie durch hohe Zölle und Importquoten. Aufbauend auf dem Baumwollwaren-Abkommen von 1962 trat 1974 das Welttextilabkommen in Kraft. Das Abkommen schrieb Mengenbeschränkungen für den Import von Textilwaren aus Entwicklungs- und Schwellenländern in die Industriestaaten vor, um die dortige Industrie zu schützen. Zusagen, die Importquoten jährlich um 6% zu erhöhen, wurden von Industrieländern unter Berufung auf Ausnahmeklauseln nicht eingehalten und es kam sogar zu Kürzungen der Kontingente für einzelne Staaten. Seit Jahrzehnten gingen den Entwicklungs- und Schwellenländern jährlich Milliardeneinnahmen verloren. Zudem werden die Verhandlungen über die Abschaffung von Quoten dazu missbraucht, im Gegenzug von den Lieferländern Marktöffnungen zu verlangen (SÜDWIND 2000, S. 23–25).

Aktuellen Schätzungen zufolge gehen den Entwicklungs- und Schwellenländern Exporte in Höhe von mindestens 40 Milliarden Euro jährlich verloren. Durch ein Aufheben der Handelsbeschränkungen könnten in Entwicklungsländern rund 20 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen (IWF/Weltbank 2002, S. 43 und 7).

Die Industrieländer haben zugesagt, die Quoten bis zum Jahre 2005 abzuschaffen. Doch viele Beobachter befürchten, dass eben dies nicht geschehen wird. Entweder werden die Quoten doch noch verlängert, um »Anpassungsschocks« zu vermeiden, auf die man sich 10 Jahre lang hätte vorbereiten können, oder es werden neue Wege der Handelsbeschränkungen durchgesetzt (IWF/ Weltbank 2002, S. 46, Oxfam 2002, S. 108, UNCTAD 2002, S. 137).

Die baldige Klarheit über die Vorhaben der Industrieländer ist um so dringlicher, als die Entwicklungsländer sehr unterschiedlich von der Abschaffung der Quoten betroffen wären. Die Importquoten der reichen Länder haben zu Fehlentwicklungen geführt, die nur sehr vorsichtig behoben werden können. Da vor allem China und Indien wesentlich weniger Textilien und Bekleidung in

Fallbeispiel 4: Baumwolle und Zucker: Subventionen auf Kosten der Armen

Wenn die USA ihre Subventionen in der Baumwollproduktion streichen würden, dann könnten die Preise weltweit um rund 25% steigen. Allein afrikanische Staaten könnten so – ohne ein Gramm Baumwolle mehr anzubauen – rund 300 Millionen US-Dollar zusätzlich einnehmen. Dies würde die Einnahmen für eine Reihe von Staaten stärker erhöhen als die Summe, die sie durch den ihnen versprochenen Schuldenerlass in den nächsten Jahren erhalten werden (Oxfam 2002b, S 2–3).

Komplizierter ist die Lage auf dem Zuckermarkt. Der Zucker aus deutschen Läden wird in der Regel aus Zuckerrüben gewonnen, deren Anbau eine wichtige Verdienstquelle für die hiesigen Bauern ist. Die Produktion dieses Zuckers ist rund dreimal so teuer wie die aus Zuckerrohr. Daher werden die hiesigen ProduzentInnen geschützt:

- sie erhalten einen festen Preis für die angelieferten Rüben, der weit über dem Weltmarktpreis liegt;
- sie erhalten Subventionen je Hektar Land, auf dem Rüben angebaut werden;
- Zucker darf nur in geringem Umfang in die EU eingeführt werden;
- ein Teil des produzierten Zuckers ist von vornherein für den Export vorgesehen;
- große Teile des über den EU-Bedarf hinausgehenden Zuckers wird mit Hilfe von direkten Exportzuschüssen exportiert.

Der Markt ist somit vollständig dem Wettbewerb entzogen und reglementiert. Zuckerrüben werden eingeteilt in A-, B- und C-Quoten mit jeweils unterschiedlichen Regelungen und Subventionshöhen. Selbst an eine Subventionierung von Exporten der Süßwarenhersteller sowie der Pharma- und Chemieindustrie, deren Produkte durch die künstlich hohen Zuckerpreise in der EU verteuert werden, wurde gedacht.

Bezahlt wird der hohe Zuckerpreis von den VerbraucherInnen, die EU-weit jährlich für Getränke, Süßwaren etc. rund 6,3 Milliarden Euro mehr zahlen müssen als es bei Zuckerpreisen auf Weltmarktniveau der Fall wäre. Hohe Gewinne erzielen dagegen die wenigen Firmen, die sich den Zuckermarkt teilen. »Sozialistische Planwirtschaftler hätten sich die Zuckermarktordnung nicht besser ausdenken können« (Huhn 2002).

Für die Bauern in vielen Nicht-EU-Staaten hat dies verheerende Auswirkungen: Sie können ihren Zucker nicht oder nur in sehr geringem Umfang in die EU liefern. Zudem ist die EU zur großen Verärgerung vieler Konkurrenten mit einem Marktanteil von 40% der größte Zuckerexporteur der Welt (Oxfam 2002c, S. 5). Die Kombination aus steigender EU-Produktion und subventionierten Exporten drückt den Weltmarktpreis. Schätzungen gehen davon aus, dass mit einem Ende dieser Praxis der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt um 30%–38% steigen würde (ActionAid, S. 25). Der künstlich niedrige Preis kostet die Nicht-EU-Produzenten – darunter neben Brasilien, Australien und Thailand auch viele arme Entwicklungsländer – jährlich Milliardersummen.

Andererseits profitiert eine Reihe von armen Staaten vom EU-Zuckerregime: Die EU importiert Rohzucker aus 17 bewusst bevorzugten ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und im Pazifik (»AKP-Staaten«) und zahlt diesen für feste Abnahmemengen den gleichen Preis wie den eigenen Bauern. Ein Wegfall der Subventionen würde somit für diese Länder bedeuten, dass auch ihre Bauern weniger für den Zucker erhalten, während andere Staaten vom Subventionsabbau profitieren würden.

Vorschläge für eine umfangreiche Reform des Zuckermarktes liegen vor (Oxfam 2002c, S. 27–29), doch die EU beugt sich bislang dem Druck der eigenen Bauernverbände und der Zuckerindustrie: Auf Kosten anderer Staaten – darunter vieler armer Länder – wird der EU-Markt weiter abgeschirmt und der Rest der Welt mit billigem Zucker überschwemmt.

die Industrieländer liefern dürfen, als sie eigentlich aufgrund ihrer Produktionskosten verkaufen könnten, haben sie Umwege gesucht.

In Bangladesch sind beispielsweise rund 2800 Bekleidungsfirmen mit 1,7 Millionen Beschäftigten entstanden. Nur vier Prozent der Stoffe, die dort verarbeitet werden, stammen aus heimischer Produktion. Der Rest wird importiert. Die Fabriken wurden von ausländischen Investoren geschaffen, da zum einen die Löhne in Bangladesch sehr gering sind und zum anderen das Land ohne Quotenbeschränkungen in Industrieländer liefern darf. Laufen die Schutzmaßnahmen für die Märkte im Norden wie vorgesehen 2005 aus, dann wird ein großer Teil der Produktion aus Bangladesch verschwinden: Ohne den Quotenzwang gibt es keinen Grund, die Kleidung nicht direkt in China oder Indien herzustellen (Oxfam 2002, S. 76).

3.3.7 Verelendungswachstum auf den Rohstoffmärkten

Bangladesch ist kein Einzelfall. Viele Staaten haben die Exporte ausgebaut, doch sie wissen weder, wie die Fabriken morgen ausgelastet sind, noch ob sie für ihre Produkten dauerhaft ausreichende Preise bekommen. Bereits 1958 behauptete der Ökonom J. Bhagwati, es könne zu einem »Verelendungswachstum« kommen. Er wies die Möglichkeit nach, dass ein Unternehmer ein Produkt immer besser, immer billiger und in immer größerer Zahl herstellt – und sich damit in den Ruin wirtschaftet. Dies widersprach der vorherrschenden Annahme, eine Verbilligung der Herstellung führe zu mehr Absatz, mehr Produktion, mehr Beschäftigung und damit auch zu mehr Wohlstand. Der Ökonom sagte allerdings auch von vornherein, dies treffe nur auf eine sehr begrenzte Zahl von Produkten zu. Diese müssten auf eine begrenzte Nachfrage stoßen. Dann führe die deutliche Steigerung der Produktion zu einem solchen Preisverfall, dass die Unternehmer nichts mehr verdienen könnten.

Eben dies ist auf vielen Rohstoffmärkten geschehen. Entwicklungsländer bauten auf Anraten internationaler ExpertInnen die Produktion von Rohstoffen aus. Da viele Staaten das Gleiche machten und zudem die Nachfrage nicht stieg oder sogar sank, fielen die Preise der Rohstoffe immer weiter (siehe **Fallbeispiel 5**). Dies war für viele Staaten fatal.

Bhagwatis Theorie findet sich in vielen Lehrbüchern für Außenhandelstheorie. Allerdings werden ihr in der Regel nur wenige Zeilen gewidmet (z. B. Rose 1989, S. 399): Die Theorie sei richtig, doch auf die Weltwirtschaft bezogen nahezu unbedeutend. Für viele Entwicklungsländer jedoch ist das »Verelendungswachstum« tägliche Realität.

3.3.8 Verelendungswachstum in der Güterproduktion?

Die UNCTAD schätzt, dass im Jahr 2000 weltweit rund 800 Millionen Menschen Produkte herstellen, die exportiert werden. Zum Vergleich: 1975 waren es nur rund 220 Millionen. Von diesen 800 Millionen sind rund 180 Millionen Arbeitskräfte ohne jede Ausbildung, rund 500 Millionen haben eine geringe Ausbildung, 80 Millionen eine gute Ausbildung (UNCTAD 2002, S. 126).

Die meisten Arbeitsplätze sind demnach in Bereichen entstanden, in denen geringe Vorkenntnisse erforderlich sind. Entscheidendes Kriterium ist der geringe Arbeitslohn.

Die Produkte werden in den Industrienationen entwickelt, dort sitzen das Management der Firmen und die Werbeabteilungen. Dort fällt auch der größte Teil der Wertschöpfung an und damit auch der größte Teil der Gewinne. In Entwicklungsländern werden oftmals nur einzelne Bestandteile des Produktes hergestellt, die fertigen Bestandteile dann in ein anderes Land exportiert, dort zusammengenäht oder -verschraubt und wieder exportiert. Im Land der jeweiligen Produktionsstufe verbleiben dann die (geringen) Lohnkosten und eventuell noch geringe Einnahmen für Rohstoffe. Im Grunde, so die UNCTAD, exportiere das Land nicht ein Produkt, sondern seine Arbeitskraft (UNCTAD 2002, S. VII).

Ein Reihe von Studien belegt dies für die Textil- und Bekleidungsindustrie (SÜDWIND 2000): Auch deutsche Firmen lassen dort nähen, wo die Löhne gerade am niedrigsten sind. Steigen in einem Staat die Löhne, dann gehen die Zuliefererfirmen eben in ein anderes Land.

Fallbeispiel 5: Weltweit hungern Kaffeeproduzenten

Wie ein »Verelendungswachstum« konkret aussieht, zeigt sich derzeit auf dem Markt für Rohkaffee: Immer mehr Entwicklungsländer bauen immer mehr Kaffee an. Die Ernteerträge stiegen wesentlich schneller als der weltweite Verbrauch. Zudem wird in den Industrieländern pro Kopf auch bei niedrigeren Preisen nicht mehr Kaffee getrunken.

Obwohl dies seit vielen Jahren bekannt ist, förderte die Weltbank noch in den letzten Jahren den Ausbau der Kaffeeproduktion in Vietnam, das binnen weniger Jahre zum zweitgrößten Kaffeeproduzenten nach Brasilien wurde. Mittlerweile ist die weltweite Produktion wesentlich höher als der Verbrauch. Zudem können die großen Röstereien durch neue Röstverfahren heute Rohkaffee verarbeiten, der vor wenigen Jahren noch wegen seiner schlechten Qualität vernichtet worden wäre.

Der Preis für Rohkaffee sank inflationsbereinigt auf den tiefsten Stand seit 100 Jahren. Weltweit erhalten die Bauern nicht einmal mehr genügend Geld, um die Kosten des Anbaus zu decken. Vier Jahre braucht ein Kaffeebaum nach dem Pflanzen, bis er Früchte trägt. Jahrelange Arbeit wurde somit zunichte gemacht. Die Folgen sind fatal: »Familien, die vom Kaffeeanbau leben, müssen ihre Kinder, insbesondere Mädchen, von der Schule nehmen, können sich Grundmedikamente nicht mehr leisten und sparen am Essen. Aber nicht nur Bauernfamilien, sondern auch Kaffeehändler sind ruiniert. Die Volkswirtschaften von Produktionsländern sind angeschlagen, und einige Banken stehen vor dem Zusammenbruch. Staatshaushalte werden überzogen, was zu Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und zum Anstieg der Verschuldung führt.« (Oxfam 2002a, S. 2)

Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt 125 Millionen Menschen von der Krise betroffen sind (Korneffel 2002): Rund 25 Millionen Kaffeebauern stehen weltweit vor dem Ruin. Ebenfalls betroffen sind die vielen Menschen, die früher als Tagelöhner während der Ernte arbeiteten. In Uganda beispielsweise lebt »ein Viertel der Bevölkerung in irgendeiner Weise von der Kaffeeproduktion«, doch allein verglichen mit dem schon sehr schlechten Jahr 2001 sanken die Einnahmen aus dem Kaffeeverkauf 2002 nochmals um 30% (Oxfam 2002a, S. 13).

Dies trifft die Staaten am härtesten, in denen mit dem Kaffeeexport ein großer Teil der Devisen erwirtschaftet wird, mit denen Schulden abgezahlt werden müssen (Oxfam 2002a, S. 8).

»Heute erhalten Kaffeebäuerinnen vom Preis einer Tasse Kaffee in einem Café maximal ein Prozent und von der Packung Kaffee im Supermarkt oder im Lebensmittelgeschäft etwa 6%.« (Oxfam 2002a, S. 21)

Auch in absoluten Zahlen sank trotz der gestiegenen Mengen der Erlös der Bauern aus dem Kaffeeanbau: »Ende der Achtziger gaben die Kaffeetrinker der Welt für ihren Kaffee pro Jahr 30 Milliarden Dollar aus. 10 Milliarden flossen in die Erzeugerländer. Heute, da der Kaffee sich auch in Osteuropa und Japan durchsetzt, ist das Marktvolumen auf fast 60 Milliarden gewachsen. Aber nur noch 6 Milliarden kommen im Kaffeegürtel an. Der große Rest fließt in die Gehälter der Werbetexter, Verkäufer und Vertriebsexperten im Norden. Er fließt in die Gewinne der Konzerne, die den Kaffee jetzt billiger einkaufen können. Tchibo meldet in seinem Geschäftsbericht 2001, dass ‚der Konzernbereich Kaffee von einer günstigen Entwicklung der Rohstoffpreise profitierte'. Den löslichen Kaffee von Nestlé bezeichnet die Deutsche Bank in einer Marktanalyse als ‚wirtschaftlich himmlisch'. Der US-Konzern Procter & Gamble gab in seinem Jahresbericht für 2001 ‚ein Rekordjahr' im Kaffeebereich bekannt.« (Korneffel 2002)

Ende 2002 stieg der Preis an den weltweiten Kaffeebörsen plötzlich wieder deutlich an. Ein Grund: viele Bauern haben durch den Preisverfall kein Geld mehr, ihre Felder zu düngen, Pestizide zu kaufen und die Kaffeebäume zu pflegen. Daher wird die nächste Ernte höchstwahrscheinlich wesentlich geringer ausfallen als die in diesem Jahr. Ob sich dies auf den Preis für die Anbauer auswirken wird oder nur eine kurze spekulative Blase an der Börse ist, muss sich noch zeigen.

Mittlerweile gilt dies auch für Produkte mit relativ hohen Entwicklungskosten. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist Mexiko. Der mittelamerikanische Staat verzeichnet zwar seit Jahren rasant steigende Exporte von Büromaschinen (Computer, Drucker, Scanner ...) und Telekommunikationsausrüstungen. Diese Exporte lagen 2001 bei beeindruckenden 34,38 Mrd. US-Dollar. Doch im gleichen Jahr wurden in dieser Warengruppe auch Importe von 32,83 Mrd. US-Dollar verzeichnet (WTO 2002, Table IV.45): Die Einzelteile der Exportprodukte werden aus anderen Staaten importiert und dann in Mexiko nur noch zusammengesetzt.

Damit ist die Wertschöpfung im Lande selbst sehr gering. Ähnliches ist in Mexiko auch in anderen Branchen zu beobachten. Drastischen Steigerungsraten der Exporte stehen nahezu eben solche der Importe gegenüber. Schätzungen gehen davon aus, dass weniger als 2% der zusammengesetzten Einzelteile auch in Mexiko produziert werden und dass die Wertschöpfung inklusive der gezahlten Löhne bei unter 20 % des Exportpreise der Produkte liegt (Oxfam 2002, S. 78).

Während Mexikos Anteil an den Weltexporten von 0,2% im Jahre 1980 bis 1997 auf 2,2% stieg, sank der Anteil an der globalen Wertschöpfung bei Exportprodukten sogar von 1,9 auf 1,2% (UNCTAD 2002, S. 81)

Mit großem Risiko verbunden ist zudem die nahezu totale Abhängigkeit vom US-Markt. Eine Krise dort kostet in Mexiko viele Arbeitsplätze. Und sollte die USA mit anderen mittelamerikanischen Staaten ähnliche weitreichende Handelsabkommen schließen wie mit Kanada und Mexiko (»NAFTA-Abkommen«), dann werden viele Firmen in die Staaten umziehen, in denen die Löhne noch niedriger sind.

Mexiko ist hier nur ein Beispiel unter vielen: die Produktionsländer sind vollkommen abhängig davon, dass sie Aufträge aus den Industrienationen bekommen. Die UNCTAD befürchtet daher, es könne auf den Märkten für Industrieprodukte eine ähnliche Entwicklung geben wie auf den Rohstoffmärkten. Immer mehr Staaten haben die Produktion von Industriegütern gefördert, für deren Herstellung nur eine geringe Ausbildung erforderlich ist. Ein Überangebot solcher Produkte habe bereits zu einem Preisverfall für in Entwicklungsländern hergestellte Elektronik geführt. Ähnliches drohe für weitere Produkte (UNCTAD 2002, S. VIII).

Die Zahl der Menschen, die bereit ist, für wenig Geld zu arbeiten, wächst mit der steigenden Weltbevölkerung noch weiter an. Sie unterbieten sich im weltweiten Wettbewerb um Arbeitgeber gegenseitig, die Löhne sinken und die Arbeitszeiten werden länger.

TeearbeiterInnen im Teeanbaugebiet Honde-Valley in Simbabwe

(Foto: Frank Zander)

3.3.9 Liberalisierung verhindert in vielen Staaten Lenkung der Wirtschaft

Trotz dieser Probleme wird oft darauf hingewiesen, dass eine Reihe von Staaten durch zunehmende Exporte die eigene Entwicklung vorangetrieben hat. Damit gelang ihnen eine Anhebung der Pro-Kopf-Einkommen und eine Verringerung der Armut. Südkorea, Singapur, Taiwan, Hongkong und Mauritius sind auf diesem Weg am weitesten gekommen.

Wer allerdings verlangt, arme Staaten sollten heute den gleichen Weg gehen, übersieht, dass die Entwicklung der oben genannten Staaten eine Ausnahmeerscheinung aus der Zeit des Kalten Krieges war. Die Industrienationen hatten ein Interesse an der wirtschaftlichen Stärkung der direkten Nachbarn des kommunistischen China – ebenso wie sie nach 1945 ein Interesse am Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland hatten.

Die »Tigerstaaten« steuerten ihre Wirtschaftsentwicklung mit detaillierten staatlichen Vorgaben. In Taiwan war es ausländischen Unternehmen beispielsweise vorgeschrieben, mehr als die Hälfte der Bestandteile der Endprodukte im Lande selbst herzustellen: Wollte man Waren in Taiwan produzieren, dann musste ein großer Teil der Einzelteile im Lande selbst produziert werden. Dadurch entstand eine eigene Zuliefererindustrie im Lande, auf die die weitere Industrialisierung aufgebaut werden konnte. Zudem wurden Importe in den Bereichen, in denen man selbst eine Industrie aufbauen wollte, durch hohe Zölle behindert, die eigene Industrie mit billigen Krediten gefördert und teilweise sogar Exportsubventionen gezahlt.

Ähnlich handelten auch die anderen erfolgreichen Staaten – und ähnlich handelte auch Großbritannien zwischen 1400 und 1800 und die USA noch Anfang des vergangenen Jahrhunderts (Melamed 2002, S. 3–4). Das Deutsche Kaiserreich kopierte dies und stützte sich dabei auf die Theorien von Friedrich List (1789–1846) über »Erziehungszölle«, unter deren Schutz eine eigene Industrie aufgebaut werden sollte.

Dieser Weg der staatlichen Lenkung ist heute nicht mehr möglich. Die Liberalisierung hat dazu geführt, dass die meisten Staaten ihre eigene Entwicklung nicht mehr selbst steuern können. Im Gegenteil: Auf internationaler Ebene werden Entscheidungen getroffen, die großen Einfluß auf ihre Wirtschaft haben, die sie jedoch selbst nur im geringen Umfang beeinflussen können.

Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen hält es für sehr wahrscheinlich, dass die derzeitige Form der Globalisierung von den 49 am wenigsten entwickelten Staaten zumindest die in einer »Armutsfalle« gefangen hält, die auf den Export von Rohstoffen angewiesen sind. Auch den Exporteuren von Gütern und Dienstleistungen drohe ein solches Schicksal. (UNCTAD 2002c, S. 163–164).

> »Für jeden überzeugten Wirtschaftsliberalen ist China ein Albtraum. (...) Ganz ähnlich Indien. Auch dort liegen die Zollsätze und andere Importbarrieren noch immer auf relativ hohem Niveau. Bis heute hat Indien sich nicht den Weltfinanzmärkten geöffnet – und blieb prompt von der Asienkrise verschont. Eine böse Ironie der Geschichte also: Knapp 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erzielen ausgerechnet zwei noch immer halb sozialistische Nationen außergewöhnlich hohe Wachstumsraten« (Uchatius 2002).

Auffällig ist in den Augen der UNCTAD zudem, dass keines der Erfolgsländer seinen Handel und die Investitionsgesetze schnell liberalisiert habe (UNCTAD 2002, S. 83).

Ein Blick auf einen Index des internationalen Währungsfonds, der die Zollpolitik von Staaten bewertet, bestätigt eine solche Einschätzung. Die Skala vergibt Noten zwischen 1 und 10 für die untersuchten Länder: 0 bedeutet, dass es dort keine Handelsbeschränkungen gibt, 10 weist auf weitestgehend verschlossen Grenzen hin. Eine Reihe der ärmsten Staaten – darunter Haiti, Peru, Mali, Sambia und Nepal – hatten 1999 wesentlich geringere Zölle als die EU und die USA, die mit 4 bewertet wurden. China dagegen hat seine Zölle zwar ebenso wie Indien deutlich reduziert, doch die beiden Staaten lagen immer noch bei 9 und 10, Vietnam lag bei 9. Ausgerechnet diese Staaten konnten die Armut deutlich reduzieren (Oxfam 202, S. 124–132).

3.4 Globalisierung der Finanzmärkte und strukturelle Gewalt

Lange Zeit gab es in den Industriestaaten Kapitalverkehrskontrollen und Regulierungen der Finanzmärkte, die unkontrollierte Geldtransaktionen verhindern sollten. Erst seit Beginn der siebziger Jahre begannen die USA, Deutschland, Kanada und die Schweiz auf Druck der schnell expandierenden multinationalen Unternehmen und Großbanken mit dem Abbau dieser Kontrollen.

Auch Wechselkurse der Währungen konnten lange Zeit nicht beliebig schwanken: alle Währungen der Mitgliedsländer des Internationalen Währungsfonds hatten einen festen Wechselkurs zum US–Dollar. Diese feste Anbindung der Währungen hatte starke Schwankungen des Wertes der Währungen untereinander verhindert.

Die Freigabe der internationalen Wechselkurse wurde eingeleitet, als die USA 1971 die garantierte Umwechselung von US-Dollar in Gold und 1973 den festen Dollarkurs einseitig aufkündigten. Mit diesen Änderungen wurde das Währungssystem aufgegeben, dass seit 1944 für Stabilität gesorgt hatte. In den folgenden Jahrzehnten wuchsen die internationalen Finanztransaktionen in allen Bereichen sehr schnell.

3.4.1 Umsätze auf den Finanzmärkten stiegen sprunghaft

Der Abbau von gesetzlichen Beschränkungen führte zu einer Beschleunigung der weltweiten Finanztransaktionen. Erleichtert wurde diese Zunahme zusätzlich durch Innovationen im Telekommunikationsbereich (»Onlinehandel«).

Der direkteste Kontakt zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern und den hiesigen Finanzmärkten besteht in der Aufnahme von Krediten. Seit der sehr freizügigen Kreditvergabe durch Banken im Laufe der siebziger Jahre – die oftmals mit hohen Zinsen und somit hohen Profiten verbunden war – stiegen die Schulden massiv an (**Abbildung 11**). Schuld daran waren sowohl die leichtsinnige Vergabe von Krediten durch die Banken, die damals über große Mengen überschüssigen Kapitals verfügten, als auch die falsche Verwendung der Kredite in dem Empfängerländern.

Die Umsätze im internationalen Devisenhandel, die 1970 bei 70 Mrd. US-Dollar je Tag lagen, stiegen bis 1989 auf 590 Mrd. US-Dollar und lagen im Jahr 2001 täglich bei rund 1.250 Milliarden US-Dollar (WEED 2001, S. 5–6, BIZ 2002, S. 110, **Abbildung 12**).

Mindestens 80% dieser Umsätze dienen ausschließlich der Spekulation: Die Umsätze im Welthandel lagen im gesamten Jahre 2001 bei lediglich 6.300 Milliarden US-Dollar (UNCTAD 2002c, Table 1.1).

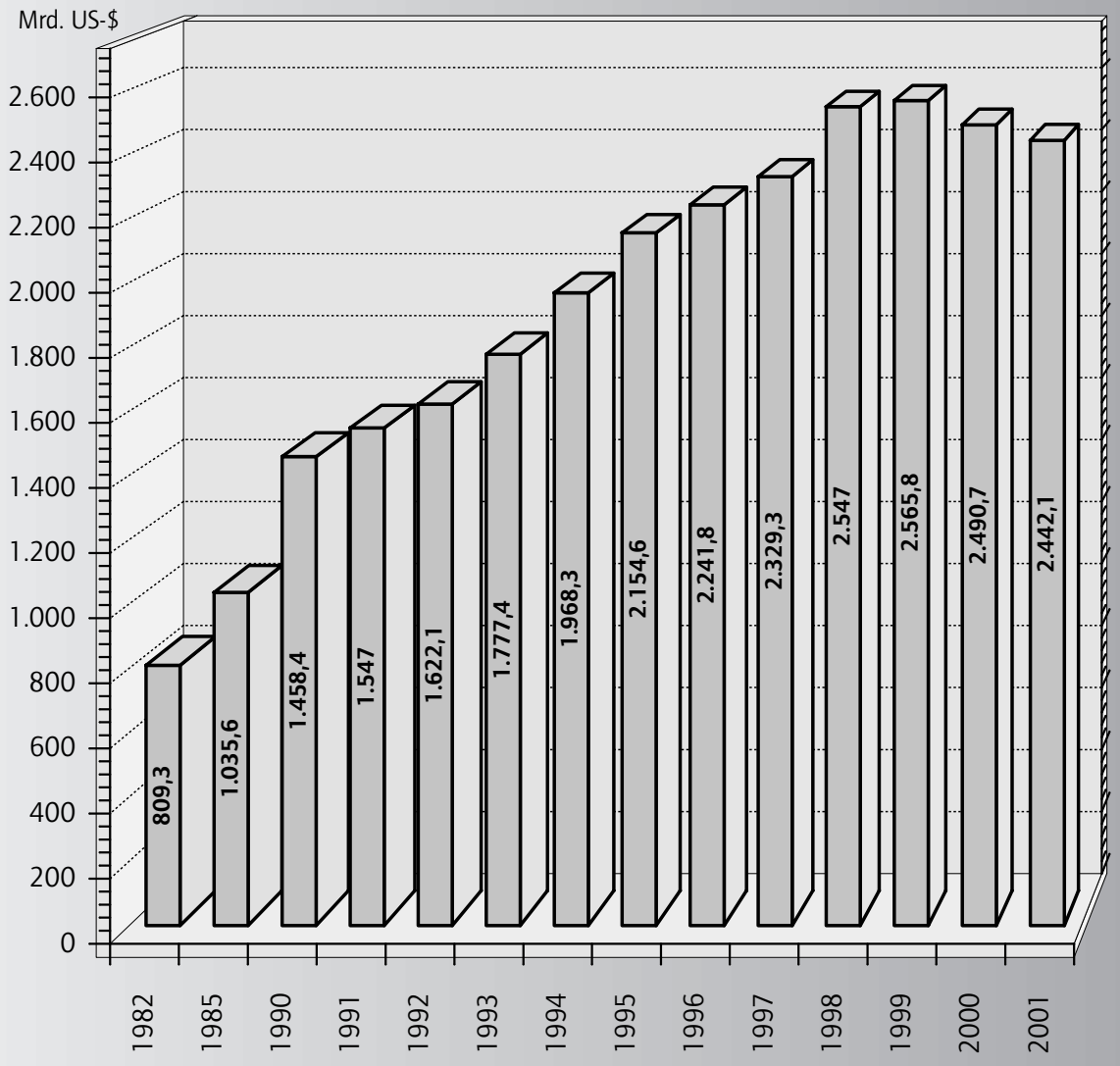
Durch die Erleichterung des Kapitalverkehrs wuchsen auch die weltweiten Direktinvestitionen. Dabei handelt es sich um Überweisungen an ein anderes Land mit dem Ziel dort direkt wirtschaftlich aktiv zu werden: der Kauf von Immobilien und Unternehmen sowie der Bau von Gebäuden und Produktionsstätten.

Die Höhe der weltweiten Direktinvestitionen im Ausland verzehnfachte sich zwischen 1980 und 2001 von 635 auf mehr als 6.800 Milliarden US-Dollar. Rund 80% der weltweiten Investitionen gehen weiterhin in Industrieländer. Bei den Schwellen- und Entwicklungsländern konzentrieren sich rund 75% der Kapitalanlagen auf nur zehn Staaten, während viele andere Staaten kaum Direktinvestitionen anziehen: Auf den afrikanischen Kontinent entfielen weniger als 3% der weltweit angelegten Gelder, zieht man Südafrika ab sogar weniger als 2% (UNCTAD 2002a, S. 310–314, **Abbildung 13**).

Änderungen beim jährlichen Zufluss neuer Direktinvestitionen können wesentlich stärkere Auswirkungen haben als sich beim Blick auf die addierten Zahlen vermuten lässt. So kann es geschehen, dass in einem Jahr aus einem Staat große Summen abgezogen werden, als Folge davon Fabriken schließen und tausende Menschen ihre Arbeit verlieren. Wenn jedoch zugleich ein ausländischer Konzern für eine große Summe die nationale Telefonfirma kauft, dann kann sich unterm Strich dennoch ein neuer Kapitalzufluss auf dem Papier ergeben.

Die Krise der Weltwirtschaft hat dazu geführt,

Abbildung 11:
Die Entwicklung der Verschuldung in den Entwicklungsländern



©2003 SÜDWIND

QUELLE: WELTBANK 2002A

Abbildung 12:
Umsätze an den Devisenmärkten

Tagesumsätze in Mrd. US Dollar				
1989	1992	1995	1998	2000
590	820	1 190	1 500	1 100

Veränderung im Jahresdurchschnitt in Prozent	
1989–98	1998–2000
+11	–14

©2003 SÜDWIND

QUELLE: BIZ 2001, S. 110

dass die neuen Direktinvestitionen im Jahr 2001 mit 735 Milliarden US-Dollar nur halb so hoch waren wie im Vorjahr. Vor allem die Geschäfte zwischen den Industrieländern sanken stark ab, während die Zahlen für die meisten Schwellen- und Entwicklungsländer nahezu konstant blieben (UNCTAD 2002a, S. 303–306, **Abbildung 14**).

3.4.2 Strukturen der Verschuldung ändern sich

Nach den ersten Schuldenkrisen Anfang der achtziger Jahre (Polen 1980, Mexiko 1982) kam es in vielen Ländern zu einer Umschichtung der Auslandsschulden. Die Banken zogen sich aus dem Geschäft mit den ärmsten Staaten zurück, wo sie ohnehin nur in geringem Umfang engagiert waren. Mittlerweile haben sie kaum noch Außenstände bei armen hochverschuldeten Ländern. Ausnahmen sind lediglich einige arme Staaten, die über Ölvorkommen verfügen.

Die Entwicklungsländer mit niedrigeren Einkommen, insbesondere in Afrika, erhielten in zunehmendem Maße neue Kredite nur noch von anderen Staaten (bilaterale Kredite) oder von multilateralen Finanzinstitutionen wie regionalen Entwicklungsbanken und allen voran der Weltbank und des Internationale Währungsfonds (multilaterale Kredite).

Die Liberalisierung der Kapitalbewegungen insbesondere in den USA und Großbritannien, die Liberalisierung der Zinsraten, neue Finanzakteure, der Zuwachs der zur Verfügung stehenden Gelder von Pensionsfonds und deren internationale Expansion führten zu neuen Finanzierungsmöglichkeiten. Als Folge dieser Liberalisierung des internationalen Finanzsystems stieg die Komplexität der verschiedenen Instrumente der Finanzanlagen deutlich. Neben »normalen« Krediten mit festen Laufzeiten war nun eine Vielzahl von unterschiedlichen Anlagen auf dem Markt.

Auch viele PrivatanlegerInnen begannen, ihr Geld international anzulegen: Seit Anfang der

Abbildung 13:
Bestand der Direktinvestitionen nach Region und Volkswirtschaft (in Millionen US-Dollar)

	1980	1985	1990	1995	2000	2001
Welt	635.534	913.182	1.871.594	2.911.725	6.258.263	6.845.723
Industrieländer	389.715	568.670	1.382.978	2.021.303	4.124.261	4.504.122
Entwicklungsländer	245.819	344.463	484.954	849.915	2.002.173	2.181.249
49 am wenigsten entwickelte Länder (LDC's)	4.590	6.303	9.457	18.487	36.423	40.230
Afrika	34.326	35.473	50.291	77.863	142.379	158.840
Lateinamerika & Karibik	50.297	80.019	117.001	201.426	613.094	692.978
Asien & Pazifik	161.196	228.970	317.663	570.625	1.246.700	1.329.431
Zentral- & Osteuropa	...	49	3.661	40.508	131.829	160.352
Europäische Union	216.840	267.618	733.303	1.115.081	2.381.954	2.648.651
Nordamerika (USA/ Kanada)	137.209	249.272	507.793	658.843	1.415.854	1.522.552
■ Im Einzelnen:						
Hongkong	124.286	129.750	148.183	174.063	429.036	451.870
China	6.251	10.499	24.762	137.435	348.346	395.192
Brasilien	17.480	25.664	37.143	42.530	196.884	219.342
Mexiko	8.105	18.802	22.424	41.130	97.170	115.952
Singapur	6.203	13.016	28.565	59.582	95.714	104.323
Argentinien	5.344	6.563	9.085	27.991	73.088	76.269
Bermudas	5.131	8.053	13.849	23.997	56.746	66.604
Indonesien	10.274	24.971	38.883	50.601	60.638	57.361
Malaysia	5.169	7.388	10.318	28.732	52.748	53.302
Südafrika	16.519	9.024	9.221	15.016	43.462	50.115

©2003 SÜDWIND

Quelle: UNCTAD 2002, S. 310

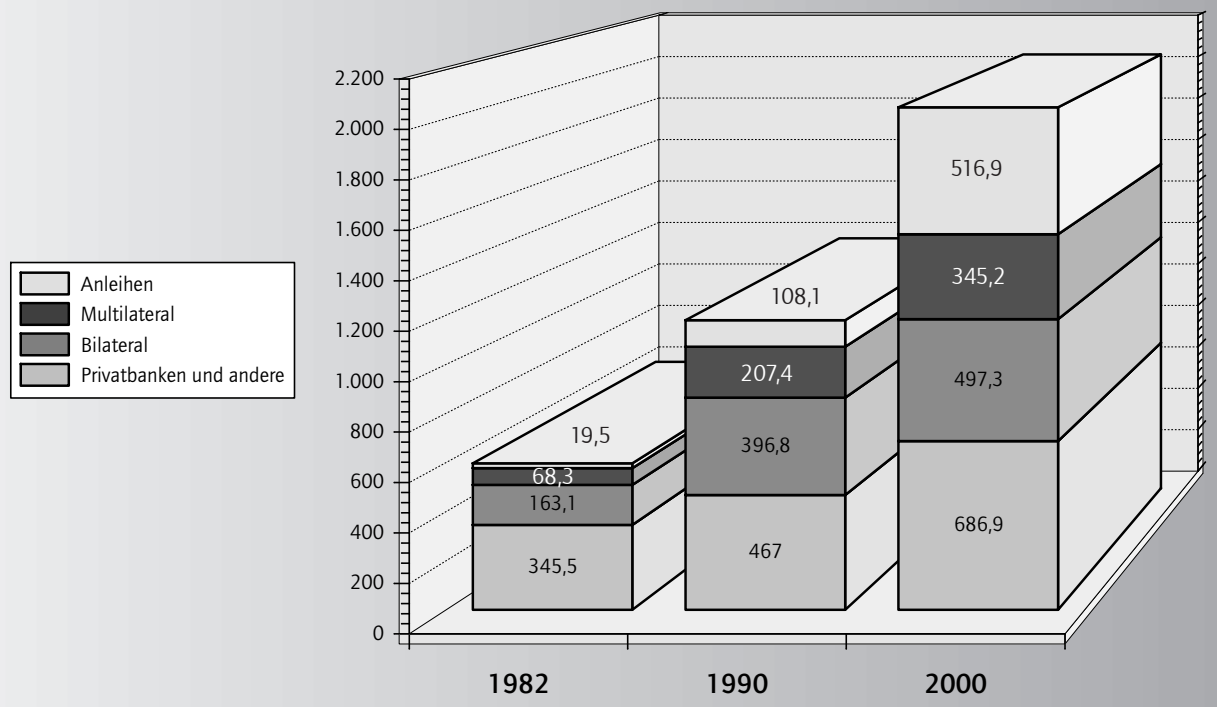
Abbildung 14:
Neue Direktinvestitionen je Jahr (nach Empfängerland/ Regionen) 1990–2001, in Mio. US-$

	1990–1995 (Mittelwert)	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Welt	225.321	386.140	478.082	694.457	1.088.263	1.491.934	735.146
Industrienationen	145.019	219.908	267.947	484.239	837.761	1.227.476	503.144
Entwicklungsländer	74.288	152.685	191.022	187.611	225.140	237.894	204.801
Afrika:	4.320	5.835	10.744	9.021	12.821	8.694	17.165
Lateinamerika und Karibik	22.259	52.856	74.299	82.203	109.311	95.405	85.373
Asien und Pazifik	47.710	93.994	105.978	96.386	103.008	113.795	102.264
Zentral- und Osteuropa	6.014	13.547	19.113	22 .608	25.363	26.563	27.200
■ **Im Einzelnen:**							
China	19.360	40.180	44.237	43.751	40.319	40.772	46.846
Mexiko	8.080	9.938	14.044	11.933	12.534	14.706	24.731
Hongkong	4.859	10.460	11.368	14.770	24.596	61.938	22.834
Brasilien	2.000	10.792	18.933	28.856	28.578	32.779	22.457
Polen	1.396	4.498	4.908	6.365	7.270	9.342	8.830
Singapur	5.782	8.608	10.746	6.389	11.803	5.407	8.609
Südafrika	301	818	3.817	561	1.502	888	6.653
Chile	1.499	4.633	5.219	4.638	9.221	3.674	5.508
Taiwan	1.222	1.864	2.248	222	2.926	4.928	4.109
Thailand	1.990	2.271	3.626	5.143	3.561	2.813	3.759
Argentinien	3.458	6.951	9.156	6.848	24.134	11.152	3.181

©2003 SÜDWIND

Quelle: UNCTAD 2002, S. 303–306

Abbildung 15:
Die Entwicklung der Auslandsverschuldung (ohne IWF- und kurzfristige Kredite)



©2003 SÜDWIND

Quelle: Weltbank 2002a

neunziger Jahre finanzieren sich einige Schwellenländer mehr und mehr über direkte Anleihen, sogenannte Bonds, die auf den Finanzplätzen von New York und London, aber auch auf kleineren Finanzplätzen wie Frankfurt oder Paris angeboten werden: Die Regierungen der Schwellenländer oder große Firmen in diesen Staaten legen Anleihen in ausländischen Währungen auf internationalen Finanzmärkten auf. Diese Anleihen können weltweit erworben werden.

Für private Anleger sind sie oft sehr verlockend, da die Zinsen relativ hoch sind. Als Faustregel gilt: Je größer das Risiko sein Geld zu verlieren, desto höher der gezahlte Zinssatz. Für Argentinien-Anleihen wurden z.B. Mitte 2001 bis zu 25% Zinsen geboten. Banken in Industrieländern verkaufen solche Anleihen trotz aller Risiken an ihre Kunden.

Schulden in Form von Anleihen sind seit 1990 wesentlich schneller gewachsen als jede andere Art der Verschuldung (**Abbildung 15**).*

Eine Mutter erklärt ihrer kleinen Tochter Ende der achtziger Jahre, was der Vater, einer umsatzstärksten New Yorker Anleihehändler (Selbstbezeichnung: »Masters of the Universe«), an der Börse macht:

»Stell dir einfach vor, eine Anleihe ist ein Stück Kuchen, und du hast den Kuchen gebacken, aber jedesmal, wenn du jemandem ein Stück Kuchen gibst, fällt ein kleines bißchen davon ab, wie kleine Krümel, und die kannst du behalten (...) Wenn du genügend Stücke Kuchen verteilst, dann hast du ziemlich bald genug Krümel, um einen riesigen Kuchen daraus zu machen.«

(Wolfe 1990, S. 299.)

3.4.3. Spekulation: Wer profitiert davon?

Die neuen Möglichkeiten auf den internationalen Finanzmärkten haben dazu geführt, dass verstärkt Geld aus rein spekulativen Gründen angelegt wird: Es geht oftmals nicht darum, ein Unternehmen im Ausland zu kaufen, dort zu produzieren und mit dem Verkauf der hergestellten Güter Gewinne zu erwirtschaften.

Dabei kollidieren die langfristigen Interessen der Schwellen- und Entwicklungsländer mit den kurzfristigen Interessen von Kapitalanlegern: Erstere wollen mit Hilfe des Auslandskapitals langfristige Investitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ausweitung ihres Wirtschaftspotentials heranziehen. Kapitalspekulanten dagegen wollen die höchstmögliche Rendite in der kürzest möglichen Zeit erzielen.

Wenn beispielsweise Devisenspekulanten, angelockt von hohen Zinsen und Renditen, ihr Kapital in einem Land investieren und nach kurzer Zeit hören, dass dem Land eine Abwertung der Nationalwährung bevor steht, tauschen sie ihr Kapital in US-Dollar oder sonstige harte Währungen. Durch diesen verstärkten Verkauf der Nationalwährung des Schuldnerlandes verliert diese erst recht an Wert: Steigt das Angebot, sinkt der Preis. So wird ein Gerücht an den Finanzmärkten zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Währungsspekulanten können innerhalb weniger Tage große Summen verdienen:

- **Schritt 1:** Der Spekulant Georg geht zu einer thailändischen Bank und nimmt einen Kredit in der Landeswährung über 24 Milliarden Baht auf.
- **Schritt 2:** Er tauscht die 24 Mrd. Baht bei einem Wechselkurs von 24 Baht pro Dollar und erhält dafür eine Milliarde US-Dollar. Diese Milliarde US-Dollar überweist Georg auf sein Konto in New York.
- **Schritt 3:** Eine Woche später fällt der Kurs des Baht: Statt 24 Baht ist ein US-Dollar jetzt 40 Baht wert.
- **Schritt 4:** Georg nimmt aus seinem Konto in New York 600 Millionen US Dollar, tauscht sie in Baht zurück und erhält 24 Mrd. Baht.

* Details zur Schuldenkrise werden in zwei weitere Bände der SÜDWIND-Reihe behandelt. Ein Band zur Entwicklung in Argentinien-Band erscheint im Sommer 2003, eine weiterer zur Situation in Kamerun Ende 2003.

Fallbeispiel 6: Asien- und Argentinienkrise führten zu Millionen Arbeitslosen

Die 1997 beginnende Asienkrise, die schnell auf Lateinamerika, Russland, Nigeria und dann indirekt in Form einer Rezession auf die ganze Welt übergriff, zeigte die Fehler der Liberalisierung auf: Die Schwellenländer waren nicht in der Lage, die sich abzeichnenden Fehlentwicklungen zu korrigieren.

In Thailand beispielsweise begann die Krise durch Spekulationen hauptsächlich ausländischer Devisenhändler. Sie gingen davon aus, dass die thailändische Währung Bath überbewertet sei und wetteten große Milliardensummen auf eine Abwertung. Die thailändische Regierung konnte dies nicht gesetzlich unterbinden und besaß auch nicht genügend eigene Währungsreserven um den Bath zu stützen. Der Bath stürzte ab, die Spekulanten verdienten Milliarden, doch die Anleger verloren das Vertrauen in die thailändische Wirtschaft und zogen möglichst viel des geliehenen und investierten Kapitals ab. Thailändische Firmen und Banken standen vor dem Ruin.

Der IWF sprang dann mit einem »Rettungskredit« ein, für den harte Bedingungen gestellt wurden. Dazu gehörte neben der Erhöhung von Steuern und der Senkung von Staatsausgaben die drastische Erhöhung der Zinsen. Dies, verbunden mit der ohnehin sinkenden Nachfrage, war eine Katastrophe für die thailändischen Firmen: Mitten in der Krise verteuerten sich die Kredite.

Zwar bezeichneten viele Beobachter – darunter mit harschen Vorwürfen der damalige Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz – die vom IWF verschriebene Medizin öffentlich als vollkommen falsch, doch der IWF blieb bei seinen Vorschriften (Stiglitz 2002, S. 109–157). Als Folge dieser Politik waren die Verluste der Anleger relativ gering. Mit dem Kredit des IWF konnten sie zum Teil ausbezahlt werden. Doch die Folgen für die thailänische Wirtschaft und die Bevölkerung waren verheerend. Tausende Firmen mussten schließen, Millionen Beschäftigte verloren ihre Arbeitsstelle.

Ähnliches geschah auch in Südkorea, Indonesien und auf den Philippinen. Zwar war die Ausgangssituation jeweils etwas anders als in Thailand, doch der IWF verordnete immer wieder die gleichen Maßnahmen (INEF 1999). Im ohnehin politisch sehr unruhigen Indonesien führte die vom Währungsfonds durchgesetzte Streichung der Subventionen auf Nahrungsmittel und Brennstoff sogar zu schweren Unruhen mit vielen Toten. Danach durfte die indonesische Regierung die Subventionen wieder einführen.

Auch die Krise in Argentinien 2001 betraf die Nachbarländer Uruguay und Brasilien direkt, obwohl diese nach Auffassung des IWF eine solide Fiskalpolitik hatten. Innerhalb weniger Wochen wurde in Uruguay rund ein Fünftel aller Einlagen bei heimischen Banken abgehoben, zum größten Teil in Dollar umgetauscht und ins Ausland gebracht. In kürzester Zeit sanken die Devisenreserven des kleinen Landes um mehr als 40%. Im großen Nachbarland Brasilien büßte die Landeswährung Real innerhalb eines Monats rund ein Zehntel ihres Wertes ein.

Die ausländischen Direktinvestitionen, die den regionalen Giganten Brasilien mit seinen 170 Millionen Einwohnern seit Mitte der neunziger Jahre über Wasser hielten, gingen deutlich zurück. Nun verschlechtern sich wichtige soziale Indikatoren. So stieg die Arbeitslosenrate in Sao Paulo nach amtlichen Messungen von 9 auf rund 20%.

(Foto: Frank Zander)

- **Schritt 5:** Mit dem Geld zahlt er seinen Kredit zurück. Die verbleibende 400 Millionen US-Dollar sind sein Gewinn – ein stattlicher Betrag für eine Woche Arbeit.

  (Leicht verändert übernommen aus: Stiglitz 2002, S. 115)

Der bekannteste Finanzspekulant der Welt, George Soros, wurde vom malaiischen Premierminister Mahathir beschuldigt, die Asienkrise 1997/98 mit ausgelöst zu haben. Soros gibt zu, spekuliert zu haben, weist aber jede Schuld an der Krise von sich – und verdiente viel Geld (Soros 1998, S. 179).

Für die Betroffenen sieht die Rechnung anders aus: In Thailand begann die Wirtschaftskrise 1997/98 durch Spekulationen hauptsächlich ausländischer Devisenhändler. Thailändische Firmen und Banken standen in der Folge vor dem Ruin. Millionen Menschen verloren ihre Arbeit und die Zahl der Armen stieg binnen eines Jahres um 77% (Huffschmid 2002, S. 183 / siehe **Fallbeispiel 6**).

Relativ glimpflich verlief die Asienkrise dagegen für Malaysia. Die dortige Regierung erließ zeitlich befristete Kapitalverkehrskontrollen: Der Abfluss von Geld wurde so größtenteils unterbunden, anschließend die Wirtschaft stabilisiert – und dann nach einem Jahr die Kapitalverkehrskontrollen wieder abgeschafft.

China und Indien blieben von der Krise weitgehend unberührt. Ihre Gesetze verhindern den Zufluss von reinem Spekulationskapital.

3.4.4 IWF und Weltbank setzten Rahmenbedingungen der Finanzmärkte durch

Ermöglichst wurden die Veränderungen im Devisenhandel, bei Direktinvestitionen und bei der Verschuldung durch die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte. Viele Staaten liberalisierten ihre Kapitalmarktgesetze, um Investoren anzulocken. Doch bei vielen Schwellen- und Entwicklungsländern kam der Druck von außen: Sie müssen immer wieder mit dem IWF und der Weltbank über neue Kredite verhandeln. Diese Kredite sind an konkrete Bedingungen gebunden. Wie beim Güterhandel forderte der Internationale Währungsfonds auch auf dem Kapitalmarkt die Änderung bestehender Gesetze und Vorschriften, um so den Zufluss von ausländischem Kapitel zu erleichtern. Und nicht nur der Zufluss musste erleichtert werden, sondern auch die Möglichkeit, angelegte Gelder und Gewinne zurück ins Ausland zu überweisen.

Kleinere und mittlere Volkswirtschaften in Asien, Afrika oder Lateinamerika haben keine Möglichkeit mehr, sich vor den Entscheidungen oder dem Herdenverhalten von privaten Kapitalanlegern zu schützen.

Diese erzwungene Liberalisierung der Finanzmärkte wurde von Beginn an massiv kritisiert. Ökonomen, Experten der Weltbank, Regierungen der betroffenen Staaten und Nichtregierungsorganisationen verwiesen darauf, dass der freie Strom von Geld nur dann sinnvoll sei, wenn die Institutionen – also die gesetzlichen Rahmenregelungen, das Bankensystem, die Bankenaufsicht, die Börsen und deren Aufsichtsbehörden – in den betroffenen Staaten auch in der Lage seien, mit der neuen Situation umzugehen. Es fällt auf, dass in einer Reihe von Ländern – darunter Mexiko, Ecuador, Thailand, Argentinien, Indonesien und Russland – Bankenkrisen unmittelbar nach der Deregulierung oder Privatisierung des Bankensektors begannen. Die Abfederung dieser Krisen kostete die Regierungen große Summen (Deutscher Bundestag 2002a, S. 21 / **Abbildung 16**).

IWF und Weltbank sollten Stabilität schaffen

Im Bergort Bretton Woods im amerikanischen Bundesstaat New Hampshire beschlossen Ökonomen und Politiker 1944 die Gründung einer internationalen Institution, die Staaten bei akuten Zahlungsschwierigkeiten kurzfristig aus der Not helfen sollte. Diese neue Institution wurde »Internationaler Währungsfonds« genannt. Mittlerweile sind 183 Staaten Mitglieder des IWF.

Der Internationale Währungsfonds hat die Aufgabe, bei drohenden Krisen rechtzeitig zu reagieren und entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen zu deren Vermeidung zu treffen. Kommt es dennoch zu einer akuten Krise, dann leiht der

Abbildung 16:
Die Kosten von Bankenkrisen in ausgewählten Ländern

Land	Deregulierung oder Privatisierung und Liberalisierung des Finanzsektors	Bankenkrise	Kosten der Bankenkrise für den staatlichen Haushalt in Prozent des BIP
Mexiko	1989–1992	1995–2000	**20**
Ecuador	1992–1996	1998–....	**25**
Argentinien	1990–1993	1994–1997*	**30**
Venezuela	1989–1992	1994–2000	**35**
Südkorea	1992–1996	1998–2000	**25**
Thailand	1992–1996	1998–2000	**22**
Indonesien	1992–1996	1998–2000	**50**
Russland	1990–1994	1994–2000	**40**

*Daten nur bis 2000 verfügbar (Krise geht seit 2001 weiter)

©2003 SÜDWIND
QUELLE: DATEN DER WELTBANK, ZITIERT NACH: DEUTSCHER BUNDESTAG 2002A, S. 21

IWF dem betreffenden Land Geld. Die Höhe der Summe wird bestimmt durch die Höhe der Einlagen, die jedes Land beim Internationalen Währungsfonds hat: Ähnlich wie bei einer Genossenschaft zahlt ein Staat Geld in den Topf ein und kann im Bedarfsfall ein Vielfaches davon als Hilfe bekommen. Insgesamt stehen derzeit knapp 300 Mrd. US-Dollar für Notfallkredite zur Verfügung.

Die Gelder des IWF stammen aus den Staatshaushalten der Mitgliedsländer. Somit sind es die Steuerzahler dieser Staaten, die das Geld aufbringen müssen.

Die Hilfe durch den IWF wird in Tranchen an das Krisenland vergeben. Diese Raten werden nur ausgezahlt, wenn das Schuldnerland die vom IWF gestellten Bedingungen – sogenannte »Erfüllungskriterien« – einhält. Werden die Bedingungen nicht erfüllt, dann gibt es kein Geld mehr. Zwar wird immer wieder betont, der IWF stelle die Bedingungen nur in Absprache mit den betroffenen Regierungen. Doch die Macht ist so verteilt, dass der Währungsfonds seine Ansichten gegenüber kleinen und schwachen Staaten immer durchsetzen kann. Paul Volcker, ehemaliges Mitglied der höchsten Leitung der US-Zentralbank, beschrieb dies folgendermaßen: »Wenn der Fonds mit einem armen und schwachen Land Beratungen führt, folgt das Land der Linie des IWF. Wenn der Fonds mit einem großen und starken Land Beratungen führt, folgt der IWF dessen Linie. Wenn die großen Länder in Konflikt miteinander stehen, geht er aus der Schusslinie.« (Oxfam 2002, S. 28).

Zeitgleich mit dem IWF wurde die Weltbank gegründet. Ziel war die Schaffung einer internationalen Bank, mit deren Krediten kriegszerstörte Staaten wieder aufgebaut werden sollten. Auch hier sind mittlerweile 183 Staaten Mitglied.

Die Weltbankgruppe umfasst vier rechtlich selbständige Finanzierungsinstitutionen, die zu verschiedenen Konditionen Kredite vergeben oder bei der Entwicklungsfinanzierung behilflich sind:

- IBRD: Internationale Bank für Aufbau und Entwicklung, die immer dann gemeint ist wenn von »der Weltbank« die Rede ist, gegründet 1944;
- IDA: Internationale Entwicklungsorganisation, gegründet 1959;

- IFC: Internationale Finanzkorporation, gegründet 1956;
- MIGA: Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur, gegründet 1985.

Für die Entwicklungsländer sind vor allem die beiden ersten von großer Bedeutung, da diese die Kredite zur Finanzierung von Projekten vergeben.

Wichtigste Aufgabe der Weltbank ist die Vergabe von Krediten. Im Finanzjahr 2001 wurden 17,3 Milliarden US-Dollar verliehen. Weltbank-Projekte laufen in mehr als 100 Ländern. Dabei kooperiert man mit Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Firmen in den Regionen.

Die Weltbank ist der größte und damit wichtigste Kreditgeber für arme Länder. Für diese zählt dabei vor allem der Preis der Kredite. Je nach »Kreditfenster« – es gibt verschiedene Kreditarten bei den Töchtern der Weltbankgruppe – sind diese Darlehen die billigste Geldversorgung. So gibt es beispielsweise für ganz arme Staaten spezielle Kredite, die jahrelang tilgungsfrei sind und auf die nur minimale Zinssätze anfallen.

Bei der Frage, wer die Liberalisierung der Kapitalmärkte vorantreibt, können IWF und Weltbank in einem Atemzug genannt werden: die Weltbank vergibt nur dann Kredite, wenn das betroffene Land ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds abschließt und alle Auflagen einhält.

Schlüsselrolle für Staaten in einer Finanzkrise

Seine große Macht bezieht der Internationale Währungsfonds aus seiner Funktion, der Letzte und der Erste zu sein, der Geld gibt: Staaten in Notlagen leiht ab einem gewissen Punkt niemand mehr Geld. Wenn die wirtschaftliche Situation – aus welchen Gründen auch immer – einmal vollkommen verfahren ist, werden weder Banken noch Regierungen Gelder zur Verfügung stellen.

Nun springt der IWF ein und bietet Hilfe an. Gibt der IWF Geld, dann eröffnen sich für das Schuldnerland wieder weitere Kreditmöglichkeiten. Selbst die Weltbank wird ohne den Segen des IWF keine Kredite vergeben. Nach einer Prüfung durch den Währungsfonds fassen auch andere potentielle Kreditgeber wieder Vertrauen in den Schuldnerstaat.

Der Prüfung voraus gehen vom IWF und der Weltbank entworfene Reformprogramme. Nahezu alle armen Länder haben in den letzen 20 Jahren nach diesen Vorgaben tiefgreifende Reformen durchführen müssen. Bekannt wurden die Vorgaben unter dem Namen »Strukturanpassungsprogramme« (SAP).

Die Vorschriften des IWF sind immer gleich und orientieren sich nach wie vor am sogenannten »Washingtoner Konsens« (siehe Seite 26): Neoliberale Wirtschaftsprogramme mit dem Ziel einer Haushaltsstabilisierung durch Ausgabenkürzungen sowie einer Liberalisierung der Wirtschaft. Schwellen- und Entwicklungsländer haben in Finanzkrisen keine Möglichkeit, die »Vorschläge« des Währungsfonds abzulehnen (SÜDWIND 2001, S. 8–12).

Nicht nur bei der Vergabe von Krediten spielt der IWF eine wichtige Rolle. Kommt es zu Umschuldungsverhandlungen zwischen Gläubigerstaaten oder –banken mit einem hoch verschuldeten Land, dann wird der IWF als Gutachter hinzugezogen. Der Währungsfonds berechnet dann, ob der Schuldenstand nach seiner Ansicht tatsächlich zu hoch ist und wie hoch der Schuldenerlass sein sollte. Die Gläubiger übernehmen in der Regel die Vorgaben des IWF.

3.4.5 Ein Dollar, eine Stimme – Wer bestimmt die Politik?

Oberstes Gremium des IWF ist der Gouverneursrat, der ein Mal jährlich tagt und über Grundsatzfragen entscheidet. Zwar entsendet jedes Mitgliedsland eine Person zu dessen Sitzungen, doch bei Abstimmungen wird nach Prozentanteilen der Einlagen gewichtet: Die USA verfügen über 17% der Einlagen und damit auch über 17,11% der Stimmen. Satzungsänderungen des IWF benötigen eine Zustimmung von 85%. Damit können die USA allein alle wichtigen Entscheidungen blockieren – selbst wenn 182 andere Staaten dafür sind. Die Stimmen Deutschlands (6,00%), Japans (6,14%) und Großbritanniens (4,95%) reichen ebenfalls für ein Veto aus. Entwicklungsländer wie Kasachstan (0,18%), Ecuador (0,10%) oder Uganda (0,09%) sind dagegen weitgehend stimm- und

machtlos. Die Stimmenaufteilung bei der Weltbank ist nahezu identisch **(Abbildung 17)**.

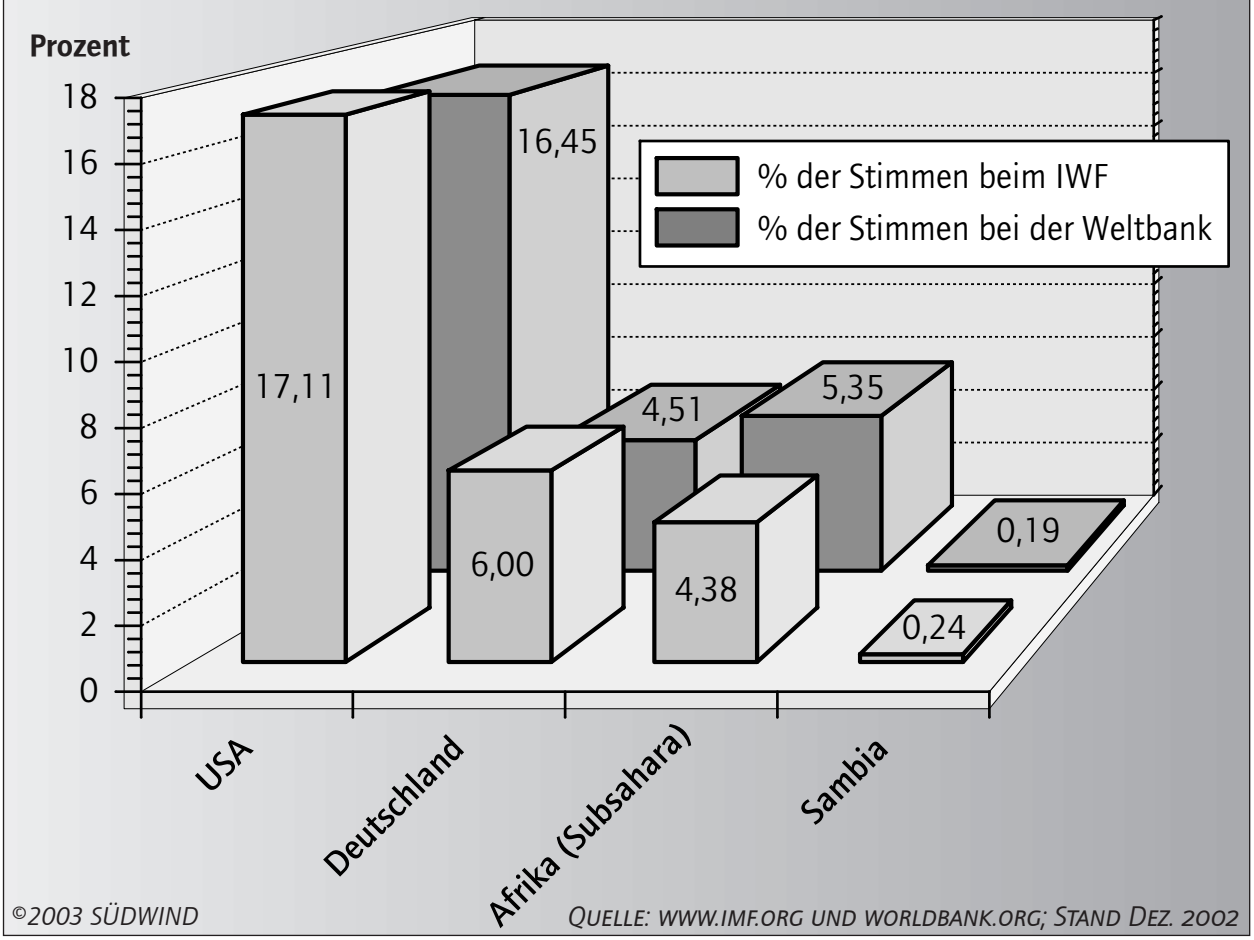
Die G7-Staaten alleine verfügen über rund 45% der Stimmen im IWF. Wie dominant sie sind, zeigte sich beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999: Die sieben Staatschefs tagten in einem Museum in Köln. Dort beschlossen sie dann einen Schuldenerlass für bis zu 41 Staaten. Sie besprachen dies alleine ohne die Schuldner- oder auch andere Gläubigerregierungen. Dann teilten sie ihre Beschlüsse der Öffentlichkeit mit und der IWF erhielt den Auftrag, die Umsetzung der Beschlüsse durchzusetzen.

Ähnliches gilt bei der Wahl des Exekutivdirektoriums, dem 24 Personen angehören und das die täglichen Geschäfte des IWF leitet:

- 5 Direktoren werden ernannt von den Nationen mit den höchsten Einlagen (BRD, USA, Großbritannien, Japan, Frankreich).
- 19 werden von Mitgliedergruppen gewählt. Bei dieser Wahl gilt erneut, dass der am meisten zu sagen hat, der über die meisten Anteile verfügt. So ist Kanada zwar in einer Gruppe mit 10 kleinen Inselstaaten und Irland. Doch allein die Kanadier verfügen bei der Wahl des Direktors über mehr als 75% der Stimmen.
- Bei Abstimmungen der 24 Direktoren hat die Stimme eines jeden Direktors einen so hohen Anteil an den Gesamtstimmen wie sein Land oder die Staatengruppe, die er vertritt. Der Vertreter aus den USA hat somit alleine einen Stimmenanteil von 17%, die beiden Direktoren aus Sub-Sahara Afrika dagegen zusammen nur 5,4%.

Die Wahl des Exekutivdirektoriums der Weltbank folgt den gleichen Prinzipien. Durch diese Stimmenverteilung können die Industrienationen allein bestimmen, welche Politik der IWF und die Weltbank in nahezu allen Schwellen- und Entwicklungsländern durchsetzt.

Abbildung 17:
Stimmenanteile einiger Staaten bei IWF und Weltbank



©2003 SÜDWIND

QUELLE: WWW.IMF.ORG UND WORLDBANK.ORG; STAND DEZ. 2002

3.5 Vorschläge für eine Reform von Institutionen und Wirtschaftsbeziehungen

3.5.1 Vereinte Nationen und ihre Unterorganisationen stärken

Auch in den Vereinten Nationen ist die Macht ungleich verteilt. Dies zeigt nicht zuletzt der Sicherheitsrat, ein fünfzehnköpfiges Gremium, in dem lediglich die 5 Siegermächte des Zweiten Weltkrieges (USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China) einen ständigen Sitz haben. Sie können mit einem Veto alle Beschlüsse blockieren.

Dennoch sind die Vereinten Nationen mit ihren Unterabteilungen die internationale Organisation, in der sich die Entwicklungsländer am ehesten Gehör verschaffen können. Mit den weltweit verbindlichen Erklärungen der Vereinten Nationen werden auch Wirtschaftsfragen behandelt.

Schon in der am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« heißt es (Artikel 22), jeder habe »das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.«

Dies wird in Artikel 25 weiter ausgeführt: »Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.«

Diese Erklärung wurde im Laufe der Jahre durch weitere Übereinkommen noch präzisiert,

Bewegliche Garküche in Hanoi/Vietnam

(Foto: Frank Zander)

darunter die 1966 entworfenen »Pakte über »bürgerliche und kulturelle Rechte« (IPBPR) sowie der im gleichen Jahr entstandene »Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte« (IPWSKR). Beide Pakte traten 1976 in Kraft.

Über die zentralen Erklärungen der Vereinten Nationen hinaus wurden auch in Unterorganisationen wie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) und im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) – um nur einige zu nennen – international verbindliche Verträge unterzeichnet.

Die regelmäßig von diesen Organisationen verfassten Berichte benennen viele der weltwirtschaftlichen Probleme und erläutern Lösungsansätze, die wesentlich stärker die Belange der Armen berücksichtigen als die Ansätze anderer internationaler Organisationen. Diese Organisationen werden jedoch von den reichen Ländern systematisch geschwächt: Es ist kein Zufall, dass die von den Industrieländern dominierte Welthandelsorganisation Wirtschaftssanktionen genehmigen darf – was ihr große Macht gibt – die ILO bei Verstößen gegen ihre Konventionen jedoch nur an den guten Willen der Übeltäter appellieren kann.

Nötig wäre hier:

- Die UN-Organisationen müssen finanziell und organisatorisch gestärkt werden.
- Die UN-Organisationen benötigen auch in Wirtschaftsfragen weitere eigene Sanktionsmöglichkeiten, um gegen den Bruch von internationalen Verträgen vorgehen zu können.
- Die internationale Staatengemeinschaft muss wesentlich stärker als bislang bereit sein, die Sanktionsmöglichkeiten auch auszuschöpfen und damit den Vereinten Nationen zusätzliche Macht geben.
- Die Beschlüsse anderer internationaler Organisationen – und hier vor allem die G8-Konferenzen, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation – müssen denen der Vereinten Nationen als der demokratischen Vertretung der Staaten untergeordnet werden.
- Alle internationalen Verträge, die nicht mit den innerhalb der UN verabschiedeten Erklärungen vereinbar sind, sind aufzuheben.

3.5.2 Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die Machtverhältnisse innerhalb des IWF und die Aufgaben der Behörde müssen grundlegend reformiert werden:

- Die Leitungsgremien müssen demokratisiert werden. Ein konkreter Vorschlag hierzu ist die Abkoppelung der Stimmrechte von der Höhe der Einlagen.
- Dem IWF müssen viele seiner derzeitigen Kompetenzen entzogen werden. Er sollte wieder zu einem reinen Frühwarnsystem und einer Eingreifreserve bei Finanzkrisen werden – und nicht weltweit Vorgaben über die Wirtschaft und die Staatsfinanzen dutzender Länder erlassen.
- Der IWF muss sich aus der Finanzierung von Entwicklung zurückziehen. Dies ist nicht Teil seiner ursprünglichen Aufgaben.
- Der IWF sollte dezentralisiert werden durch die Bildung von Regionalorganisationen, die selbständig handeln können.
- Die Zahl der Auflagen für die Vergabe von Krediten muss drastisch reduziert werden. Alle Auflagen sollten dahingehend überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die wirtschaftliche Situation der Armen in dem betroffenen Land haben.

3.5.3 Die Weltbank

Erst eine tatsächlich umgesetzte grundlegende Reform könnte die Weltbank zu dem machen, was sie heute schon zu sein behauptet, »eine Bank für die Armen«:

- In einem ersten Schritt muss die Weltbank ihre Entscheidungsstrukturen demokratisieren. Ein konkreter Vorschlag hierzu ist die Abkoppelung der Stimmrechte von der Höhe der Einlagen.
- Zudem muss die Weltbank ihre Kreditzusagen von den Auflagen des IWF abkoppeln.
- Die finanzierten Projekte müssen danach ausgewählt werden, wie die Armut am effektivs-

ten bekämpft werden kann. Dabei sollten die Vorschläge der Betroffenen und deren Interessenvertreter die Entscheidungen maßgeblich mit beeinflussen.

- Bei der Auswahl der finanzierten Projekte müssen bestehende Vorgaben über die ökologischen und sozialen Auswirkungen der Kredite eingehalten und diese noch deutlich verschärft werden.

3.5.4 Die Welthandelsorganisation

Eine Abschaffung der Welthandelsorganisation wird zwar vereinzelt gefordert, kann jedoch gerade für die Schwellen- und Entwicklungsländer zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Verhandlungsposition führen. Sie würden dann wieder bilateral mit den übermächtigen Industriestaaten über Handelserleichterungen verhandeln müssen, was ihre Verhandlungsposition noch mehr schwächt.

Ziel müssen daher Reformen sein, die die Macht innerhalb der Behörde anders verteilen: Bei gleichberechtigten Verhandlungen und gleicher Verhandlungsmacht können Arm und Reich zu Lösungen kommen, von denen beide Seiten profitieren:

- Vor weiteren Handelserleichterungen sollte in einer umfassenden Bestandsaufnahme der bisherigen Beschlüsse festgestellt werden, welche Auswirkungen diese auf das Leben der Armen hatten.
- Handelserleichterungen, die zur Benachteiligung der Armen geführt haben, müssen rückgängig gemacht werden.
- Um den weiteren Missbrauch des Konsensprinzips bei Abstimmungen vorzubeugen, müssen Abstimmungen in Zukunft geheim sein.
- Die WTO sollte sich verpflichten, die von den Vereinten Nationen bis 2015 anvisierte Halbierung der Zahl der Armen mit all ihren Möglichkeiten zu unterstützen. Als Ziel der WTO darf nicht mehr die Marktöffnung als solches im Vordergrund stehen, sondern die Umstrukturierung des Handels, so dass er die Entwicklungschancen armer Länder verbessert und zur Verbesserung der Lebenssituation der Armen beiträgt. Vor jeder weiteren Handelserleichterung muss daher geprüft werden, welche Auswirkungen diese auf das Leben der Armen hätten.
- Soziales, Umwelt- und Menschenrechte müssen in die Verhandlungen mit einbezogen werden.
- Nur durch eine Reform der gesamten Verhandlungssituation kann es den Entwicklungsländern möglich werden, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Es muss ein Fonds geschaffen werden, der es den Entwicklungsländern auch finanziell ermöglicht, VertreterInnen zu den Verhandlungen zu schicken und ExpertInnen zu engagieren.
- Ein ähnlicher Fonds muss geschaffen werden, um armen Staaten bei Handelsauseinandersetzungen die nötigen finanziellen Mittel zum Anheuern von Fachleuten (Wirtschaftsanwälte, Gutachter) zur Verfügung zu stellen.
- Die Industrieländer müssen ihren Protektionismus beenden und ihre Märkte deutlich weiter für die Produkte der Entwicklungsländer öffnen.
- Umgekehrt müsste es Entwicklungs- und Schwellenländern möglich sein, für einen begrenzten Zeitraum bestimmte Produkte von Zollsenkungen auszunehmen, um ihre eigene Entwicklung voranzutreiben. Dazu muss die bereits vorhandene Möglichkeit, in bestimmten Bereichen Ausnahmeregeln für Entwicklungsländer zu erlassen (»special and differential treatment«), ausgebaut und verbessert werden (siehe **Fallbeispiel 7**).

Bananenverkäuferin, Mbare-Markt in Harare/Simbabwe

(Foto: Frank Zander)

Fallbeispiel 7: Einführung einer Development Box im Agrarbereich

Um den spezifischen Bedürfnissen der Schwellen- und Entwicklungsländer gerecht zu werden gibt es den Vorschlag, die bislang unzureichenden Sonderregelungen für diese Staaten innerhalb der WTO-Vereinbarungen auszubauen. Von einer Development Box ist in diesem Zusammenhang oft die Rede.

Einen konkreten Vorschlag für den Agrarbereich legten drei deutsche Nichtregierungsorganisationen vor, den wir hier stark verkürzt wiedergeben:

Positionspapier von Germanwatch, FIAN Deutschland und Weltladen-Dachverband:

Ernährung sichern – für eine »Development Box« im WTO-Agrarabkommen

Die Development Box setzt an den bestehenden Ungleichheiten und den geschilderten Erfahrungen an und greift wichtige Entwicklungsanliegen auf. Ziel ist es....

- die einheimische Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern zu schützen und auszuweiten, insbesondere bei Grundnahrungsmitteln
- arme Bauern vor Dumping mittels subventionierter Importe aus den reichen Ländern zu schützen
- den Entwicklungsländern mehr Flexibilität zur gezielten Förderung von Kleinbauern einzuräumen
- Beschäftigung auszuweiten und Ernährungssicherung zu fördern.

Nach Meinung von FIAN DEUTSCHLAND, Weltladendachverband und Germanwatch sind zur Erreichung der obengenannten Ziele folgende Maßnahmen erforderlich:

I. Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Produktion von Grundnahrungsmitteln und der Kleinbauern in Entwicklungsländern vor Dumping mittels subventionierter Importe. (...)

II. Maßnahmen, die Entwicklungsländern eine größere Flexibilität zur Förderung der ländlichen Entwicklung und der Ernährungssicherung sowie zur gezielten Förderung von Kleinbauern einräumen. (...)

III. Nachfolgende Maßnahmen beziehen sich auf Bereiche, die für die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungsländern oder für die Förderung der Ernährungssicherung von Bedeutung sind. (...)

Die Subventionen sollen vollständig von der Produktion entkoppelt und an Programme zur Förderung von nicht handelsbezogenen Anliegen wie Umweltschutz, Ernährungssicherung etc. gekoppelt werden. (...)

Die WTO soll in der Präambel des Marrakesh-Abkommens den Vorrang der Menschenrechte anerkennen, als auch in der Präambel des Agrarabkommens der WTO den Vorrang des Rechts auf Nahrung. (...)

Exportsubventionen sollen abgeschafft werden (...)

Die Marktmacht von multinationalen Konzernen im Agrarbereich und ihr Mißbrauch (u.a. in Form von Dumping) sollen ein Thema der Verhandlungen werden. (...)

Die Bundesregierung und die Europäische Union müssen daher:

bei den Agrarverhandlungen in der WTO eine »Development Box« unterstützen, die gezielte Maßnahmen zur Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und insbesondere von Erzeugern mit geringem Einkommen und geringen Ressourcen erlaubt;

- sich zu deutlich höheren Ausgaben zur Förderung der ländlichen Entwicklung im Süden als auch zur Umsetzung der Marrakesh Entscheidung verpflichten.

Darüber hinaus soll die Bundesregierung und die Europäische Union folgende, dringende Initiative für die 5. Ministerratstagung in Cancun ergreifen:

Die Mitgliedsländer der WTO sollen den Entwicklungsländern (EL) das Recht zugestehen, mit sofortiger Wirkung Ausgleichszölle in Höhe des Subventionsanteils der Landwirte in den Ursprungsländern in der OECD zu erheben (...)

Die Entwicklungsländer brauchen sofort die Möglichkeit, sich gegen die subventionierten Importe und das Dumping ausgehend von staatlicher Unterstützung und Marktmacht der Konzerne zu schützen.

(Quelle: http://www.germanwatch.org/tw/devbox02.htm)

Mehr Infos: Marita Wiggerthale,
Germanwatch Berlin, 030-28883653
Email wiggerthale@germanwatch.org

(Foto: Frank Zander)

Belebte Strasse in Hanoi/Vietnam

3.5.5 Verbesserung von Sozialstandards

Angesichts der weltweit wachsenden Armut haben insbesondere seit den 90er Jahren Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen und Netzwerke sozialer Bewegungen in Ländern des Südens und Nordens den Anstoß zur Entwicklung handelsbezogener Mechanismen zur Verbesserung von Sozialstandards gegeben.

WTO-Sozialklausel

Seitdem die internationale Gewerkschaftsbewegung im Vorfeld der WTO-Ministerratskonferenz 1996 den Vorschlag machte, eine Sozialklausel in die Rahmenvereinbarungen der WTO aufzunehmen, wird hierüber eine kontroverse Debatte geführt. Bisher konnte die Kritik von Entwicklungsländern, die Sozialklausel würde zu protektionistischen Zwecken des Nordens missbraucht, nicht entkräftet werden. Tatsächlich gilt die weltweite Hauptkritik vor allem der generellen WTO-Politik, die sich seit ihrer Gründung in vielfacher Weise negativ auf die Situation in Dritte-Welt-Ländern ausgewirkt und bestehende Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd noch verschärft hat.

Insofern sind Vorschläge zur Demokratisierung, zu mehr Transparenz und Partizipation, wie sie 2001 die Gruppe der Globalisierungsexperten der G 77, einem Zusammenschluss von zur Zeit 133 Schwellen- und Entwicklungsländern, vorgestellt hat, richtungweisend. Darin werden z.B. Evaluierungen der Auswirkungen bisheriger WTO-Abkommen auf Dritte-Welt-Länder, ein Abbau der Schutzzölle der Industrieländer für ihre Agrar- und Textilmärkte sowie eine Behandlung der Problematik des Rohstoffpreisverfalls gefordert. Solange für diese für die Dritte Welt zentralen Fragen innerhalb der WTO keine Fortschritte bzw. Lösungen gefunden werden, ist nicht damit zu rechnen, dass die Sozialklausel-Debatte konstruktiv gewendet werden kann.

Gewerkschaftliche Rahmenabkommen

Von 1988–2001 sind zehn gewerkschaftliche Rahmenabkommen mit multinationalen Unternehmen abgeschlossen worden, durch die Sozialstandards bei globalen Zulieferern verbessert werden sollen (Wick 2001). Zentrales Kennzeichen von Rahmenabkommen ist die Etablierung einer Struktur, an der die Interessenvertretungen von Beschäftigten und die Unternehmen beteiligt sind. Bei den betroffenen internationalen Gewerkschaften handelt es sich um IUF, IFBWW, ICEM und UNI, bei den multinationalen Unternehmen beispielsweise um Danone, die Accor Hotel-Gruppe, Nestle, Del Monte, IKEA, Faber-Castell, Hochtief, Statoil, Telefonica und Freudenberg. Erste Fortschritte für die Beschäftigten konnten bereits erzielt werden (Wick 2001).

Fairer Handel – Ethischer Konsum

Seit den 70er Jahren nahmen alternative Handelsorganisationen direkte Handelsbeziehungen zu ProduzentInnen in der Dritten Welt auf und boten ihnen Vorzugsbedingungen an, wie z.B. höhere Preise, Vorfinanzierung von Bestellungen, verbesserter Marktzugang etc. Alternativer Handel wird begleitet von Aufklärungsarbeit und öffentlichen Kampagnen über die Auswirkungen des Welthandelssystems. Heute werden eine Reihe von Dritte-Welt-Produkten mit unabhängigen Gütesiegeln (Kaffe, Tee, Kakao, Honig, Zucker, Bananen ..4.) an VerbraucherInnen in den Industrieländern verkauft. Obwohl der Marktanteil der fair gehandelten Produkte in fast 20 Industrieländern nicht mehr als 1–2 % beträgt, hat sich die hinter ihnen stehende Eine-Welt-Bewegung im Norden mit ihren Verbindungen zu südlichen PartnerInnen zu einem stabilen politischen Faktor in vielen Gesellschaften entwickelt.

Verhaltenskodizes (Codes of Conduct)

Ein Vorschlag für die Regulierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der insbesondere auf die Einbindung von weltweit agierenden Unternehmen inklusive ihrer Zulieferer abzielt, ist die Einführung von Verhaltenskodizes: Die Konzerne sollen die Sozialverantwortung für die Beschäftigungsverhältnisse in ihrer weltweiten Produktionskette übernehmen und für den gesamten Konzern verbindliche Regeln einführen.

Kampagnen wie die für saubere Kleidung (CCC) üben Druck auf die Unternehmen aus, um diese dazu zu bewegen, sich bei der Einhaltung dieser sozialen Mindeststandards von unabhängigen Institution kontrollieren zu lassen.

Verhaltenskodizes sind kein Ersatz für staatliche Regelungen, sondern Ergänzungen. Sie sind von Vorteil, weil neue soziale Bündnisse zwischen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in Nord- und Südländern dieses Instrument innovativ nutzen können. Wenn in Zusammenarbeit mit diesen Bündnissen unabhängige Kontrollen der Fabriken stattfinden können, dann sind sie trotz der juristischen Freiwilligkeit dieses Instrumentes ein starkes Druckmittel.

3.5.6 Faires und transparentes Insolvenzverfahren für Schuldner

Bislang entscheiden allein die Gläubiger darüber, wie mit einem Land, das in Zahlungsunfähigkeit geraten ist, zu verfahren ist. Eigens gegründete Gläubigerkartelle bestimmen, WER einen Schuldenerlass erwarten darf, WIE VIEL maximal erlassen wird und WELCHE Bedingungen dafür zu erfüllen sind. Die Gläubiger, die sich somit zu Richtern in eigener Sache machen, können in dieser Machtstellung ihre Eigeninteressen problemlos durchsetzen. Angesichts einer sehr zweifelhaften Rolle, die sie in der Vergangenheit bei der Entwicklung der Verschuldungskrise spielt haben, ist diese Tatsache doppelt fragwürdig.

Landarbeiterin in Panda/Mosambik

(Foto: Aim/Issa)

Kernelemente für mehr Gerechtigkeit

Für eine Verfahrensreform in der Entschuldungsstrategie ist es daher wichtig, dass Gläubiger und Schuldner als gleichberechtigte Partner Wege aus der Verschuldungssituation suchen und eine unabhängige Instanz über notwendige Erlasse und Schuldentragfähigkeit entscheidet. Grundlage der Entscheidung muss dabei die Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung in dem Schuldnerland sowie eine finanzielle Unabhängigkeit für einen eigenverantwortlichen Neuanfang sein. Motivation für einen Schuldenerlass ist nicht die maximale Befriedigung der Gläubigerinteressen sondern der wirtschaftliche Neuanfang des Schuldners.

Die Kernelemente in einem solchen Verfahren sind daher:

1. eine unparteiische Entscheidungsfindung durch eine neutrale, von Gläubigern- und Schuldnerinteressen unabhängige Instanz;
2. ein Anhörungsrecht aller betroffenen Parteien, d.h. auch der Bevölkerung;
3. die Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung, insbesondere der wirtschaftlich schwächsten Gruppen in den Schuldnerländern;
4. ein automatischer Zahlungsstopp zu Beginn eines solchen Insolvenz- oder Schiedsverfahrens (das soll verhindern, dass sich Einzelgläubiger Zugriff auf vorhandene Aktiva des Schuldners vor anderen Anspruchsberechtigten verschaffen).

Teilweise sind solche Elemente aus der nationalen Rechtssprechung für Insolvenzen bekannt. Vorbild für die internationale Forderung nach einem unabhängigen Schiedsverfahren ist ein seit den 30er Jahren in den USA praktiziertes Insolvenzverfahren für öffentliche Gebietskörperschaften wie Kommunen und Einzelstaaten. Im Falle einer Insolvenz können diese Gebietskörperschaften eine neutrale Instanz anrufen (in diesem Fall ein ordentliches US-amerikanisches Gericht) und Schutz unter dem entsprechenden Kapitel 9 der US Insolvenzrechtssprechung beantragen. Ebenfalls in Kapitel 9 festgeschrieben ist ein Anhörungsrecht für die betroffene Bevölkerung.

Schiedsverfahren sind ein bewährtes Instrument bei internationalen Streitfragen. Entscheidendes Element ist also die Schaffung einer solchen Schiedsinstanz, in der beide Seiten (Gläubiger und Schuldner) eine gleich große Zahl von SchiedsrichterInnen benennt (z.B. je 2), die sich dann wiederum auf die Benennung einer weiteren Person einigen, um eine ungerade Zahl zu erreichen. Entscheidungen können dann mit einfacher Mehrheit getroffen werden.

Die Kernelemente werden ergänzt durch eine Reihe wesentlicher Details. Hierzu gehören u.a.:

- Transparenz während des gesamten Prozessverlaufs, von der Planung bis hin zur Veröffentlichung aller Ergebnisse und Zwischenergebnisse.
- Eine effiziente Beteiligung der Zivilgesellschaft in allen Phasen des Prozesses.
- Die Möglichkeit zur Überwachung der Umsetzung der Ergebnisse.
- Die Identifizierung und der Erlass von illegitimen Forderungen, wodurch auch die Mitverantwortung der Gläubiger in der Schuldenkrise zum Tragen kommt.

Die Verpflichtung der Schuldnerregierung zugunsten der Armutsbekämpfung, sowie die Möglichkeit einer Revision bei nicht Einhaltung.

3.5.7 Reduzierung der Spekulation

Für Schwellen- und Entwicklungsländer verheerende Spekulationsgeschäfte können eingeschränkt werden. Hierzu gibt es eine Reihe von Lösungsansätze.

Ausdehnung der Gesetze auf alle Finanzplätze

Ein erheblicher Teil der Finanzgeschäfte findet in Kleinstaaten und auf Inseln statt, die sich nicht international gültigen Gesetzen unterstellen wollen (»offshore-Finanzzentren«). Die Geschäfte dienen zu einem erheblichen Teil der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung. Zudem operieren hier Fonds, die weltweit spekulieren ohne sich einer Finanzaufsicht zu stellen. Die Finanzzentren müssen geschlossen werden.

Devisenumsatzsteuer

Spekulationen mit Devisen könnten durch die Einführung einer Steuer auf alle kurzfristigen Devisengeschäfte reduziert werden. Schon eine Steuer von 0,5 Prozent je Transaktion könnte erhebliche Auswirkungen haben: Wird Geld aus spekulativen Gründen schon nach wenigen Tagen immer wieder neu angelegt, käme innerhalb eines Jahres eine erhebliche Steuerbelastung zusammen. Langfristige Anlagen wären dagegen kaum betroffen. Im Gegenteil: Eine Reduzierung der ständigen Kursschwankungen könnte Geschäfte sogar sicherer machen.

Umsetzbar wäre eine Devisenumsatzsteuer relativ einfach. Die weltweiten Spekulationen werden nur über eine Handvoll Börsen getätigt, die größtenteils in Industrieländern liegen. Da der Handel ohnehin über Computersysteme läuft, wäre die Einführung der Steuer relativ leicht zu bewerkstelligen.

Einen besonderen Reiz gewinnt diese Idee noch dadurch, dass man die so entstandenen Einnahmen für Entwicklungshilfe einsetzen könnten.

Selektive Kapitalverkehrsbeschränkungen

Allerdings könnte eine solche Steuer nicht alle Spekulationen unterbinden: Winken beispielsweise bei Währungsgeschäften sehr hohe Gewinne, dann schreckt die geringe Steuer nicht. Über die Devisenumsatzsteuer hinaus könnten weitere Instrumente zur Lenkung von Kapitalströmen eingeführt werden. Lange verpönt – und vom IWF bekämpft – können Gesetze (wieder-)eingeführt werden, die es den Staaten ermöglichen, in Krisensituationen die Ein- oder Ausfuhr bestimmter Arten von Kapital zu verbieten.

3.5.8 Ethische Geldanlagen: Umdenken beim eigenen Umgang mit Geld

Die Anlage von Geld hat großen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen. Durch Bankgeschäfte, Rentenfonds und Geldanlagen sind nahezu alle Deutschen Teil des weltweiten Geldmarktes.

Bei der Geldanlage nach ethischen Kriterien gibt es die gleichen Anlagemöglichkeiten wie bei der »normalen« Geldanlage: Sparbücher, Fonds, Aktien und Lebensversicherungen. Doch neben den klassischen ökonomischen Kriterien (Rendite, Liquidität, Sicherheit) wird zusätzlich der Verwendungszweck berücksichtigt: Wofür arbeitet mein Geld? Ziel ethischer Geldanlage ist, dass das Geld letztendlich in Projekte fließt, die ökologische und soziale Kriterien beeinhalten.

Neben den Privatpersonen sollten auch Institutionen überlegen, was mit ihren Anlagen eigentlich geschieht. Insbesondere kirchliche Einrichtungen verfügen teilweise über sehr hohe Rücklagen und Pensionskassen. Ähnliches gilt auch für manche Vereine, für Orden, Stiftungen und soziale Einrichtungen.

Da hier erhebliche Mittel zur Verfügung stehen, könnte eine Neustrukturierung dieser Gelder Signalwirkung haben: Banken und Fonds werden ihr Angebot ethischer Geldanlagen wesentlich erweitern, wenn sie dort einen Markt sehen.

Man kann die Geldanlage auch mit umfangreichen entwicklungspolitischen Kriterien verknüpfen. Ein Beispiel dafür ist die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit (damals EDCS). Sie wurde 1975 vom Ökumenischen Rat der Kirchen gegründet und arbeitet weltweit mit Partnern in 65 Ländern zusammen. Oikocredit ist wie eine Genossenschaft aufgebaut. Jedes Mitglied hat unabhängig von der Höhe des investierten Kapitals eine Stimme.

Ziel ist, armen Menschen Zugang zu fairen Krediten zu verschaffen. Die GeschäftspartnerInnen sind an der Ausarbeitung der Verträge beteiligt und können bei Bedarf die kostenlose Beratung der regionalen Oikocredit-Beauftragten in Anspruch nehmen. Der Zugang zu Krediten ermöglicht ihnen langfristiges Planen und eigenständiges Wirtschaften.

(Kontakt: Oikocredit Westdeutscher Förderkreis,
Adenauerallee 37, 53113 Bonn,
Tel: 02 28 / 9 25 97-39, Fax: 02 28 / 9 25 97-40,
Email: oikocredit.bonn@t-online.de,
Homepage: www.oikocredit.org/de/)

4. Forderungen an Kirchen und Politik

Politikerinnen und Politiker aller Parteien sind ständig dem Druck von WirtschaftslobbyistInnen ausgesetzt, die weitere Liberalisierungen der Wirtschaft fordern. Die führenden Wirtschaftsverbände beschäftigen tausende MitarbeiterInnen, die in Berlin und in Brüssel versuchen, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Auch in den Medien treten immer wieder die Chefs der verschiedenen Wirtschaftsverbände auf und stellen ihre Forderungen.

VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen sind dagegen an den Orten der politischen Entscheidungsfindung viel weniger präsent. Dies liegt nicht zuletzt an den geringeren finanziellen Ressourcen. Um diesem Ungleichgewicht zu begegnen sind Aktivitäten auf den verschiedensten Ebenen erforderlich. Kampagnen wie erlassjahr.de (früher »Erlaßjahr 2000«) und attac (beide siehe Kapitel 5.3) zeigten und zeigen, dass diese Anstrengungen wirksam sein können.

Erfolgreiche Kampagnen entwickeln einen erheblichen Teil ihrer Wirkung dadurch, dass in ihnen kleine Basisbewegungen Hand in Hand mit größeren Organisationen und Institutionen – Gewerkschaften, Umweltverbände, Leitungsgremien der Religionsgemeinschaften, Hilfswerke etc. – arbeiten. Gemeinsam signalisieren sie den PolitikerInnen, dass auch ihre Anliegen relevant sind für die Stimmabgabe bei den nächsten Wahlen.

4.1 Erwartungen an die Bundesregierung

Die Entscheidungen über die Gestaltung der Globalisierung treffen Politikerinnen und Politiker. Die Bundesregierung bestimmt sowohl innenpolitisch – durch ihre Sozial-, Steuer- und Arbeitsgesetze – als auch international den Rahmen mit, innerhalb dessen die Wirtschaft sich bewegt: In allen entscheidenden internationalen Institutionen hat die deutsche Regierung ein gewichtiges Wort mitzureden.

Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung mitgetragenen Milleniumsziele der Vereinten Nationen – eine Halbierung der extremen Armut bis 2015 – müssen Teile der deutschen Politik grundlegend verändert werden. Dies geht weit über die immer wieder versprochene Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung auf 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes hinaus:

- Die Bundesregierung muss sich für die skizzierten Reformen (siehe Kapitel 3.5) der multilateralen Institutionen und der Wirtschaftsbeziehungen einsetzen.

Arbeiten an der Stromversorgung in Phnom Phen/Kambodscha

(Foto: Frank Zander)

(Foto: Friedel Hütz-Adams)

Schule in Paarl/Südafrika

4.2 Aktivitäten von Gemeinden

Entwicklungspolitische Arbeit gründet oft in den Netzwerken, die sich in Kirchengemeinden gebildet haben. Sie sind der Ausgangspunkt für Weltläden, Partnerschaften mit Gruppen in Schwellen- und Entwicklungsländern oder auch direkten Engagements in Kampagnen.

Die Menschen in diesen Gruppen bilden die Basis für die weitere Arbeit. Sie können durch Bildungsangebote erreicht werden und sie bringen ihr Wissen in ihren Alltag ein.

Diese Aktivitäten müssen aufrecht erhalten und verstärkt werden:

- Viele Menschen wissen immer noch sehr wenig darüber, was im Rahmen internationaler Verhandlungen über ihre Köpfe hinweg entschieden wird – und welche Rückwirkungen diese Entscheidungen auf ihr Leben und auf das andere Menschen haben. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Basisbewegungen, Informationen zu verbreiten, indem sie Faltblätter streuen, Kampagnen unterstützen und Informationsveranstaltungen organisieren.
- Kirchengemeinden können wirtschaftliche Gewalt in den Gottesdiensten thematisieren.
- Die Partnerschaften mit Gruppen in Schwellen- und Entwicklungsländern sollten dazu dienen, die dortigen Bedürfnisse zu wahrzunehmen und anschließend in Deutschland in die politischen Diskussionen einzubringen.
- Die Aktiven zeigen den PolitikerInnen – die von ihnen gewählt werden wollen – durch Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, der Versendung von Protestbriefen etc., dass eine größere Zahl von Menschen hinter den Forderungen von Kampagnen steht.
- Gemeinden können Anträge an Kirchenleitungen und Synoden stellen, in denen sie eine stärkere Thematisierung der Auswirkungen der strukturellen Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen in den kirchlichen Veröffentlichungen fordern.

Bei diesen nach außen gewandten Aktionen sollte der eigene Bezug nicht vergessen werden:

- Kirchengemeinden sind selbst in das Wirtschaftsgeschehen integriert. Daher stellt sich die Frage, wie sie mit ihren Angestellten umgehen, den eigenen Einkauf tätigen, ihren Energieverbrauch decken, Rücklagen verwalten etc.
- Gerade in Zeiten sinkender finanzieller Zuwendungen für die Nord-Süd-Arbeit durch die Politik wie auch durch SpenderInnen müssen die Gemeinden ihre Unterstützung dieser Arbeit aufrecht erhalten.

4.3 Kirchenleitungen müssen Stimme erheben

Die Leitungsorgane der Kirchen können an den verschiedensten Punkt gegen die strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen aktiv werden. Eine Reihe von Stellungnahmen der Kirchen zeigt auf, dass auf mehreren Ebenen bereits gearbeitet wird (siehe Fallbeispiel 8). Ihre Ermutigung zur weiteren Arbeit kann zudem ein wichtiger Baustein zur Mobilisierung der Menschen an der Basis sein.

Äußerungen der Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen haben immer noch Gewicht. Dies müssen sie nutzen, um die strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen zu thematisieren in:

- eigenen Veröffentlichungen,
- Gesprächen mit PolitikerInnen,
- Gesprächen mit VertreterInnen der Wirtschaft und Gewerkschaften,
- Interviews in den Medien.

Weltweite Kontakte mit Partnern müssen das Thema ebenfalls in den Mittelpunkt stellen:

- Kirchen sollen ihre internationalen Kontakte für den Aufbau einer eigenen Konzeption einer »Globalisierung mit menschlichem Antlitz« nutzen.
- Bei den Beziehungen von Kirchen und Hilfswerken zu Partnerorganisationen in Schwellen- und Entwicklungsländern muss darauf geachtet werden, dass nicht auch hier die Abhängigkeit der Menschen in armen Staaten von (finanziellen) Entscheidungen bei uns zu struktureller Gewalt führen.

Ähnlich wie für die Gemeinden gilt auch hier die eigenen Verflechtungen im Auge zu behalten:

- Wie verhalten sich die oberen Leitungsgremien in dem Wirtschaftsgeschehen, in das sie integriert sind? (Umgang mit ihren Angestellten, Einkaufsverhalten, Energieverbrauch, Rücklagenverwaltung etc.).
- Die finanziellern Zuwendungen für die Nord-Süd-Arbeit müssen aufrecht erhalten werden.

Cyclofahrer in Hanoi/Vietnam warten auf Kunden.

(Foto: Frank Zander)

Fallbeispiel 8: Brief an die Kirchen in Westeuropa

Konkrete Handlungsvorschläge für die Kirchen wurden bei einer Konsultation in Soesterberg erarbeitet. *»Wir möchten die Mitgliedskirchen unserer Organisationen bitten, sich auf die Debatte in den Vollversammlungen vorzubereiten, indem sie auf die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung in verbindlicher Weise antworten«*, heißt es in einem Begleitschreiben, unterzeichnet von: Dr. Konrad Raiser, Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK), Dr. Ishmael Noko, Lutherischer Weltbund (LWB), Dr. Setri Nyomi, Reformierter Weltbund (RWB), Dr. Keith Clements, Konferenz Europäischer Kirchen (KEK). **Wir dokumentieren Auszüge des erstellten Papiers:**

BRIEF AN DIE KIRCHEN IN WESTEUROPA

Liebe Schwestern und Brüder in Christus,

Wir schreiben diesen Brief von der ökumenischen Konsultation zur Wirtschaft im Dienst des Lebens, die vom 15. bis zum 19. Juni in Soesterberg (Niederlande) stattfand. Großzügiger Gastgeber dieser Konsultation war der Niederländische Kirchenrat. Mehr als 80 Vertreterinnen und Vertreter westeuropäischer Kirchen sowie Gäste von Kirchen Zentral- und Osteuropas, Nordamerikas, Afrikas und Asiens, vom Vatikan und von ökumenischen Organisationen, versammelten sich unter der Trägerschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Reformierten Weltbundes (RWB), des Lutherischen Weltbundes (LWB), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Europäischen Gebietsausschuss des RWB.

Der Prozess

Die Konsultation in Soesterberg war Teil eines fortlaufenden Prozesses, in dem Kirchen die durch die ökonomische Globalisierung gestellten Herausforderungen in ihren Auswirkungen auf das Leben von Menschen und Mitwelt begutachten und auf sie antworten. (...)

In Antwort auf diesen fortlaufenden Prozess trafen wir uns in Soesterberg, um zu analysieren, wie ökonomische Globalisierung und die Rolle, die das Geld dabei spielt, die Gesellschaften Westeuropas betrifft und eine Antwort westeuropäischer Kirchen auf Fragen, die zuvor von Kirchen in Zentral- und Osteuropa und im Süden gestellt wurden, zu entwickeln. (...)

Fragen zur Weiterarbeit

Wir bitten Gemeinden und Synoden unserer Kirchen die folgenden Fragen im Blick auf Positionen und Praktiken der Kirchen selbst im fortlaufenden Prozess zu bedenken:

- Was bedeutet die Einheit der Kirchen als der eine Leib Christi, was bedeuten Taufe, Abendmahl und Amt im Kontext der ökonomischen Globalisierung? Wie sprechen in diesem Zusammenhang im Lauf des Kirchenjahres Bibellesungen und Liturgien zu uns?
- Warum machen unsere Kirchen die Armut zum Thema, zögern jedoch, sich mit Reichtum und Wohlstand auseinanderzusetzen?
- Wie gehen unsere Kirchen mit ihrem eigenen Geld um, mit ihren Pensionskassen, Investitionen und Immobilienbesitz? Sind Banken, mit denen unsere Kirchen verbunden sind, verwickelt in Steuerflucht, in ethisch nicht verantwortbare Investitionen, spekulative Praktiken sowie andere Aktivitäten, die die Fähigkeit von Staaten untergraben, für das Gemeinwohl zu sorgen?
- Ist unsere Beobachtung korrekt, dass in vielen europäischen Ländern der Staat sich mehr und mehr dem Konzept des freien Marktes unterworfen hat, indem er seine historische Rolle als Wächter des Gemeinwohls und Verteidiger der Schwachen reduziert hat?
- Insoweit wir als Kirchen mit unseren Sozial- und Gesundheitsdiensten in vom Wettbewerb bestimmten Märkten eingebunden sind, realisieren wir unsere Fähigkeit, die Marktbedingungen im Interesse des öffentlichen Wohls wie im Interesse unserer Kirchen zu gestalten? Wie antworten wir auf die fortschreitende Privatisierung öffentlicher und sozialer Güter und Dienstleistungen, die für das Leben wesentlich sind wie Wasser, Gesundheitsdienste, Bildung etc.?
- Welche Form des Konsums und welchen Lebensstil praktizieren und fördern wir? Wie können wir als Kirchen und individuelle Kirchenglieder das Bewusstsein für den Klimawandel verstärken und für Umweltschutz arbeiten, indem wir z.B. sorgfältiger mit dem Energieverbrauch umgehen in unseren Kirchen, in Wohnhäusern, im Transport etc.?
- Wie engagieren wir uns in der öffentlichen Debatte zur Wirtschaftspolitik und mit Institutionen, die neoliberale ökonomische Praktiken fördern und umsetzen? Wie bilden wir Bündnisse mit sozialen Bewegungen, die Regierungen aufrufen, für das Gemeinwohl und für die Wiederherstellung gerechter und nachhaltiger politischer und sozialer Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten zu sorgen?

5. Wie kann ich aktiv werden?

5.1 Materialien für die Bildungsarbeit und für Schulen

SÜDWIND-Materialien

Die Grafiken aus der vorliegenden Broschüre sowie für Vorträge geeignete Texte können wahlweise bei SÜDWIND direkt bestellt oder auf unserer Homepage unter www.suedwind-institut.de heruntergeladen werden.

Unterrichtsmaterialien

Neben den Materialien der Kampagnen stellen viele Organisationen pädagogische Texte, Spiele etc. zur Verfügung.

Eine Übersicht findet sich auf der Homepage:

www.eine-welt-netz.de und dort unter www.eine-welt-unterrichtsmaterialien.de/ eine_welt_ databases

Kontaktadresse:
Robert Schreiber, Institut für Lehrerfortbildung,
Beratungsfeld Globales Lernen,
Felix-Dahn-Str. 3, 20357 Hamburg,
Tel.: 040-428012512, Fax: 040-428012758,
E-Mail: RobertSchreiber@t-online.de

Alle zwei Jahre erscheint ein Materialienverzeichnis als Broschüre mit Angaben und Rezensionen zu entwicklungsbezogenen Unterrichtsmaterialien/Medien/Adressen:

- Eine Welt im Unterricht (Sek. I/II). ca. 64 Seiten. Preis: ca. 3 € (plus Versand).
- Eine Welt im Grundschulunterricht. ca. 48 Seiten. Preis: ca. 3 € (plus Versand).

Nähere Informationen und Bestellmöglichkeiten unter, Welthaus Bielefeld e.V.,
August-Bebel-Strasse 62, 33602 Bielefeld,
Tel.: 0521-986-480, Fax: 0521-63789,
E-Mail: welthaus@aol.com,
Homepage: www.welthaus.de

Von nix kommt nix!
Wie funktioniert die Weltwirtschaft?

Begleitheft, Strategiespiel und Psychotest:

Brot für die Welt, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und Misereor haben gemeinsam ein Heft für Jugendliche herausgegeben, das die Fragen behandelt: Wie funktioniert der Welthandel? Wie lauten die Spielregeln der Weltwirtschaft und wer stellt sie auf? Wie hängen Marktwirtschaft, Machtstrukturen und Menschenrechte im Spiel weltweiter Handelsstrukturen zusammen? Wie können unfaire Mitspieler identifiziert und faire Alternativen unterstützt werden. Welche Kampagnen und Initiativen engagieren sich für eine faire und gerechte Welt?

Ergänzend zum Heft gibt es noch ein Strategiespiel und einen Psychotest, die unter http://www.jugendaktion.de eingesehen werden können.

Das Heft mit vielen Aktionstipps kann bestellt werden bei: Brot für die Welt, Zentraler Vertrieb,
Karlsruher Str. 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen,
Tel.: 0711-902 1650, Fax: 0711-7977502,
E-mail: vertrieb@diakonie.de,
Homepage: www.jugendaktion.de

5.2 Liturgische Bausteine

Zu vielen Aspekten der Globalisierung gibt es bereits Bausteine zur Gestaltung von Gottesdiensten. Eine Auswahl kann bei SÜDWIND bestellt oder auf der Homepage unter www.suedwind-institut.de eingesehen und ausdruckt werden.

(FOTO: ERLASSJAHR.DE)

»ERLAßJAHR 2000« DEMONSTRATION IN KÖLN

5.3 Kampagnen: Es gibt immer eine Möglichkeit des Engagements

Wo finde ich Informationen?

Es gibt eine Reihe von Kampagnen, die auch die Überwindung wirtschaftlicher Gewalt zum Ziel haben. SÜDWIND hat auf der eigenen Homepage (www.suedwind-institut.de) Links gelegt zu Homepages, die zu Kampagnen führen.

Weitere Internetadressen, unter denen Sie Zusammenstellungen von Kampagnen finden, sind:

- epo: www.epo.de/kampagnen
- Globales Lernen: www.globales-lernen.de/kampagne
- Brot für die Welt: www.brot-fuer-die-welt.de (Stafflenbergstr. 76, 70184 Stuttgart, Tel.: 07 11-21 59-0, Fax: 07 11-21 59-288)

→ Laufende Kampagnen

Die hier dargestellten Kampagnen sind nur eine Auswahl. Die Beschreibungen sind in der Regel Wiedergaben und Zusammenfassungen der Selbstdarstellungen der Organisationen.

Attac – Eine andere Welt ist möglich

1998 wurde in Frankreich die Organisation Attac gegründet. Der Name entstand aus der französischen Abkürzung für »Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen« (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens).

Im Mittelpunkt steht die Forderung nach sozialer und ökologischer Gerechtigkeit im Globalisierungsprozess.

Mittlerweile hat Attac rund 80.000 Mitglieder in 30 Ländern. In Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di über den BUND und Pax Christi bis zu Kapitalismus kritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 80 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Deutschlandweit hatte das Bündnis Ende 2002 mehr als 10.000 Mitglieder.

Innerhalb des Bündnisses arbeiten die Gruppen zu folgenden Themenschwerpunkten:

- »Kampagne für eine Devisenumsatzsteuer«;
- Kampagne »Stopp Steuerflucht«; die sich für die Schließung von Steueroasen und Offshore-Bankzentren einsetzt;
- »WTO-/GATS-Kampagne«, die sich gegen weitere Liberalisierungen des Welthandels auch im Bereich der Dienstleistungen ausspricht;
- »Kampagne Soziale Sicherungssysteme«, die gegen eine Spaltung in Wahl- und Pflichtleistung der Krankenkassen sowie Privatisierungen im Gesundheitssektor mobilisiert.

Kontaktadresse: Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt, Tel.: 069-900281-0, Fax: 069-900281-99, E-Mail: info@attac-netzwerk.de, Homepage: www.attac-netzwerk.de

Blumenkampagne

Miserable Löhne, unsichere Arbeitsverträge, Gesundheitsgefahren durch einen massiven Pestizideinsatz – das sind nur einige Probleme, denen die überwiegend weiblichen Beschäftigten in vielen Blumenplantagen Afrikas und Lateinamerikas ausgesetzt sind. Und wer für seine Rechte eintritt oder sich gar einer Gewerkschaft anschließt, wird nur allzu schnell entlassen. Die Blumen des Südens sind für den Norden bestimmt. Daher haben neben den Regierungen und Unternehmen auch der Blumenhandel und die VerbraucherInnen eine Verantwortung für die Menschenrechte der etwa 150.000 BlumenarbeiterInnen in den Entwicklungsländern.

FIAN koordiniert seit 1991 die Blumen-Kampagne, die von Brot für die Welt und terre des hommes mitgetragen wird. Der lange Atem hat sich ausgezahlt: 1999 wurde mit Gewerkschaften, Importeuren, Floristen und Produzenten ein Abkommen über »menschenwürdig und umweltschonend produzierte Blumen« erzielt. Grundlage für dieses Flower Label Programm (FLP) ist ein Internationaler Verhaltenskodex, der die grundlegenden Menschenrechte und Umweltstandards festschreibt. Nichtregierungsorganisationen wie FIAN und Gewerkschaften haben Einsicht in alle Details des Programms. Unabhängige Kontrollen werden regelmäßig durchgeführt.

Je mehr Menschen nach den FLP-Blumen fragen, desto höher der Druck auf noch zögerliche Produzenten, Sozial- und Umweltstandards im »blühenden« Geschäft größere Bedeutung einzuräumen.

FIAN arbeitet eng mit Basisorganisationen in den wichtigsten Blumen produzierenden Ländern zusammen. Hierbei geht es um die Kontrollen des FLP, aber auch um die »klassische« Form der Menschenrechtsarbeit wie internationale Brief-Aktionen und Lobbytätigkeit.

Kontaktadresse: FIAN, Overwegstraße 31, 44625 Herne, Tel.: 0 23 23-49 00-99, Fax: 0 23 23-49 00-18, E-Mail: fian@fian.de, Homepage: www.fian.de

BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie gründete sich 2002 im Vorfeld der Rio-Nachfolgekonferenz in Johannesburg. Im Mittelpunkt der Kampagne steht die Problematik, dass hiesige Großkonzerne Wirkstoffe von Pflanzen aus Entwicklungsländern patentieren lassen: Die biologische Vielfalt, die pflanzengenetischen Ressourcen, werden insbesondere durch neue Entwicklungen in der Biotechnologie zum »Erdöl des Informationszeitalters«. Die transnationalen Konzerne der Agrar- und Pharmaindustrie haben das riesige Potential, das in diesem Bereich

liegt, erkannt und versuchen sich den exklusiven Zugang zum »grünen Gold der Gene« zu sichern. Dazu wird zuerst in der sogenannten Bioprospektion biologisches Material gesammelt und auf seine erblichen Eigenschaften hin untersucht, um sich dann in einem zweiten Schritt profitable Entdeckungen patentieren zu lassen. Diese Aneignung der genetischen Ressourcen mit dem Ziel, sie zu patentieren oder andere Rechte geistigen Eigentums auf sie zu erwerben, wird als Biopiraterie bezeichnet.

Die Kampagne zur Biopiraterie will informieren und Aktionen z.B. vor dem Europäischen Patentamt machen. Sie steht im Kontakt mit Menschen aus den Ländern des Südens, die gegen Biopiraterie kämpfen und will diese Kämpfe hier bekannt machen und um Unterstützung werben.

Kontaktadresse BUKO Agrar Koordination,
Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg,
Tel.: 040-39 25 26, E-Mail: info@biopiraterie.de,
Homepage: www.biopiraterie.de

CCC: Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign)

Die »Kampagne für Saubere Kleidung« will gemeinsam mit KonsumentInnen den Bekleidungshandel zur konkreten Übernahme seiner Verantwortung für humane Arbeitsbedingungen in der weltweiten Bekleidungsindustrie bewegen. Der deutsche Zweig der europaweiten Kampagne hat sich im Sommer 1995 gegründet und besteht aus einem TrägerInnenkreis von derzeit 18 Organisationen – von Nichtregierungsorganisationen inklusive SÜDWIND bis hin zu Gewerkschaften wie der IG-Metall und ver.di – sowie einem aktiven Kreis lokaler und regionaler Gruppen.

Konkrete Ziele der Kampagne sind:

- Die Verpflichtung von in Deutschland tätigen und ansässigen Einzelhandelsunternehmen zur Einhaltung von sozialen Mindeststandards bei der Herstellung aller ihrer Bekleidungsprodukte.
- Das Unterschreiben des von der Kampagne geforderten Verhaltenskodizes durch diese Unternehmen.
- Eine Kontrolle über die Einhaltung der Verhaltenskodizes durch eine unabhängige Instanz.

Wichtigstes Instrument zum Erreichen ihrer Ziele ist der Aufbau von massivem öffentlichen Druck auf Einzelhandelsunternehmen der Bekleidungsbranche, damit sich diese ihrer sozialen Verantwortung stellen.

Zur Zeit laufen Gespräche mit Unternehmen mit dem Ziel einer Unterzeichnung des Arbeitsverhaltenskodex der CCC. Darauf folgen soll eine Pilotphase, in der sich Firmen und ihre Zulieferbetriebe auf eine soziale Produktionsweise umstellen müssen und von einer unabhängigen Instanz kontrolliert werden.

Seit Anfang 2000 gibt es zudem einen Runden Tisch zu Verhaltenskodizes, an dem die Bundesregierung, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und die Wirtschaft gemeinsam über Kodizes beraten. Ziel ist, gemeinsame Empfehlungen für die Ein- und Umsetzung von Verhaltenskodizes auszusprechen.

Kontaktadresse: Kampagne für saubere Kleidung,
Hans-Böckler-Strasse 39, 40476 Düsseldorf,
Tel. 02 11-4 30 13 17, Fax: 02 11-4 30 15 00,
E-mail: ccc-d@dgb-bildungswerk.de,
Homepage: www.saubere-kleidung.de/

erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung

Ab der Mitte der neunziger Jahre formierten sich in mehr als 50 Staaten Bündnisse, die einen Schuldenerlass für hochverschuldete Staaten sowie eine Neuregelung der internationalen Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldnern forderten. Unter Bezug auf Textstellen im Alten Testament forderten die Bündnisse ein »Jubeljahr 2000«, ein »Erlaßjahr 2000«. In Deutschland beteiligten sich in der Zeit zwischen 1997 und Mitte 2001 mehr als 2000 Organisationen an der Kampagnenarbeit.

Als Nachfolgeorganisation von »Erlaßjahr 2000« wurde Mitte des Jahres 2001 das Bündnis »erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschul-

dung« gegründet. Zu den mittlerweile rund 900 Mitträgerorganisationen gehören entwicklungspolitische Organisationen, Landeskirchen, Diözesen, Eine-Welt-Gruppen, Kirchengemeinden und Weltläden in allen Teilen Deutschlands. erlassjahr.de ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk von ähnlichen Kampagnen und Bündnissen in mehr als 50 Ländern im Süden und Norden.

Die Forderungen des Bündnisses gehen über einen Schuldenerlass hinaus hin zu einem vollkommen anderen Verfahren bei den Verhandlungen über Erlasse: Durch die Einführung eines Internationalen Insolvenzverfahrens soll ein als »Faires und Transparentes Schiedsverfahren« (engl. Fair and Transparent Arbitration Process, kurz FTAP) bezeichnetes Rahmenwerk entstehen.

erlassjahr.de verleiht den Forderungen des Bündnisses durch Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyaktivitäten und Aktionen Nachdruck.

Kontaktadresse: erlassjahr.de, Postfach 320520, 40420 Düsseldorf, Tel.: 02 11-46 93 196, Fax: 02 11-4 69 31 97, E-Mail: buero@erlassjahr.de, Homepage: www.erlassjahr.de

→ Fairer Handel

Viele Informationen zu weltwirtschaftlichen Zusammenhängen bekommt man bei den Organisationen, die alternative Handelsstrukturen aufbauen. Zudem können dort fair gehandelte Produkte bezogen werden. Beispielhaft werden hier die beiden größten Organisationen vorgestellt, deren Produkte mittlerweile in vielen Supermärkten sowie in Weltläden erhältlich sind.

Die gepa – Pionier im fairen Handel

Die gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH) mit Sitz in Wuppertal ist die größte Fair-Handelsorganisation in Europa. Als Pionier und langjähriger Marktführerin handelt sie seit 24 Jahren zu fairen Preisen direkt und langfristig mit rund 140 Handelspartnern in Lateinamerika, Afrika und Asien. Im Geschäftsjahr 1998/99 wurde ein Umsatz von 58 Millionen Mark erzielt. Hauptprodukte sind Kaffee, Tee, Honig, Kakao und Schokolade sowie Handwerksprodukte.

Die gepa zahlt den Zusammenschlüssen von Kleinbauern oder Kleinhandwerkern Preise, die die Produktionskosten decken und darüber hinaus Spielraum für Entwicklungsaufgaben wie Schulbau oder Gesundheitsvorsorge lassen. So können die Produzentinnen und Produzenten aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt sichern.

Kontaktadresse: gepa Fair Handelshaus – Zentrale, Gewerbepark Wagner, Bruch 4, 42279 Wuppertal, Tel.: 0202-266830, Fax: 0202-2668310, E-mail: marketing@gepa.org, Homepage: www.gepa3.de

Transfair

1992 startete der gemeinnützige Verein TransFair seine Arbeit mit dem Ziel, benachteiligte Produzentenfamilien in Afrika, Asien und Lateinamerika zu fördern und durch dem Fairen Handel ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dabei handelt TransFair nicht selbst mit Waren, sondern vergibt sein Siegel für fair gehandelte Produkte. Fair bedeutet ein direkter Handel mit den Produzentengruppen unter Ausschluss von Zwischenhändlern, die Zahlung von über dem Weltmarktniveau festgelegten Mindestpreisen, Vorfinanzierung und langfristige Lieferbeziehungen. Dem ersten TransFair besiegelten Produkt Kaffee folgten Tee, Kakao, Zucker, Honig, Bananen und Orangensaft. Jährlich erzielen Waren mit dem TransFair-Siegel, die in 22.000 Geschäften in der Bundesrepublik angeboten werden, einen Gesamtumsatz von über 50 Millionen Euro.

Kontaktadresse: TransFair e.V., Remigiusstr. 21, 50937 Köln, Tel.: 02 21-94 20 40-0, Fax: 02 21-94 20 40-40, E-Mail: info@transfair.org, Homepage: www.transfair.org

(Foto: Frank Zander)

Arbeiterinnen bei der Kaffeeverarbeitung im Honde-Valley/Simbabwe

Fatal Transactions: Kampagne gegen Kriegsdiamanten

Die Kampagne Fatal Transactions wurde von der deutschen Nichtregierungsorganisation medico international gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen gegründet. Ziel ist die Information über die politischen und ökonomischen Hintergründe von Kriegen in Afrika und die Offenlegung der illegalen Ressourcenausbeutung und die Profitinteressen transnationaler Konzerne.

Exemplarisch wurde der florierende Diamantenhandel im kriegszerrütteten Angola unter die Lupe genommen, die Profiteure des Krieges benannt: Transnationale Konzerne, Regierungen, Private Söldnerfirmen, Diamantenmärkte. Das neue Projekt von Fatal Transactions: der Ölhandel in Angola.

Diamanten symbolisieren Glück, Wohlstand und ewige Liebe. Über die Schattenseiten des Handels ist kaum etwas bekannt. In Ländern wie Angola, Sierra Leone oder der Demokratischen Republik Kongo finanzieren Diamanten seit Jahrzehnten andauernde Kriege. Die Nutznießer der milliardenschweren Geschäfte mit Bodenschätzen: internationale Unternehmen, Politiker, Warlords, Waffenhändler und private Söldnerfirmen. Für die Bevölkerung sind die wertvollen Steine zum Symbol für Elend, Massenflucht und Tod geworden. Über die skrupellose Ausbeutung von Bodenschätzen in Afrika informiert medico international als Teil der Kampagne Fatal Transactions. Bei medico können Informationen rund um den Diamantenhandel bestellt werden.

Kontaktadresse: medico international, z.Hd. Anne Jung, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt/M., Tel. 069-944 38 27, Fax 069-43 60 02, E-Mail: jung@medico.de, Homepage: www.medico.de

Handelskampagne: Make Trade Fair

MAKE TRADE FAIR

Am 11. April 2002 startete Oxfam International eine Kampagne zum entwicklungsgerechten Welthandel: Make Trade Fair. Internationaler Handel birgt ein gewaltiges Potenzial für die Überwindung der weltweiten Armut in sich. Allerdings verursachen die gegenwärtigen ungerechten Regeln des Welthandels, dass internationale Handelsbeziehungen die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern. Dadurch verlieren die armen Länder jährlich 100 Milliarden Dollar – das Doppelte von dem, was sie an Entwicklungshilfe erhalten. Damit wird Millionen armer Menschen die Chance genommen, sich aus der Armut zu befreien. Darum fordert Oxfam: »Make Trade Fair«! Umfangreiche Materialien können bei Oxfam bestellt oder von deren Homepage heruntergeladen werden.

Kontaktadresse: Oxfam, z. Hd. Jörn Kalinski,
Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin,
Tel.: 030-42 85 06 23, Fax: 030-42 85 06 22,
E-mail: info@oxfam.de,
Homepage: www.oxfam.de

Kaffeekampagne: Bitter! Armut in der Kaffeetasse

Der dramatische Verfall des Weltmarktpreises für Kaffee hat dazu geführt, dass 25 Millionen Kaffeebäuerinnen und -bauern vor dem Ruin stehen. Zur selben Zeit fahren die großen Kaffee-Konzerne riesige Profite ein. Deshalb ruft Oxfam die Kaffeekonzerne und Regierungen dazu auf, einen weltweiten Rettungsplan für Kaffee zu vereinbaren, damit der Kaffeemarkt für arme und reiche Länder gleichermaßen funktioniert.

Kontaktadresse: siehe vorige Kampagne.

Projekt Mahlzeit

AUFGESCHMECKT!

Mit dieser Kampagne informiert »Brot für die Welt« über die Zusammenhänge zwischen unserem Konsumverhalten und der Welternährungssituation. Qualität auf unseren Tellern bedeutet, dass Lebensmittel gesund sind und gut schmecken. Qualität bedeutet aber auch, dass beim Anbau und bei der Verarbeitung dieser Lebensmittel soziale und ökologische Mindeststandards berücksichtigt werden – und das weltweit.

Unter dem Motto »ökofaire Gerichte auf den Speiseplan« will die Kampagne Großküchen, Kantinen und Menschen dafür gewinnen, mehr ökologische und fair gehandelte Produkte einzusetzen. Rezepte, Tipps und Adressen bietet die Homepage www.projekt-mahlzeit.de. Dort können weitere Medien zur Gestaltung von Veranstaltungen und Aktionswochen sowie für die Bildungsarbeit bestellt werden.

Der neue Schwerpunkt »Aufgeschmeckt!« im Rahmen des Projekts Mahlzeit richtet sich speziell an Kinder und Jugendliche, denn sie sind nicht nur die VerbraucherInnen von morgen, sondern haben bereits heute durch ihren eigenen Konsum wachsende Anteile am Markt und beeinflussen das Kaufverhalten der Eltern. Zentrales Medium ist die Homepage www.aufgeschmeckt.de. Neben Rezepten, Ernährungsquiz und Spielen finden jugendliche (und erwachsene) Surfer dort interessante Informationen in leicht verdaulichen Portionen.

Kontaktadresse:
Homepage: www.projekt-mahlzeit.de/
und www.aufgeschmeckt.de/; Brot für die Welt,
Stafflenbergstr. 76, 70184 Stuttgart,
Tel.: 07 11-21 59-0, Fax: 07 11-21 59-288

(Foto: Frank Zander)

Geschäft für Audio-Geräte in Phnom-Penh/Kambodscha

5.4 Weiterführende Literatur

ActionAid 2002: Farmgate – The development impact of agricultural subsidies (http://www.actionaid.org/resources/pdfs/farmgate.pdf)

Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit 1999: Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1998

Barmen 1934: Theologische Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen, 29.–31 Mai 1934, in: Evangelisches Gesangbuch, Verlagsgemeinschaft 1996, S. 1377–1380

Bhagwati, J., 1958: Immiserizing Growth: A Geometrical Note, in Review of Economic Studies, Bd. 25, 1958

Barth, Karl 1999: Das christliche Leben, Fragmente aus dem Nachlass, Gesamtausgabe II, Band 7, Theologischer Verlag Zürich 199

BIZ 2002 (Bank für internationalen Zahlungsausgleiche): 71. Jahresbericht, 1. April 2000 – 31. März 2001, Basel 2002 (http://www.bis.org/publ/arpdf/ar2002e.pdf)

Brecht, Berthold 1968: Gesammelte Werke 12, Frankfurt/Main 1968

Brot für die Welt (Hrsg.) 2000: Von Gen-Piraten und Patenten, Frankfurt 2000

Curtis, Mark 2001: Trade for Life – Making Trade work for poor People, hrsg. von Christian Aid, London 2001

Die deutschen Bischöfe 1983: Gerechtigkeit schafft Frieden, Hirtenschreiben 34, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1983

Die deutschen Bischöfe 2000: Gerechter Friede, Hirtenschreiben 66, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2000

Eberlei, Walter 2002: Entwicklungspolitik finanzieren: Der Einzelplan 23 des BMZ, in: Welthungerhilfe / terre des hommes (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Zehnter Bericht 2001/2002 (http://www.oneworldweb.de/tdh/materialien/files/shadow2002.pdf)

Eppler, Erhard 2002: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Frankfurt 2002

Deutscher Bundestag 2002: Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten«, 14. Wahlperiode, Schlussbericht, 12.6.2002 (http://www.bundestag.de/globalisierung sowie http://dip.bundestag.de/btd/14/092/1409200.pdf)

Deutscher Bundestag 2002a: Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten«, 14. Wahlperiode, Kurzfassung des Abschlussberichtes, 24.6.2002 (http://www.bundestag.de/gremien/welt/sb_glob_kurz.pdf)

Galtung, J. 1998: Frieden mit friedlichen Mitteln, Opladen, 1998

Gaudium et Spes 1989: »Pastoralkonstitution des 2. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute, 7.12.1965«, in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands KAB (Hrsg.),Texte zur katholischen Soziallehre, Ketteler Verlag Köln 1989, 7. Auflage, S. 331–435

Grossman, Angela / Scherrer, Beate 2002: Die Verwirklichung der Milleniumsziele für Kinder, in: Welthungerhilfe / terre des hommes (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Zehnter Bericht 2001/2002 (http://www.oneworldweb.de/tdh/materialien/files/shadow2002.pdf)

Hazeleger, Barend 2001: EU sugar policy – assessment of current impact and future reform, Agrapen 2001

Heidel, Klaus 2002: Deutschland: Immer weniger Geld für die Ärmsten – Direktinvestitionen und Handel können öffentliche Entwicklungszusammenarbeit nicht ersetzen, in: Social Watch Report 2002 – Soziale Entwicklung in den Zeiten der Globalisierung, Nr. 2, S. 16–23, Bonn 2002

Huffschmid, Jörg 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 2002

Huhn, Karsten 2002: Das süßeste Kartell der Welt, in: Die Zeit Nr. 43, 17.10.2002

Hütz-Adams, Friedel 2003: XXXXXXXX in: Möwe (Hrsg.): Globalisierung – es geht auch anders, Dortmund 2003

ILO 2001: International Labour Office: World Employment Report 2001

INEF 1999 (Hrsg.): Die globalen Währungs- und Finanzmärkte nach der Asienkreise: Reformbedarf und politische Hemmnisse, INEF-Report Heft 41/1999

IWF 2001: Trade Policy Conditionality in Fund-Supported Programs – Prepared by the Policy Development and Review Department, February 16, 2001 (http://www.imf.org/external/np/pdr/cond/2001/eng/trade)

IWF 2002: The Enhanced HIPC Initiative and the Achievement of Long-Term External Debt Sustainability, April 15, 2002 (www.imf.org/external/np/hipc/2002/lteds/041502.pdf

IWF / Weltbank 2002: International Monetary Fund and the World Bank: Market Access for Developing Country Exports – Selected Issues, Septemter 27, 2002 (http://www.worldbank.org/annualmeetings/mktaccess.pdf)

Kaldor, Mary 2000: Neue und alte Kriege – Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt 2000

Keßler, Wolfgang 2002: Weltbeben – Auswege aus der Globalisierungsfalle, Oberursel 2002

Klein, Naomi 2000: No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit Verlierern und Gewinnern, München 2000

Korneffel, P. / Tenbrock, C. / Uchatius, W. 2002: Kaffee ist ihr Schicksal, Die Zeit Nr. 49, 28.11.2002, Seite 19–20

Kürschner-Pelkmann, Frank 2002: EMW (Hrsg.) Weltmission heute 47: Wasser – Gottes Gabe, keine Ware. Wasserwirtschaft in Zeiten der Globalisierung

Kwa, Aileen 2002: Power Politics in the WTO, herausgegeben von »Focus on the Global South«, Bangkok, November 2002 (http://www.focusweb.org/publications/Books/power-politics-in-the-WTO.pdf)

Martin, Hans-Peter / Schuman, Harald 1997: Die Globalisierungsfalle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Hamburg 1997

Melamed Claire 2002,: What Works? Trade, Policy and Development, July 2002 (http://www.christian-aid.org.uk/indepth/0207trad/whatwork.pdf)

Münkler, Herfried 2002: Die neuen Kriege, Hamburg 2002

Murphy, Sophia 2002, Ernährungssicherheit und die WTO (http://www.misereor.de/download/wto/food_security_and_trade_deutsch.pdf)

Oxfam International 2002 (Hrsg.): Rigged Rules and Double Standes: trade, globalisiation, and the fight against poverty, London 2002

Oxfam 2002a: Bitter! Armut in der Kaffeetasse, Berlin 2002

Oxfam 2002b: Cultivating Poverty – The Impact of US Cotton Subsidies on Africa (http://www.oxfam.org.uk/policy/papers/30cotton/30Cotton.pdf)

Oxfam 2002c: The Great EU Sugar Scam – How Europe's sugar regime is devastating livelihoods in the developing world (http://www.oxfam.org/eng/pdfs/EU_Sugar_Scam.pdf)

Posern, Thomas 2002: Theologische Zugänge zum Phänomen »Strukturelle Gewalt«, in: Evangelischer Pressedienst epd-Dokumentation Nr. 6, Theologie und Gewalt, Frankfurt am Main, 4. Februar 2002, S. 61–67

Reichel, Jürgen 2002: Das Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung: Absichtserklärung, aber noch kein Programm, in: Social Watch Report 2002 – Soziale Entwicklung in den Zeiten der Globalisierung, Nr. 2, S. 12–15, Bonn 2002

Rose, Dr. Klaus 1989: Theorie der Außenwirtschaft, 10. Auflage, München 1989

Schmid, Klaus Peter 2002: Schlechte Zeiten für Schwarzbunte, in: Die Zeit Nr. 30, 18.7.2002

Soros, George 1998: Die Krise des Globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1998

Stiglitz, Joseph 2002: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002

SÜDWIND 2000 (Hrsg.): Das Kreuz mit dem Faden – Indonesierinnen nähen für deutsche Modemultis, Siegburg 2000

SÜDWIND 2001 (Hrsg.): Armutsbekämpfung durch die Gläubiger. Erfahrungsberichte aus 11 Ländern, Siegburg, 2001

SÜDWIND / EED 2002 (Hrsg.): Schuldenkrise in Argentinien – Wer zahlt die Zeche?«, Bonn/ Siegburg 2002

Uchatius, Wolfgang 2002: Vorsicht, Globalisierungslügner! Die Zeit Nr. 31/2002

UNCTAD 2002 (United Nations Conference on Trade and Development): Trade and Development Report, 2002 – Developing Countries in World Trade, Genf / New York 2002

UNCTAD 2002a (United Nations Conference on Trade and Development): World Investment Report 2002 – Transnational Corporations and Export Competitiveness, Genf / New York 2002

UNCTAD 2002b (United Nations Conference on Trade and Development): The Least developed Countries – Report 2002, Genf / New York 2002

UNCTAD 2002c: Handbook of Statistics 2002 Online (http://www.unctad.org/statistics/ handbook)

UNDP 2002 (: United Nations Development Program) (Hrsg.): Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, Bonn 2002

UNFPA 2002 (United Nations Population Fund):Weltbevölkerungsbericht 2002 – Wege aus der Armut: Menschen, Chancen und Entwicklung, hrsg. von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Stuttgart 2002

UNIFEM 2000 (United Nations Development Fund for Women): Progress of the Worlds Women

WEED 2001: Devisenumsatzsteuer – ein Konzept mit Zukunft, Bonn 2001

Weinreich, Sonja 2002: Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit am Beispiel des Zugangs zu antiretroviralen Medikamente für die Aids-Behandlung, in: Social Watch Report 2002 – Soziale Entwicklung in den Zeiten der Globalisierung, Nr. 2, S. 24–27, Bonn 2002

Weltbank 2002: World Development Indicators 2002 (http://www.worldbank.org/data/ wdi2002/)

Weltbank 2002a: GDF Global Development Finance 2002, CD-Rom

Wick, Ingeborg 2001: Workers' tool or PR ploy? A guide to codes of international labour practice«, hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung und SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene, Siegburg/Bonn 2001

Wolfe, Tom 1990, Fegefeuer der Eitelkeiten, München 1990

WTO 2002: International Trade Statistics, 2002 – Trade by Sektor 2001 (http://www.wto.org/ english/res_e/statis_e/its2002_e/ its02_bysector_e.htm)

WTO 2002 a: WTO agriculture Negotiations – The issues, and where we are now, Fassung vom 21.10.2002 (http://www.wto.org/ english/tratop_e/agric_e/ agnegs_bkgrnd_e.doc)

Passanten im Teeanbaugebiet Honde-Valley/Simbabwe

(Foto: Frank Zander)

Glossar

Anleihe: Schuldverschreibung, Obligation; i.d.R. zur langfristigen Schuldaufnahme am in- und ausländischen Kapitalmarkt; meist mit fester Zinsrate.

Bonds: → Anleihe

BIP: (Bruttoinlandsprodukt). Das BIP gibt an, wie viel Waren und Dienstleistungen eine Nation in einem bestimmten Zeitraum »produziert«, und ist damit eine der wichtigsten ökonomischen Kennziffern.

GATT: WTO Vertragswerk über den Warenhandel → Seite 34 f.

GATS: WTO Vertragswerk über Handel mit Dienstleistungen → Seite 34 ff.

G7/G8: Gruppe der sieben führenden Industriestaaten (G7) [und Russland (G8)] der Welt, deren Vertreter seit 1975 einmal jährlich zum »Weltwirtschaftsgipfel« zusammenkommen. Im Kern geht es bei den Treffen der G-7-Staaten um wirtschafts- und währungspolitische Fragen zur Lage der Weltwirtschaft sowie um spezielle, wirtschaftsrelevante Probleme, wie z. B. Energiepolitik, Auslandsverschuldung, Arbeitslosigkeit, internationaler Drogen- und Waffenhandel. Hierzu halten die Teilnehmer die Beratungsergebnisse jeweils in einer Abschlusserklärung fest, die u. a. Leitlinien für die Wirtschafts- und Geldpolitik der G-7-Länder enthält.

G77: Die Gruppe der 77 wurde 1964 von 77 Entwicklungsländern mit der Unterschreibung der »Gemeinsamen Deklaration der 77 Staaten« gegründet anlässlich der ersten Sitzung der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) in Genf. Zur Zeit besteht die Gruppe der 77 aus 133 Ländern und ist somit die größte Dritte-Welt-Organisation, welche die gemeinsamen wirtschaftlichen Anliegen der Entwicklungsländer im UN-System vorträgt und die ökonomische (ECDC) und technische Kooperation (TCDC) zwischen den Ländern fördert.

HIPC-Initiative: Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben 1996 erstmals den Vorschlag gemacht, dass eine Gruppe von hochverschuldeten armen Ländern (Heavily Indebted Poor Countries) im Rahmen der HIPC-Initiative einen Schuldenerlass bekommen soll, der alle Kredite einbezieht.

HIPC II (»Kölner Schuldeninitiative«): Die »Kölner Schuldeninitiative« sieht eine deutliche Erweiterung der HIPC-Initiative vor (HIPC II). Die G7-Regierungen haben beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln im Juni 1999 beschlossen, die Belastbarkeitsgrenze der Länder für die Rückzahlung ihrer Schulden weiter zu senken. Angestoßen wurde auch eine Reform der Bedingungen für Schuldenerlasse. Die Bindung von Erlassen an die Durchführung von Armutsbekämpfungsprogrammen und die Einbeziehung weiter Teile der Zivilgesellschaft in die Formulierung dieser Programme berühren zentrale Schwächen der bisherigen Strukturanpassungsprogramme.

ILO: Internationale Arbeitsorganisation (ILO: International Labour Office), UN Sonderorganisation in Genf, zuständig für die Entwicklung von Vorschlägen für die weltweite Verbesserung der Arbeitsbedingungen, darunter die Vereinbarung und Überwachung international gültiger Mindeststandards in den Arbeitsbeziehungen (Löhne, Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Gewerkschaftsfreiheit etc.)

Internationaler Währungsfonds (IWF): Der Internationale Währungsfonds wurde 1944 gegründet, um Staaten bei akuten Zahlungsschwierigkeiten kurzfristig aus der Not zu helfen. Inzwischen haben fast alle Staaten Anteile am Internationalen Währungsfonds. Bei allen wichtigen Entscheidungen ist jedoch zu beachten, dass sich die Stimmrechte am Anteil der jeweiligen Staaten an den Einlagen orientieren (Details siehe Seite 59 ff.).

Kölner Schuldeninitiative: → HIPC II

Konzessionäre Kredite (»weiche« Kredite): Kredite, die im Rahmen der → öffentlichen Entwicklungshilfe zu besonders günstigen Bedingungen vergeben werden. In der Regel haben sie besonders niedrige Zinssätze, eine sehr lange Laufzeit und eine hohe Anzahl von Freijahren.

Kurzfristige Kredite: Kredite mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Langfristige Kredite: Schulden mit einer Tilgungszeit von mehr als einem Jahr. Es gibt drei Kategorien von langfristigen Schulden: → Öffentliche Schulden, → öffentlich garantierte Schulden und → private nicht-garantierte Schulden.

LCD: (least-developed countries). Am wenigsten entwickelte Länder, insgesamt 49 Staaten.

Londoner Club: Rund 1000 Gläubigerbanken haben sich im »Londoner Club« informell zusammengeschlossen und regeln bei Zahlungsschwierigkeiten die Umschuldung von privaten Forderungen. Auch hier gibt es keine festen Regeln und keine Ansprüche der Schuldner auf Erlasse. Ein Lenkungsausschuss der Banken führt die Verhandlungen. In der Regel müssen Zinsen vollständig beglichen werden. Nur die eigentliche Kreditsumme kann umgeschuldet werden. Für eine Verlängerung der Rückzahlungszeiträume nehmen die Banken in der Regel einen Zinssatz, der über dem aktuellen Marktzins liegt, sowie eine Bearbeitungsgebühr.

Moratorium: Das Aussetzen von Schuldendienstzahlungen für einen festgesetzten Zeitraum. Das Moratorium kann sich sowohl auf Zinszahlungen als auch auf die Tilgungen beziehen. Ausgesetzte Schuldendienstzahlungen müssen in der Regel zu einem späteren Zeitpunkt zurückbezahlt werden.

OECD: (Organisation for Economic Cooperation and Development). Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wurde 1961 zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik ihrer Mitgliedsstaaten gegründet. Darüber hinaus ist sie u.a. in den Gebieten des Handels, des Kapitalverkehrs und der Entwicklungspolitik tätig. Mitglieder der OECD sind zur Zeit 30 Industrie- und Schwellenländer, darunter die EU-Staaten, die Türkei, Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland und Nordamerika.

Öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA): Öffentliche Gelder zur Entwicklungsfinanzierung aus den Haushalten der Industrienationen oder multilateraler Institutionen. Diese Gelder haben folgende Besonderheiten: a) sie tragen zur ökonomischen Entwicklung bei (nicht hinzu gezählt werden Militärhilfe, Privatinvestitionen und → öffentlich garantierte Exportkredite), b) sie haben ein Zuschusselement von mindestens 25% gegenüber kommerziellen Kreditbedingungen. Einige Länder, darunter die Schweiz und einige skandinavische Länder vergeben ihre Entwicklungshilfe als reinen Zuschuss, d.h. nicht in Form von Krediten.

Öffentliche Schulden: Auslandsverbindlichkeiten eines öffentlichen Schuldners. Dieser kann sowohl die Zentralregierung, eine ihr untergeordnete oder eine autonome öffentliche Körperschaft sein.

Öffentlich verbürgte (garantierte) Schulden: Auslandsverbindlichkeiten privater Schuldner, die von einer öffentlichen Körperschaft des Schuldnerstaates garantiert, d.h. bei Nichtbezahlung des privaten Schuldners übernommen werden.

ÖRK: Der 1948 gegründete Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) ist ein Zusammenschluss von rund 400 Millionen Christen, vertreten durch mehr als 340 Kirchen, Denominationen und Gemeinschaften in 120 Ländern und Gebieten in der ganzen Welt.

Pariser Club: Informeller Zusammenschluss, in dem seit 1956 die öffentlichen Gläubigerregierungen über ihre Forderungen an die Länder des Südens verhandeln. Bei Zahlungsschwierigkeiten eines Schuldners treffen sich in Paris die Regierungen, die bilaterale Forderungen an das betreffende Land haben, und beschließen ihr weiteres Vorgehen. Der Schuldner wird angehört, ist von der

Entscheidung über das »ob« und das »wie« von Erlass und Umschuldung aber ausgeschlossen.

Schuldendienst: Jährliche Zahlungen an Tilgung und Zinsen der aufgenommenen Kredite.

Strukturanpassungsprogramm (SAP): Mit dem Begriff »Strukturanpassungsprogramm« (SAP) wird ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen bezeichnet, die die Länder der Dritten Welt und Osteuropas im Gegenzug für Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank seit Beginn der 80er Jahre durchführen. Die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen ist darüber hinaus auch die Voraussetzung für einen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative. Die haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben (sog. Konditionalitäten) der Programme stellen weitreichende Eingriffe in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Kredit nehmenden Länder dar.

TRIPS: WTO-Vertragsblock über Patentrechte, Urheberrechte, Marken, usw. → Seite 34 ff.

Umschuldung: Instrument, das die Schuldendienstzahlungen neu regelt. Eine Umschuldung kann mittels einer bloßen Streckung der Zahlungen auf einen längeren Zeitraum als dem ursprünglich vereinbarten erfolgen oder aber in Verbindung mit einem partiellen Schuldenerlass oder einer → Schuldenumwandlung ausgesprochen werden.

UN: Vereinte Nationen. Auch UNO (United Nations Organisation).1945 als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes gegründet. Ziel: Erhaltung eines dauerhaften Friedens in der Welt.

UNCTAD: Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development), zuständig für die Formulierung einer Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen und Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

UNDP: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP: United Nations Development Program), Koordinierung aller UN-Hilfsprogramme. Arbeitsschwerpunkte sind die Armutsbekämpfung, die Regenerierung der Umwelt, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Gleichstellung der Frau.

UNFPA: Fonds für bevölkerungspolitische Maßnahmen (UNFPA: United Nations Population Fund), Unterorganisation der UNDP. Zuständig für die Formulierung, Durchführung und Auswertung bevölkerungspolitischer Maßnahmen.

UNIDO: (United Nations Industrial Development Organisation), UN-Organisation für industrielle Entwicklung. Hauptziel ist die Förderung und Beschleunigung des industriellen Wachstums in den Entwicklungsländern und die Koordinierung der UN-Tätigkeiten auf diesem Gebiet.

Weltbank: Die »Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung«, kurz Weltbank genannt, wurde zusammen mit dem IWF 1944 gegründet. Ähnlich wie beim à IWF müssen Anteile erworben werden, um dann ein Mehrfaches dieser Anteile als Kredit anfordern zu können. Auch die Stimmrechte sind ähnlich verteilt wie beim IWF. Ein Land kann nur dann Mitglied der Weltbank werden, wenn es auch Mitglied des IWF ist. Die Weltbank ist mittlerweile für viele Entwicklungsländer der mit Abstand größte Kreditgeber.

WTO: World Trade Organisation, löste 1995 das GATT ab, als institutionelle Dachorganisation vieler Abkommen, darunter Warenhandel (GATT), Handel mit Dienstleistungen (GATS) und Patente, Urheberrechte, Marken usw. (TRIPS). Ziel ist die Organisation der Welthandelsbeziehungen nach für alle derzeit 144 Mitgliedsstaaten verbindlichen Regeln. Die WTO setzt sich für die Liberalisierung des Marktes und den Abbau der Zölle und der Handelsbeschränkungen ein (Details siehe Seite 34 ff.).

SÜDWIND – forscht für gerechte Wirtschaftsbeziehungen....

Die Arbeit von SÜDWIND gründet auf der Überzeugung, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Reichtum in den Industrieländern und der Armut breiter Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern gibt.

In zahlreichen Forschungsbereichen weisen die SÜDWIND-Studien nach, dass wir in Deutschland – die Politik, Wirtschaft und auch die VerbraucherInnen – eine Mitverantwortung für Missstände in Entwicklungsländern haben.

Über die Analyse der Probleme hinaus sucht SÜDWIND auch nach Handlungsmöglichkeiten: Wie kann die Situation im Interesse der Armen hin zu weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit geändert werden?

... und erarbeitet Aktionsvorschläge

Unsere Lösungsvorschläge sind vielfältig. Dazu gehören:

- Öffentlichkeitsarbeit, um Unternehmen oder politische Entscheidungsträger unter Druck zu setzten.
- direkte Verhandlungen mit den Verantwortlichen,
- Kooperation mit sowie Zuarbeit zu Kampagnen wie »erlassjahr.de«, der »Bananen-Kampagne« oder der »Kampagne für Saubere Kleidung«.

SÜDWIND arbeitet dabei eng mit anderen Instituten, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Initiativen, Verbänden und Gemeinden zusammen, in Deutschland und weltweit.

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg
Tel.: 02241 / 536 17 oder 02241-678 01
Fax: 02241/51308
Email: info@suedwind-institut.de
Homepage: www.suedwind-institut.de

Dekade zur Überwindung von Gewalt

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), ein Zusammenschluss von rund 400 Millionen Christen vertreten durch mehr als 340 Kirchen, Denominationen und Gemeinschaften in 120 Ländern und Gebieten in der ganzen Welt, hat für die Jahre 2000 bis 2010 eine **Dekade zur Überwindung von Gewalt** ausgerufen. Dazu ist mittlerweile auch eine Vielzahl von Materialien erschienen.

Kontaktadresse: Dekade zur Überwindung von Gewalt, Ökumenischer Rat der Kirchen, Postfach 2100, 1211 Genf 2, Schweiz,
Tel. 0041-22-791 60 47 Fax 0041-22-791 64 09
E-Mail dov@wcc-coe.org,
Homepage: www2.wcc-coe.org/dov.nsf/fs_standard_ge

Schriften der katholischen Kirche

Eine Reihe von Stellungnahmen von Papst Johannes Paul II. wie auch der deutschen Bischofskonferenz äußert sich dezidiert zu weltwirtschaftlichen Fragestellungen.

Kontaktadresse: Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Bonner Talweg 177,
53129 Bonn, Tel: 0228-103 205, Fax 0228-103 330, E-Mail: Sekretariat@dbk.de,
Homepage: http://dbk.de

Internationale Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zu Gunsten der Kinder der Welt (2001–2010) der Vereinten Nationen

Die von den Vereinten Nationen ausgerufene Dekade wird vor allem von der UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation) thematisiert.

Kontaktadresse: UNESCO: Colmantstraße 15, 53115 Bonn, Tel. 0228-60 497 0,
Fax: 0228-60 497 30, E-Mail: info@unesco.de,
Internet: www.unesco.org/iycp sowie www.uno.de/frieden/kultur/

SÜDWIND Edition
Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen
Band 1:

Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung?

Die Rolle der Weltorganisationen

Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation sind für viele Menschen in Deutschland lediglich anonyme multilaterale Institutionen, deren Namen sie hin und wieder in den Nachrichten hören. Doch so unscheinbar diese Organisationen auch wirken: Sie legen weit den Rahmen für die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen fest. Vor allem die Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern haben mehr und mehr den Eindruck, dass ihre Regierungen nur noch einen geringen Einfluss auf die eigene Wirtschaftsschafts- und Finanzpolitik haben – und dass die wichtigen Entscheidungen von anderen gefällt werden.

Hier setzt die SÜDWIND-Edition „Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen" an. Im vorliegenden ersten Band wird einführend definiert, was „strukturelle Gewalt" bedeutet. Darauf aufbauend folgen Anregungen für eine ethische Auseinandersetzung mit Wirtschaftsfragen auf dem Hintergrund biblischer Tradition.

Der dritte Teil beginnt mit einer Darstellung der wachsenden Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd. Dies leitet zur Frage über, welche Rolle der Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen bei der Reduzierung der Armut spielen kann. Es folgt eine Analyse der Machtverhältnisse im Nord-Süd-Handel sowie bei den internationalen Finanzgeschäften.

In beiden Feldern zeigt sich, dass die reichen Staaten weltweit die Rahmenbedingungen zu ihren eigenen Gunsten bestimmen. Daher werden Vorschläge für eine Reform von Institutionen und Wirtschaftsbeziehungen gemacht.

Der Band schließt mit Vorschlägen, wie die Leserinnen und Leser selbst aktiv werden können.

Sechs Broschüren sind geplant

Der vorliegende Band ist der erste einer ganzen Reihe, die in den nächsten beiden Jahren erscheinen wird:

1. **Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen**
2. **Argentinien: Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise** – erscheint im Sommer 2003
3. **Kongo-Region: Staatszerfall, Wirtschaftsinteressen und Bürgerkrieg** – erscheint im Herbst 2003
4. **Kamerun: Zivilgesellschaftliche Beteiligung am Armutsbekämpfungsprogramm** – erscheint Ende 2003
5. **Indonesische Weltmarktfabriken: Frauenarbeit im Akkord** – erscheint im Frühjahr 2004
6. **Gewalt und Drogen am Beispiel des »Plan Colombia«** – erscheint Ende 2004

Flankierend zu den Broschüren gibt es noch online-Materialien, Folien für Vorträge, power-point-Präsentationen, Plakate und Seminarangebote.

ISBN: 3-929704-20-X

Literatur: Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung

A

ActionAid 2002: Farmgate – The development impact of agricultural subsidies (http://www.actionaid.org/resources/pdfs/farmgate.pdf)

Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit 1999: Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1998

B

Barmen 1934: Theologische Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen, 29.31 Mai 1934, in: Evangelisches Gesangbuch, Verlagsgemeinschaft 1996, S. 1377–1380

Bhagwati, J., 1958: Immiserizing Growth: A Geometrical Note, in Review of Economic Studies, Bd. 25, 1958

Barth, Karl 1999: Das christliche Leben, Fragmente aus dem Nachlass, Gesamtausgabe II, Band 7, Theologischer Verlag Zürich 199

BIZ 2002 (Bank für internationalen Zahlungsausgleiche): 71. Jahresbericht, 1. April 2000 – 31. März 2001, Basel 2002 (http://www.bis.org/publ/arpdf/ar2002e.pdf)

Brecht, Berthold 1968: Gesammelte Werke 12, Frankfurt/Main 1968

Brot für die Welt (Hrsg.) 2000: Von Gen-Piraten und Patenten, Frankfurt 2000

C

Curtis, Mark 2001: Trade for Life – Making Trade work for poor People, hrsg. von Christian Aid, London 2001

D

Die deutschen Bischöfe 1983: Gerechtigkeit schafft Frieden, Hirtenschreiben 34, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1983

Die deutschen Bischöfe 2000: Gerechter Friede, Hirtenschreiben 66, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2000

E

Eberlei, Walter 2002: Entwicklungspolitik finanzieren: Der Einzelplan 23 des BMZ, in: Welthungerhilfe / terre des hommes (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Zehnter Bericht 2001/2002 (http://www.oneworldweb.de/tdh/materialien/files/shadow2002.pdf)

Eppler, Erhard 2002: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Frankfurt 2002

Deutscher Bundestag 2002: Enquête-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten«, 14. Wahlperiode, Schlussbericht, 12.6.2002 (http://www.bundestag.de/globalisierung sowie http://dip.bundestag.de/btd/14/092/1409200.pdf)

Deutscher Bundestag 2002a: Enquête–Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten«, 14. Wahlperiode, Kurzfassung des Abschlussberichtes, 24.6.2002 (http://www.bundestag.de/gremien/welt/sb_glob_kurz.pdf)

G

Galtung, J. 1998: Frieden mit friedlichen Mitteln, Opladen, 1998

Gaudium et Spes 1989: »Pastoralkonstitution des 2. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute, 7.12.1965«, in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands KAB (Hrsg.),Texte zur katholischen Soziallehre, Ketteler Verlag Köln 1989, 7. Auflage, S. 331–435

Grossman, Angela / Scherrer, Beate 2002: Die Verwirklichung der Milleniumsziele für Kinder, in: Welthungerhilfe / terre des hommes (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Zehnter Bericht 2001/2002 (http://www.oneworldweb.de/tdh/materialien/files/shadow2002.pdf)

H

Hazeleger, Barend 2001: EU sugar policy – assessment of current impact and future reform, Agrapen 2001

Heidel, Klaus 2002: Deutschland: Immer weniger Geld für die Ärmsten – Direktinvestitionen und Handel können öffentliche Entwicklungszusammenarbeit nicht ersetzen, in: Social Watch Report 2002 – Soziale Entwicklung in den Zeiten der Globalisierung, Nr. 2, S. 16–23, Bonn 2002

Huffschmid, Jörg 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 2002

Huhn, Karsten 2002: Das süßeste Kartell der Welt, in: Die Zeit Nr. 43, 17.10.2002

Hütz-Adams, Friedel 2003: Wirtschaftliche Gewalt, in: Möwe (Hrsg.): Globalisierung – es geht auch anders, Dortmund 2003

I

ILO 2001: International Labour Office: World Employment Report 2001

INEF 1999 (Hrsg.): Die globalen Währungs- und Finanzmärkte nach der Asienkreise: Reformbedarf und politische Hemmnisse, INEF-Report Heft 41/1999

IWF 2001: Trade Policy Conditionality in Fund-Supported Programs – Prepared by the Policy Development and Review Department, February 16, 2001 (http://www.imf.org/external/np/pdr/cond/2001/eng/trade)

IWF 2002: The Enhanced HIPC Initiative and the Achievement of Long-Term External Debt Sustainability, April 15, 2002 (www.imf.org/external/np/hipc/2002/lteds/041502.pdf

IWF / Weltbank 2002: International Monetary Fund and the World Bank: Market Access for Developing Country Exports – Selected Issues, Septemter 27, 2002 (http://www.worldbank.org/annualmeetings/mktaccess.pdf)

K

Kaldor, Mary 2000: Neue und alte Kriege – Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt 2000

Keßler, Wolfgang 2002: Weltbeben – Auswege aus der Globalisierungsfalle, Oberursel 2002

Klein, Naomi 2000: No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit Verlierern und Gewinnern, München 2000

Korneffel, P. / Tenbrock, C. / Uchatius, W. 2002: Kaffee ist ihr Schicksal, Die Zeit Nr. 49, 28.11.2002, Seite 19–20

Kürschner-Pelkmann, Frank 2002: EMW (Hrsg.) Weltmission heute 47: Wasser – Gottes Gabe, keine Ware. Wasserwirtschaft in Zeiten der Globalisierung

Kwa, Aileen 2002: Power Politics in the WTO, herausgegeben von »Focus on the Global South«, Bangkok, November 2002 (http://www.focusweb.org/publications/Books/power-politics-in-the-WTO.pdf)

M

Martin, Hans-Peter / Schuman, Harald 1997: Die Globalisierungsfalle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Hamburg 1997

Melamed, Claire 2002: What Works? Trade, Policy and Development, July 2002

(http://www.christian-aid.org.uk/indepth/0207trad/whatwork.pdf)

Münkler, Herfried 2002: Die neuen Kriege, Hamburg 2002

Murphy, Sophia 2002: Ernährungssicherheit und die WTO (http://www.misereor.de/download/wto/food_security_and_trade_deutsch.pdf)

O

Oxfam International 2002 (Hrsg.): Rigged Rules and Double Standes: trade, globalisiation, and the fight against poverty, London 2002

Oxfam 2002a: Bitter! Armut in der Kaffeetasse, Berlin 2002

Oxfam 2002b: Cultivating Poverty – The Impact of US Cotton Subsidies on Africa (http://www.oxfam.org.uk/policy/papers/30cotton/30Cotton.pdf)

Oxfam 2002c: The Great EU Sugar Scam – How Europes sugar regime is devastating livelihoods in the developing world (http://www.oxfam.org/eng/pdfs/EU_Sugar_Scam.pdf)

P

Posern, Thomas 2002: Theologische Zugänge zum Phänomen »Strukturelle Gewalt«, in: Evangelischer Pressedienst epd-Dokumentation Nr. 6, Theologie und Gewalt, Frankfurt am Main, 4. Februar 2002, S. 61–67

R

Reichel, Jürgen 2002: Das Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung: Absichtserklärung, aber noch kein Programm, in: Social Watch Report 2002 – Soziale Entwicklung in den Zeiten der Globalisierung, Nr. 2, S. 12–15, Bonn 2002

Rose, Dr. Klaus 1989: Theorie der Außenwirtschaft, 10. Auflage, München 1989

S

Schmid, Klaus Peter 2002: Schlechte Zeiten für Schwarzbunte, in: Die Zeit Nr. 30, 18.7.2002

Soros, George 1998: Die Krise des Globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1998

Stiglitz, Joseph 2002: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002

SÜDWIND 2000 (Hrsg.): Das Kreuz mit dem Faden – Indonesierinnen nähen für deutsche Modemultis, Siegburg 2000

SÜDWIND 2001 (Hrsg.): Armutsbekämpfung durch die Gläubiger? Erfahrungsberichte aus 11 Ländern, Siegburg, 2001

SÜDWIND / EED 2002 (Hrsg.): Schuldenkrise in Argentinien – Wer zahlt die Zeche?«, Bonn/Siegburg 2002

U

Uchatius, Wolfgang 2002: Vorsicht, Globalisierungslügner! Die Zeit Nr. 31/2002

UNCTAD 2002 (United Nations Conference on Trade and Development): Trade and Development Report, 2002 – Developing Countries in World Trade, Genf / New York 2002

UNCTAD 2002a (United Nations Conference on Trade and Development): World Investment Report 2002 – Transnational Corporations and Export Competitiveness, Genf / New York 2002

UNCTAD 2002b (United Nations Conference on Trade and Development): The Least developed Countries – Report 2002, Genf / New York 2002

UNCTAD 2002c (United Nations Conference on Trade and Development): Handbook of Statistics 2002 Online (http://www.unctad.org/statistics/handbook)

UNDP 2002 (United Nations Development Program) (Hrsg.): Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, Bonn 2002

UNFPA 2002 (United Nations Population Fund): Weltbevölkerungsbericht 2002 – Wege aus der Armut: Menschen, Chancen und Entwicklung, hrsg. von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Stuttgart 2002

UNIFEM 2000 (United Nations Development Fund for Women): Progress of the Worlds Women

W

WEED 2001: Devisenumsatzsteuer – ein Konzept mit Zukunft, Bonn 2001

Weinreich, Sonja 2002: Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit am Beispiel des Zugangs zu antiretroviralen Medikamente für die Aids-Behandlung, in: Social Watch Report 2002 – Soziale Entwicklung in den Zeiten der Globalisierung, Nr. 2, S. 24–27, Bonn 2002

Weltbank 2002: World Development Indicators 2002 (http://www.worldbank.org/data/wdi2002/)

Weltbank 2002a: GDF Global Development Finance 2002, CD-Rom

Wick, Ingeborg 2001: Workers tool or PR ploy? "A guide to codes of international labour practice«, hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung und SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene, Siegburg/Bonn 2001

Wolfe, Tom 1990: Fegefeuer der Eitelkeiten, München 1990

WTO 2002: International Trade Statistics, 2002 – Trade by Sektor 2001 (http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2002_e/its02_bysector_e.htm)

WTO 2002 a: WTO agriculture Negotiations – The issues, and where we are now, Fassung vom 21.10.2002 (http://www.wto.org/english/tratop_e/agric_e/agnegs_bkgrnd_e.doc)